

Transzendenzreurse im Bundestag

Eine Analyse der Parlamentseröffnungsreden

zwischen 1949 und 2009

WERNER J. PATZELT

1. ZUM FORSCHUNGSANSATZ

1.1 Die Fragestellung und ihre Relevanz

Was sind die wichtigsten handlungsleitenden *Situationsdefinitionen*¹ von Deutschlands politischer Klasse²? Über welche Zustände will sie das Land *hinausgelangen* lassen? Was hingegen behandelt sie als politisch *unverfügbar* – einesteils überhaupt, andernteils unter den jeweils obwaltenden Umständen? Wie *deutet* sie, was ist oder sein soll? Auf welche Ressourcen gemeinsamer Anstrengungen meint sie unser Land gründen zu können? Und wie *änderte* sich das alles in den sechzig Jahren zwischen der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und dem Amtsantritt der jetzigen Bundesregierung? Solche Fragen machen jene Aussagen unserer politischen Klasse zum Gegenstand des Interesses, in denen politische Strukturen, Prozesse und Aufgaben auf solche Vorstellungen, Ereignisse und kulturelle Muster bezogen werden, die über sie hinausgehen und ihnen gerade dadurch jenen Sinn und jene Geltung vermitteln, die für die Eigenwahrnehmung, Selbstreflexion und Handlungsorientierung zunächst der politischen Klasse, dann aber auch innerhalb Deutschlands ganzer politischer Kultur notwendig oder immerhin hilfreich sind.

Eben als „Transzendenzreurse“ wurden derartige Aussagen im Einleitungskapitel dieses Bandes bezeichnet.³ Auch wurde – besonders detailliert im zweiten Ka-

1 Zu Situationsdefinitionen siehe, mit weiteren Literaturhinweisen, R. Merton 1993.

2 In diesem Text ist dies ein Fachbegriff im Sinn von K. v. Beyme 1995, keine herabsetzende Bezeichnung.

3 Die nachstehende Untersuchung widmet sich ergänzend auch jenen Gemeinsinnsrekursen, zu denen es bei den Parlamentseröffnungsreden kam, geht aber nur mit Seitenblicken auf das Konzept des Gemeinsinns ein. Siehe hierzu den Abschnitt 5.2(a) des zweiten Ka-

pitel – gezeigt, auf welche Weise gerade sie zur Hervorbringung und Stabilisierung politischer Ordnung beitragen. Die grundlegende Wirkungskette all dessen ist so zu beschreiben: Mit Transzendenzrekursen wird vor Augen geführt, welcher *Sinn* einem konkreten Sachverhalt „zukommt“, was deshalb die anzuratenden *Anschlusspraxen* wären, und wen man somit als „unverständlich“, als „Quertreiber“ oder gar als „Extremisten“ aus dem *gemeinsamen* Ringen um eine gute oder immerhin bestandsfähige Ordnung *auszugrenzen* hat.⁴ Transzendenzrekurse sind dergestalt ein Mittel sowohl *zivilreligiöser Einhegung*⁵ des politischen Kampfes als auch dessen *Ressource*. Sie wirken *totalitär* einvernehmend bzw. ausgrenzend in ideokratischen Diktaturen,⁶ hingegen in pluralistischen Demokratien als Markierungsmittel zwischen deren „unstreitigem“ und „streitigem“ Sektor.⁷ Zu diesem Zweck gibt es einesteils auf *allgemeine* Konsensstiftung abzielende Transzendenzrekurse, andernteils solche, welche nur die *Binnenintegration* von streitenden Parteien oder der einander gegenüberstehenden Lager von Regierungsmehrheit und Opposition stiften sollen. Derlei Transzendenzrekurse an der Spitze der deutschen politischen Klasse, nämlich vorgenommen von der bundespolitischen Funktionselite, gilt es entlang der eingangs formulierten Fragen zu untersuchen.

Antworten auf jene Fragen sind nicht nur „interessant“, etwa aus zeithistorischen Gründen, sondern auch analytisch *wichtig*. Sie erlauben nämlich zu verstehen, warum aus dem Neubeginn von 1949 eine ganz bestimmte (und eben keine andere) politische Ordnung wurde, die sich außerdem im Lauf der Jahre über viele anfängliche Skepsis hinaus verselbstverständlichte, dann auch ohne aufzwingenden Druck weiterbestand, ja heute sogar noch mehr als früher mit nachgerade zivilreligiösem Eifer gegen Extremismus verteidigt wird: auf jeden Fall gegen Extremismus von rechts, doch von nicht wenigen auch gegen solchen von links oder gegen den erst in jüngerer Zeit zur Herausforderung gewordenen islamisch-fundamentalistischen Extremismus.⁸ Antworten auf jene Fragen sind außerdem wichtig, um ein Bild davon zu gewinnen, welche Ziele Deutschlands politische Elite von Anfang an

pitels dieses Bandes („Grundregeln: die soziale Konstruktion von Transzendenz und Gemeinsinn“) sowie in diesem Kapitel den Abschnitt 1.3 („Analytische Kategorien“).

- 4 Siehe hierzu im zweiten Kapitel dieses Bandes den Abschnitt 4.3 über „Ausgrenzungsmethoden“.
- 5 Zur Zivilreligion siehe – mit weiteren Verweisen – H. Lübke 1982, W. Vögele 1992, Th. Hase 2001 und H. Kleger 2011.
- 6 Vgl. M. Becker 2011.
- 7 Siehe auch M. R. Heep 1991.
- 8 Extremist ist, wer die Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht nur ablehnt, sondern auch aktiv auf ihre Beseitigung ausgeht. Diese Prinzipien, 1952 definiert vom Bundesverfassungsgericht, sind die folgenden: Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung; Volkssouveränität; Gewaltenteilung; Verantwortlichkeit der Regierung; Gesetzmäßigkeit der Verwaltung; Unabhängigkeit der Gerichte; Mehrparteiensprinzip; sowie Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.

durchgehalten, ja auch erreicht hat, welche anderen aber gerade nicht; welche Umstände Deutschlands politische Elite zu verändern trachtete – teils mit Erfolg, teils ohne; was Deutschlands politische Elite immer noch – oder inzwischen – als unverfügbar behandelt, über was Anderes sie nunmehr aber ganz nach politischen oder sonstigen Gesichtspunkten verfügt bzw. verfügen will. Und Antworten auf jene Fragen sind ferner wichtig, weil gerade sie erkennen lassen, wie sich im Zusammenspiel mit jenen Situationen, durch die unser Land zu steuern war, auch die handlungsleitenden Situationsdefinitionen der (sich ihrerseits im Lauf der Jahrzehnte verändernden) politischen Elite folgenreich geändert haben – sei es auf Dauer, sei es entlang der (Retro-) Moden politischen Denkens. Es geht also um Aufschluss über die *Selbstverständigungsgeschichte*, die *Sinndeutungsgeschichte* und die *Zielsetzungsgeschichte* wenn schon nicht unseres Landes insgesamt, so doch jener politischen Elite, die Deutschland – weiterprägend für die Zukunft – seine ganz besondere politische Ordnung schuf und sicherte. Worum es insgesamt geht, lässt sich anhand eines Verfahrens aus der archäologischen Grabungstechnik verbildlichen: Versucht wird ein „Sondierschnitt“ durch sechzig Jahre jenes bundesdeutschen Elitendiskurses, in dem um die politischen Lagebeurteilungen, Aufgaben, Probleme und Problemlösungsstrategien unseres Landes gerungen wurde.

Wo aber greift man ab, was darüber Aufschluss geben kann? Wie stellt man sicher, dass im dafür durchgearbeiteten Material nicht unterschobene eigene Vermutungen, sondern die Deutungsmuster gerade der handelnden Eliten fassbar werden? Antworten auf diese Frage beziehen sich auf den zu untersuchenden *Textkorpus*, auf die *analyseleitenden Kategorien* sowie auf die Reliabilität des *methodischen Verfahrens*. Sie fordern also Aussagen zu drei Unterfragen: Welche Texte können als repräsentativ gelten? Wonach genau ist in ihnen zu suchen? Und wie sichert man, dass unterschiedliche Analytiker zu denselben oder immerhin zu ähnlichen Ergebnissen gelangen?

1.2 Das Untersuchungsmaterial

In welchen Texten werden die Situationsdefinitionen, die als zu überwinden angesehenen Zustände und die als unverfügbar geltenden Umstände des Handelns deutscher Spitzenpolitiker so fassbar, dass man einschlägige Inhalte erwarten und mit ernstgemeinten Aussagen zu ihnen rechnen kann? Welche Texte sind überdies geeignet, „sondierschnittartig“ – also gleichsam im Zeitraffer – nur die *wichtigsten* Kontinuitäten und Diskontinuitäten des Untersuchungsgegenstands vor Augen zu führen? Und welche Texte sind auch noch so leicht zugänglich, dass ihre Analysen unschwer nachvollzogen und überprüft werden können?

Dafür bieten sich zunächst einmal jene Reden an, mit denen – nach Bundestags-tradition – dessen *Alterspräsidenten*⁹ die jeweils erste Sitzung eröffnen.¹⁰ Alterspräsidenten waren meist Politiker, die eine lange Laufbahn in politischen Führungsämtern hinter sich hatten. Zu ihnen gehörten *Paul Löbe* (Reichstagspräsident 1920-1924 und 1925-1932, Mitglied des Parlamentarischen Rates und dann des Ersten Deutschen Bundestages; SPD) sowie die ehemaligen Bundeskanzler *Konrad Adenauer* (Vorsitzender des Parlamentarischen Rates, Kanzler 1949-1963, MdB 1949-1967, CDU), *Ludwig Erhard* (Bundeswirtschaftsminister 1949-1963, Kanzler 1963-1966, MdB 1949-1977, CDU) und *Willy Brandt* (Regierender Bürgermeister von Berlin 1957-1966, Bundesaußenminister 1966-1969, Kanzler 1969-1974, MdB 1949-1957, 1969-1992, SPD). Alterspräsidenten waren auch der langjährige SPD-Fraktionsvorsitzende *Herbert Wehner* (MdB 1949-1983, Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen 1966-1969, SPD-Fraktionsvorsitzender 1969-1983), der Innenminister der rot-grünen Koalition *Otto Schily* (Bundesinnenminister 1998-2005, MdB 1983-1986, 1987-2009, bis 1989 Grüne, dann SPD) sowie der langjährige Bundesforschungsminister *Heinz Riesenhuber* (Minister 1982-1993, MdB 1976-, CDU). Alterspräsidenten waren aber auch langjährige Parlamentarier wie *Marie Elisabeth Lüders* (Mitglied der Weimarer Nationalversammlung und dann des Reichstags bis 1930, MdB 1953-1961, FDP) und *Robert Pferdmenges* (1950-1961, CDU). Doch erst vergleichsweise kurze Zeit war *William Borm* Bundestagsabgeordneter (MdB 1965-1972, SPD), als er 1969 als Alterspräsident sprach.¹¹ Erst recht trifft das zu auf *Fred Gebhardt* (1974-1987 Mitglied im Hessischen Landtag, 1998 Austritt aus der SPD, MdB für die PDS 1998-2000) und *Stefan Heym* (Schriftsteller, MdB für die PDS 1994-1995). Mit Ausnahme von Gebhardt und Heym waren die Alterspräsidenten des Bundestages also Politiker mit erprobter Substanz, erfahrungsgesättigtem Durchblick und – am Ende ihrer politischen Laufbahn – großer innerer Freiheit. Mit solcher sprach allerdings auch die wichtigste Ausnahme vom üblichen Typ des Alterspräsidenten, der Schriftsteller Stefan Heym. Allenfalls William Borm, insgeheim Mitarbeiter des MfS, wird sich vielleicht bei manchen seiner Aussagen innerlich verbogen haben.¹² Den Normalfall aber beschrieb Heinz Riesenhuber, Alterspräsident des 17. Deutschen Bundestages, in seiner 2009 gehaltenen Parlamentseröffnungsrede so: „Ich habe die Freude, jetzt eini-

9 Zum Amt des Alterspräsidenten des Deutschen Bundestages siehe G. M. Köhler 1991, H. W. Klopp 2000, E. Schmidt-Jortzig 2003 und B. Brunner 2012.

10 Eine Liste der Alterspräsidenten bei der Eröffnung des jeweiligen Bundestages sowie das Quellenverzeichnis ihrer Reden finden sich im Anhang dieses Beitrags.

11 William Borm (1895-1987) war seit den späten 1950er Jahren Agent des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit. Dessen Rede als Alterspräsident soll Markus Wolf, Chef der Auslandsaufklärung des MfS, sogar persönlich bearbeitet haben.

12 Seine Rede wird dennoch in die nachstehende Analyse einbezogen, da sie seinerzeit als völlig authentisch aufgenommen wurde und deshalb über die hier interessierenden zeit-spezifischen politisch-kulturellen Selbstverständlichkeiten Aufschluss gibt.

ge Worte sagen zu dürfen. Die besondere Gnade dieses Moments ist, dass man sagen darf, was man schon immer sagen wollte“ (17/2009, 1Df¹³).

Neben unabdingbaren formalen Leitungsaufgaben, zu denen die Eröffnung der ersten Sitzung eines neugewählten Bundestags, der Beschluss zur Übernahme der Geschäftsordnung des vorangegangenen Bundestags sowie die Wahl des kommenden Bundestagspräsidenten gehört, ist das inhaltliche Kernstück des Amts eines Alterspräsidenten seine Parlamentseröffnungsrede. Bei ihr ist der Alterspräsident völlig frei in seinen Ausführungen. Es gibt über sie keine parlamentarische Aussprache, sehr wohl aber – je nach Substanz der Rede und Persönlichkeit des Redners – öffentliche Erörterungen. Gewiss pflegte jeder Alterspräsident seinen eigenen Zugriff und setzte seine eigenen Schwerpunkte. Große Tableaus entfalteten etwa Paul Löbe und Marie Elisabeth Lüders, auch Ludwig Erhard und vor allem Willy Brandt, während Konrad Adenauer es inhaltlich bei zwei Sätzen bewenden ließ, Herbert Wehner an zentrale Aussagen seiner Amtsvorgänger erinnerte und die anderen sich um ein je besonderes Themenprofil bemühten. Doch selbst dann nutzten die Alterspräsidenten ihre Reden immerhin stellenweise zu grundsätzlichen Aussagen über den Zustand des Landes, über die Aufgaben von Parlament und Regierung in der kommenden Wahlperiode sowie über die Grundlagen des politischen Miteinander. Gerade das ist aber jenes Material, nach dem die durchzuführende Untersuchung verlangt. Auch ist es in den Plenarprotokollen des Bundestages verlässlich dokumentiert und leicht zugänglich. Im Übrigen durchheilt man in den 17 Reden zwischen 1949 und 2009 sechs Jahrzehnte bundesdeutscher Geschichte wirklich wie im Zeitraffer und erkennt sehr klar die großen Kontinuitäten und Diskontinuitäten. Eben das zu leisten ist die Aufgabe dieses „Sondierschnitts“ einer bundesdeutschen „Archäologie politischer Transzendenz“.

Für die *Analyse* herangezogen wurden auch jene *Regierungserklärungen* der deutschen *Bundeskanzler*, die sie nach der Regierungsbildung und Vereidigung ihres Kabinetts vor dem Bundestag abgeben. Doch nur fallweise wird im Folgenden aus ihnen zitiert, weil anders zu verfahren den Rahmen dieses Buchkapitels gesprengt hätte. Insgesamt bestätigt die Auswertung der Regierungserklärungen ohnehin nur die Befunde der Analyse der Parlamentseröffnungsreden, zeigt aber viel mehr Details auf. Der Verzicht auf ihre Einbeziehung bringt die folgende Darstellung deshalb leider um höchst einschlägige Aussagen Konrad Adenauers, der sich als Alterspräsident allzu lakonisch äußerte, und insbesondere Helmut Kohls, der – ebenso wenig wie Helmut Schmidt – nie Alterspräsident war, in seinen fünf Regierungserklärungen aber höchst Wichtiges für das Thema dieser Untersuchung ausführte. Inhaltlich am ergiebigsten sind die Regierungserklärungen der Kanzler von

13 Legende: Nummer der Wahlperiode/Jahr der Rede, Seite in den amtlichen „Stenographischen Berichten“, Zitierstelle auf der Seite (A links oben, B links unten, C rechts oben, D rechts unten), f (Fortsetzung der Zitierstelle im jeweils folgenden Teil der Seite).

Adenauer bis Kohl, während sich in den Regierungserklärungen von Gerhard Schröder und Angela Merkel nur wenig an grundsätzlichen, die aktuelle Politik übersteigenden Aussagen findet. Im Übrigen kommen in den Parlamentseröffnungsreden viel häufiger Sichtweisen von linken Politikern zum Ausdruck als in den Regierungserklärungen.¹⁴ Das verlangt den an anderer Stelle zu leistenden Vergleich zwischen den Befunden beider Textkorpora.

1.3 Analytische Kategorien

Mit welchen analytischen Kategorien wird dieser Textkorpora durchgearbeitet, um die in ihm geborgenen Transzendenzreurse systematisch ausfindig zu machen und erkenntnisträchtig zu ordnen? Es sind genau jene drei Dimensionen von Transzendenz, die im ersten Kapitel dieses Bandes entfaltet wurden: Transzendenz als Handlungsmotivation, Transzendenz als Hermeneutik, Transzendenz als Unverfügbarkeit.

Unmittelbar auf *Handlungsmotivation abzielende Transzendenzreurse* liegen vor, wo von Zuständen die Rede ist, die überwunden werden sollen, also von Grenzen, die es – ganz im Wortsinn von Transzendenz – zu überwinden gilt. Das kann das materielle Elend der späten 1940er Jahre ebenso sein wie die Teilung Deutschlands, das Fehlen integrationsstarker europäischer Institutionen ebenso wie zu wenig Demokratie und eine als noch unzulänglich geltende Bürgergesellschaft. Im Zeitverlauf erweist sich, dass manche Grenzen irgendwann transzendiert wurden: Aus dem zerstörten Deutschland war irgendwann der Exportweltmeister geworden, aus dem geteilten Deutschland ein geeintes. Stets zeigt sich aber, dass nach solcher Überschreitung nur weitere Grenzen fühlbar wurden und fortan ihrerseits zur Überwindung motivierten – so wie in Willy Brandts Ankündigung in der Regierungserklärung von 1969: „Wir wollen mehr Demokratie wagen!“ (6/1969, 20C)

Zu vermeiden gilt es allerdings, jedes einzelne Politikvorhaben, wie es zumal in Regierungserklärungen aufgrund ihres Zwecks aufgelistet wird, als derartigen Versuch einer Übersteigerung bestehender Grenzen zu deuten. Für eine solche Einstufung muss das Ziel schon in ziemlicher Entfernung vom in der nächsten Wahlperiode vermutlich Erreichbaren liegen. Im Einzelfall lässt sich eine solche Unterschei-

14 Abgesehen von zwei Regierungserklärungen von CDU-Kanzlern als Chefs Großer Koalitionen gibt es je sieben Regierungserklärungen von CDU- und von SPD-Kanzlern. Doch nur fünf der 17 Parlamentseröffnungsreden hielten Alterspräsidenten der CDU (Robert Pferdmenges, Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Heinz Riesenhuber), drei Politiker der FDP (Marie Elisabeth Lüders und William Born, der allerdings MfS-Mitarbeiter war). Dem stehen sieben Reden von sozialdemokratischen Alterspräsidenten gegenüber (Herbert Wehner, Willy Brandt, Otto Schily) und zwei von Politikern, die über die Liste der PDS in den Bundestag gelangt waren (Stefan Heym und Fred Gebhardt, welch letzterer allerdings zwischen 1945 und 1998 Mitglied der SPD gewesen war). Zu allen Details siehe den Anhang.

ding auch recht zuverlässig treffen. Die verwendete Entscheidungsregel war stets, im Zweifelsfall eher eine normale Politikankündigung und gerade keinen sie motivierenden Transzendenzrekurs zu markieren. Und weil ohnehin keine quantitativen Häufigkeitsaussagen über die interessierenden Transzendenzrekurse angestrebt werden, alle qualitativen Einstufungen aber im regelmäßig mitgeteilten Zitat überprüfbar und nötigenfalls interpretativ korrigierbar sind, braucht es auch keine strikteren Zuordnungsregeln, sondern reichen die angeführten „Ankerbeispiele“ zum Nachvollziehen der Analyse.

Sinnerzeugende Transzendenzrekurse liegen vor, wo Letztbegründungen für Einschätzungen, Aufforderungen oder Handlungen gegeben werden. Sie findet man beispielsweise dort, wo vom Wert der Demokratie oder des Friedens, vom Fortbestand der deutschen Nation und von „Europa“ als nunmehr wichtigem Bezugsrahmen deutscher Politik die Rede ist. In Form von Kontrastierungen findet man sie, wenn auf den abzulehnenden Extremismus oder die Gefahr von Wirtschaftskrisen hingewiesen wird. Auch hier ist zu vermeiden, dass man jede Explikation einer Aussage durch Hinzufügung jenes Kontexts, in die man sie gestellt haben möchte, gleich als Transzendenzrekurs einstuft. Dafür muss schon auf das Konkrete weit übersteigenden Zusammenhänge verwiesen werden, etwa auf „Gerechtigkeit“ oder auf „Solidarität“. Sehr deutlich findet man sinnerzeugende Transzendenzrekurse stets in Wendungen, die bereits in der gehobenen Politik- und Publizistensprache als „Transzendenzformeln“ bekannt sind. Die Rede von der „Würde des Menschen“ hierzu ebenso wie jene vom „kritischen, urteilsfähigen Bürger“. Klar liegen Transzendenzrekurse auch dort vor, wenn – sehr selten – unmittelbar von Gott die Rede ist. Natürlich findet man sie ebenfalls, wo – häufig aber nur in den Regierungserklärungen – ganz ausdrücklich auf die Grundsätze der eigenen Politik oder die Grundwerte unseres Landes verwiesen wird. Und bei detailreicher Betrachtung zeigt sich, dass im Zeitverlauf bei sinnerzeugenden Transzendenzrekursen immer wieder Sinn-schicht über Sinnschicht gelagert wird, bisweilen unterschiedliche Sinnstrukturen einander in ihrer argumentations- und deutungsleitenden Tragefunktion abwechseln, und dass Sinnarchitekturen und reale Ordnungsarchitekturen so eng aufeinander bezogen sind, dass die ersteren schwerlich bleiben, wenn die letzteren vergehen.¹⁵ Um so lehrreicher sind Sinnstrukturen, die sich trotz allen Wandels ihrer politischen Umwelt erhalten haben.

Unverfügbarkeit behauptende Transzendenzrekurse liegen zunächst einmal dort vor, wo – durchaus nicht allzu oft – *expressis verbis* behauptet wird, dies oder jenes sei unverfügbar (wie die Einheit der Nation) oder undenkbar (wie die Abkehr von einer als Friedenspolitik verstandenen Außenpolitik). Sie liegen auch dort vor, wo –

15 Siehe hierzu W. J. Patzelt 2007. Hegel brachte das bekanntlich auf die – freilich im anderen Zusammenhang verwendete – schöne Formel: „Ist erst das Reich der Vorstellung revolutioniert, so hält die Wirklichkeit nicht aus“.

viel öfter – auf in absehbarer Zeit nicht veränderbare Umstände verwiesen wird (wie seit 1969 auf Deutschlands Zweistaatlichkeit), oder wo funktionelle Zusammenhänge vor Augen geführt werden – wie seit den frühen 1970er Jahre jener, dass der Geburtenrückgang nach einigen Jahrzehnten ein Übergewicht der Alten und zu Versorgenden nach sich ziehen müsse. Natürlich kann umstritten sein, was als unverfügbar gilt bzw. als unverfügbar zu behandeln geraten wird. Derlei zeigt sich in den untersuchten Reden als Argumentieren für oder wider solche Behauptungen. Außerdem erweist sich im Zeitverlauf, dass ehemals als unverfügbar Geltendes (wie etwa im ersten Bundestag die Zugehörigkeit Preußens, Pommerns und Schlesiens zu Deutschland) eben doch verfügbar werden kann, ja sogar im allgemeinen Urteil zu einer nunmehr „geschichtlich überholten“ *früheren* Tatsache *ohne Bindungskraft für heute und morgen*. Doch das ändert ja nichts an der *zu einer bestimmten Zeit gegebenen* wirklichkeitskonstruktiven Funktion einer *damals* vorgebrachten Unverfügbarkeitsbehauptung. Eben das aber, was *jeweils* als unverfügbar *gilt* oder – ohne auf sonderlichen Widerspruch zu stoßen – als unverfügbar *behandelt werden kann*, ist samt seinem Wandel im Zeitverlauf Gegenstand dieser Studie. Also legt ein solcher „Sondierschnitt“ bewusstseinsändernden Wandel der Wirklichkeit ebenso frei wirklichkeitsverändernden Wandel des Bewusstseins politischer Eliten. Dabei ist es in keinem Fall der Analytiker, welcher darüber urteilt, ob „wirklich“ Unverfügbares angesprochen wird, sondern allein die redenden Politiker informieren den Analytiker darüber, was *sie* für unverfügbar halten oder – aus gleich welchen Gründen – als unverfügbar darstellen.

Zwei weitere analytische Kategorien dienen dazu, im untersuchten Textkorpus für unser Thema Relevantes ausfindig zu machen. Erstens wird auf jene *historischen Narrative* geachtet, die sich immer wieder – kürzer oder länger – in die Reden eingestreut finden. In der Regel dienen solche – meist kulturell bereits standardisierte und als unumstritten behandelte – Geschichtserzählungen dazu, den Sinn des jetzt Bestehenden zu erläutern und die Richtung des jetzt erforderlichen Handelns zu klären.¹⁶ Ein derartiges Narrativ liegt beispielsweise vor, wenn die Teilung Deutschlands auf die Aggressionspolitik der Nationalsozialisten zurückgeführt wird. Dann lässt sich einesteils der Sinn der Teilung verstehen („Schutz für Deutschlands Nachbarn – wenigstens solange, wie es keine europäische Friedensordnung gibt“), andernteils eine Grenze angeben, die es dauerhaft zu überschreiten gilt („Deutschland muss zeigen, dass es friedensfähig geworden ist; dann kann das

16 Narrative, zentraler Gegenstand auch des Kapitels von S. Heer zu Mythos und kollektiver Selbstdeutung in diesem Band, sind also – mehr oder minder komplexe – rhetorische Anwendungsformen jener Darstellungstechnik retrospektiv-prospektiver Interpretation, die im dritten Kapitel dieses Bandes bei der Darstellung des ethnomethodologischen Forschungsansatzes beschrieben wurde. Die Inhalte wirklichkeitskonstruktiv zentraler Narrative werden mittels der ebenfalls dort erläuterten Methoden der „politics of reality“ *für alle praktischen Zwecke unverfügbar* gemacht. In Deutschland wird ein bestimmtes Narrativ – nämlich zur Tatsächlichkeit des Holocaust – sogar strafrechtlich durchgesetzt.

nötige Vertrauen für Entspannung und für eine europäische Friedensordnung entstehen; und in deren Rahmen kann Deutschland seine Einheit wiedergewinnen“). Narrative dieser Art sind somit rhetorische Mittel, um die vorgenommenen Transzendenzrekurse – handlungsmotivierende, sinnerzeugende oder unverfügbare Rahmenbedingungen behauptend – plausibel und konsensfähig zu machen.

Zweitens rundet es die Analyse ab, wenn auch die *Rekurse auf Gemeinsinn* einbezogen werden, hier im engeren Sinn verstanden als „Sinn für das Gemeinsame“ und als „Bereitschaft, sich in dessen Dienst zu stellen“.¹⁷ Einesteils zeichnen sich gerade in ihnen wichtige Veränderungen der ordnungskonstruktiven Ressourcen unseres Landes ab. Andernteils fördern sie – erschlossen durch die aristotelische Ursachenlehre¹⁸ – gerade die Antriebsursache, die *causa efficiens*, bundesdeutscher Ordnungskonstruktion zutage.

Diese zentralen analytischen Kategorien der vorliegenden Studie lenken den Blick allerdings so gut wie ausschließlich auf das diskursive *Repertoire* parlamentarischer Transzendenzrekurse.¹⁹ Durchaus nicht erfassen sie die – für Anschlussstudien sehr wichtigen – Prozesse der *Durchsetzung* des Vorrangs bestimmter Transzendenzrekurse zu Lasten anderer, des Kampfes um Sinndeutungen und Unverfügbarkeitsbehauptungen sowie des Ringens um Situationsdefinitionen. Gewiss kann man solche „politics of reality“²⁰ sehr gut auch an der Kommunikation im Parlamentsplenum studieren. Dafür einschlägiges Material reicht von Zwischenrufen und nonverbalen Äußerungen über Zwischenfragen in Plenardebatten bis hin zu wechselseitig aufeinander Bezug nehmenden Redepassagen inhaltlich streitender Redner.²¹ Doch eine solche voll entfaltete parlamentarische Diskursanalyse sprengte nicht nur den gesetzten Rahmen, sondern glitte am hier untersuchten Textkorpus – Merkmale: monologische Struktur, wenig Zwischenrufe, allenfalls „aussagekräftiger“ Beifall – auch leicht ab.

1.4 Untersuchungsmethode und Reliabilität

Deshalb wurde – ausschließlich vom Verfasser – eine ganz traditionelle, doch klar theoriegeleitete qualitative Inhaltsanalyse vorgenommen.²² Die schon vorgestellten analytischen Kategorien entstammen nämlich einer recht komplexen, in den ersten Kapiteln dieses Bandes dargelegten forschungsleitenden Theorie. Diese wurde – im

17 Gemeinsinn in des Begriffs dritter Bedeutung – „der Sinn *des* Gemeinsamen“ – wird unten im Abschnitt 3.2 über „sinnerzeugende Transzendenzrekurse“ behandelt.

18 Zur aristotelischen Ursachenlehre und ihrer systematischen Nutzung der speziell in der Parlamentarismusforschung siehe W. J. Patzelt 2012, S. 59-64.

19 „Diskursives Repertoire“ meint die Gesamtheit jener Denkfiguren und Kontexte, auf die bei jenen Verweisen rekurriert wird.

20 Siehe hierzu im zweiten Kapitel dieses Bandes den Abschnitt 4.

21 Exemplarisch siehe hierzu die Analyse von W. J. Patzelt 1990.

22 Siehe etwa P. Mayring 2008.

engen Rahmen des hier zu unternehmenden „Sondierschnitts“ – auf das vorab durchgesehene Material hin operationalisiert und mit ihm durch reliabilitätssichernde Ankerbeispiele für die empirischen Referenten zentraler analytischer Kategorien verbunden. Die als einschlägig erscheinenden Textpassagen wurden bei einer ersten sorgfältigen Lektüre des gesamten Textkorpus markiert. Bei einem zweiten Durchgang (erst durch die Parlamentseröffnungsreden, dann durch die Regierungserklärungen) wurden – unter Anlegung eines, wie oben umrissen, strengen Maßstabs – die wichtigsten, verlässlich einschlägigen Textpassagen erfasst und sowohl entlang der oben eingeführten analytischen Kategorien als auch in der nachfolgend darstellungsleitenden inhaltlichen Gliederung geordnet. Dabei wuchs der Korpus ausgewählter *relevanter* Redepassagen im chronologischen Vorgehen natürlich an, wodurch gerade auch Wandel im Zeitverlauf vor Augen trat. Und was bei diesem Pendelschlag zwischen der *Erstellung von Textauszügen* aus den Reden sowie der *Deutung* der ausgewählten und quer über die Reden *systematisch geordneten* Textpassagen an „Gestalterkenntnis“ gelang, wurde in den interpretierenden Passagen zusammengefasst und dann theoriebildend verdichtet.

Dabei wurde alles, was sich über die Transzendenzreurse, die sie begründenden Narrative und die aus alledem folgenden Situationsdefinitionen der bundespolitischen Elite herausfinden ließ, gerade nicht durch *Zuschreibung* seitens des Analytikers „festgestellt“, sondern aus den untersuchten Parlamentsreden *herausgelesen*. Ein intersubjektiv vielleicht schwer nachzuvollziehendes „Lesen zwischen den Zeilen“ war dabei – anders als früher bei Reden kommunistischer Parteiführer – durchaus nicht erforderlich. Durch ihre Ausrichtung auf die besondere Sprechsituation im Parlamentsplenum, obendrein bei so markant hervorgehobenen Anlässen, zielen die untersuchten Reden nämlich ab auf *unmittelbare Wirkung* in diesem „Resonanzraum des öffentlich Zumutbaren“ (Winfried Steffani), der seinerseits – über massenmediale Berichterstattung und Kommentierung – seine Schwingungen auf letztlich die ganze politische Öffentlichkeit des Landes übertragen kann. Also gehen diese Reden auf unmittelbare Prägnanz in der konkreten Formulierung aus, wie das die reichlich mitgeteilten Zitate auch gewiss vermitteln.

Lassen sich die erzielten Befunde wohl nicht nur replizieren, sondern auch hinsichtlich ihrer Richtigkeit über den untersuchten Textkorpus hinaus überprüfen? Zumal die Reden der Alterspräsidenten kommen einem weiteren Textkorpus sehr nahe, von dem sich wohl recht ähnliche Befunde wie die hier erzielten erwarten lassen: den Amtsantrittsreden oder ersten, auf ein bundesweites Publikum zielenden Reden der Bundespräsidenten. Ergänzen ließe sich dieser Textkorpus um die bundesweit übertragenen Weihnachts- bzw. Neujahrsansprachen der Bundespräsidenten und Bundeskanzler, die – da allein vom Datum und nicht von realen Problemlagen abhängig – ebenfalls „Routineanlässe“ für Transzendenzreurse und Narrative, für Situationen und Handlungsaufforderungen sind. Obendrein erfassen sie aufgrund ihrer Jährlichkeit die Wandlungsprozesse der hier interessierenden bundes-

deutschen Transzendenzressourcen²³ viel feinkörniger als die hier untersuchten 17 staatszeremoniell hervorgehobenen Reden von zwölf teils höchstrangigen bundesdeutschen Politikern. Also lassen sich die nachstehend präsentierten Befunde leicht anhand eines anderen Textkorpus überprüfen, ergänzen oder nötigenfalls korrigieren.

2. SINNSTIFTENDE NARRATIVE IN BUNDESDEUTSCHEN PARLAMENTSERÖFFNUNGSREDEN

2.1 „Durch die Nacht zum Licht“

Es ist auch im Alltag üblich, Gegenwärtiges in den Zusammenhang des Vergangenen zu rücken und hieraus abzuleiten, was es zu tun oder zu ertragen gilt. Mit solchen Narrativen erklärt man sich und anderen seine Lage, Sichtweise und Motivation. Den Alterspräsidenten lagen solche Ausführungen immer wieder am Herzen. Zunächst die „deutsche Katastrophe“²⁴, mit deren Folgen umzugehen war, und sodann die Erfolgsgeschichte des neuen Staatswesens – Wirtschaftswunder²⁵, „Modell Deutschland“²⁶, Wiedervereinigung, zufallende europäische Führungsrolle – legten es nahe, dass vor der Vertretungskörperschaft des deutschen Volkes dargelegt wurde, in welcher Lage es zu handeln und woraus es Sinn oder Zuversicht zu schöpfen gelte. Also wundert nicht, wenn schon in der allerersten Parlamentseröffnungsrede das zentrale Selbstverständigungsnarrativ der neu errichteten Bundesrepublik vorgetragen wurde. Während sechzig Folgejahren wurde dann im Grunde nur noch – mit kleineren Akzentverschiebungen – fortgeschrieben, was Paul Löbe damals so auszuführen begann:

„[Es]²⁷ schweifen die Gedanken von uns Älteren zurück zu jener letzten Sitzung des Deutschen Reichstags in der Berliner Krolloper, der wir beiwohnten und in der durch das Hitlersche Ermächtigungsgesetz die staatsbürgerlichen Freiheiten für lange Jahre begraben wurden. Das war ein illegaler Akt, durchgeführt von einer illegalen Regierung. Der Widerstand dagegen war eine patriotische Tat“.

23 Zum sehr theoriehaltigen Konzept von „Transzendenzressourcen der Wirklichkeitskonstruktion“ siehe im ersten Kapitel dieses Bandes die Abschnitte 3.3 („Transzendenz als Unverfügbarkeit“) und 5.3 („Der politikwissenschaftliche Mehrwert des Ansatzes“).

24 Zur zeitgenössischen Sicht vgl. F. Meinecke 1965 [1946].

25 Zum „Wirtschaftswunder“ siehe – mit weiteren Nachweisen – in diesem Band den Beitrag von S. Heer zu Mythos und kollektiver Selbstdeutung.

26 Siehe etwa M. P. Smith 2005.

27 In eckigen Klammern finden sich der Klarheit dienende Einfügungen des Verfassers bzw. Auslassungen. Wo sie in den Stenographischen Berichten verwendet wird, findet sich auch hier die alte Rechtschreibung.

Tatsächlich sei Widerstand geleistet worden, nicht zuletzt von vielen Reichstagsabgeordneten, die sich den Nationalsozialisten entgegengestellt hätten. Zur ganzen Wahrheit gehöre: „Die ersten fremden Botschafter waren noch nicht aus Deutschland abberufen, da lag die Mehrzahl dieser Opfer schon auf der Bahre“ (1/1949, 1C).

Kaum anders erzählte über dreißig Jahre später Willy Brandt diesen Teil des Narrativs. Zwar setzte er einige Akzente anders, zog aber dieselben Konsequenzen wie der ehemalige Reichspräsident:

„Dieser Tage haben nicht wenige von uns sich jenes 23. März 1933 erinnert, an dem sich der schon unter Bedingungen des Terrors gewählte Reichstag selbst entmachtete und in der Form der sogenannten Ermächtigung nahezu jeden Verfassungsbruch sanktionierte.²⁸ Mir ist bewußt, daß es damals viele gab, die guten Gewissens glaubten, noch Schlimmeres abwenden zu sollen, und andere, die ihren, wie ich meine, opportunistischen Irrtum bald bitter zu bereuen hatten. [...] Ich wäre dankbar, wenn wir alle angesichts des bedrückenden fünfzigsten Jahrestages der Hitlerschen Machterschleichung und dessen, was dem folgte, der Frauen und Männer gedenken möchten, die auf deutschem Boden und dann vielerorts in Europa Opfer von Gewaltherrschaft, Krieg und Zerstörung geworden sind. Wir, die in der Nachkriegszeit aktiven und verantwortlichen Generationen, haben uns nach Kräften und gewiß nicht ohne Erfolg bemüht, dem Vermächtnis der Opfer ohne Zahl annähernd gerecht zu werden, die jetzt, 50 Jahre danach, wieder an unserem geistigen Auge vorüberziehen, unsere Gewissen anrühren und anregen. Mögen jene, die uns nachfolgen, die Kraft haben, wiederum aus diesem Vermächtnis das gesellschaftliche und politische Leben zu gestalten“ (10/1983, 2Df).

Als Paul Löbe den ersten Bundestag eröffnete, war von jenem festen Grund, von dem aus Willy Brandt zurückblicken konnte, noch nichts in Aussicht. Im Gegenteil: Wer nun zur Bundestagssitzung – so fuhr Löbe damals fort – nach Bonn gereist sei, der habe „die erschütternden Zeugen der Zerstörung gesehen, die jene Machtergreifung schließlich herbeigeführt hat, die sichtbaren Zeugen nur, denn jeder einzelne von uns weiß dabei um die geistige und seelische Verwüstung, die mit der äußerlichen in unserem Volke angerichtet worden ist“. Eben hieraus ergäbe sich die jetzt gestellte Aufgabe, nämlich „an die Stelle der Trümmer wieder ein wohnliches Haus zu setzen und in den Mutlosen eine neue Hoffnung zu wecken“ (1/1949, 1C). Zwar bestreite man „keinen Augenblick das Riesenmaß von Schuld, das ein verbrecherisches System auf die Schultern unseres Volkes geladen hat“. Doch durchaus hätte das Volk unter gleich „zweifacher Geißelung“ gelitten: „Es stöhnte unter den Fuß-

28 Auch der Alterspräsident Stefan Heym nutzte 1994 als Kontrastfolie zur Gegenwart die Erinnerung an jenen letzten frei gewählten Reichstag, den 1932 Clara Zetkin eröffnet hatte, zu dessen Präsidenten Hermann Göring gewählt wurde und aus dem nach 1933 fast 200 Abgeordnete in die Gefängnisse gerieten, über hundert sogar umgebracht wurden; siehe 13/1994, 1D.

treten der eigenen Tyrannen und unter den Kriegs- und Vergeltungsmaßnahmen, welche die fremden Mächte zur Überwindung der Naziherrschaft ausgeführt haben“ (1/1949, S. 1B). Beides möge man bedenken – und dann „auch bei den noch in Gang befindlichen Maßnahmen [insbesondere: den Demontagen und der Entnazifizierung] so [...] verfahren, daß der Entwicklungsgang der deutschen Demokratie nicht [wie nach dem Ersten Weltkrieg] aufs neue aufgehalten wird“ (1/1949, 1C).

Im Lauf der Jahre wurde bei diesem Narrativ die „Täterrolle von Deutschen“ zur „deutschen Täterrolle“, während die Rede von Deutschen als *Opfern* der nationalsozialistischen Diktatur immer mehr verblasste. Diesbezüglich gleichsam auf der Kippe steht die Geschichte, wie sie 1961 Robert Pferdmenges in seiner Parlaments-eröffnungsrede erzählte:

„Vergessen wir nicht, was wir der Welt angetan haben – vergessen wir nicht das Dritte Reich. Gewiß, durchaus nicht alle haben damals mitgemacht; viele haben vom ersten Tage an ihre Abscheu bekundet, ihren Widerstand dann zum Teil mit der Freiheit und mit dem Leben bezahlt. Aber viele waren schwach und wurden erst aufgerüttelt, als es zu spät war. Was es allerdings heißt, gegen eine Diktatur anzugehen, die einmal im Sattel sitzt – das hat die Geschichte der letzten 15 Jahre erneut gezeigt. Aber, wie dem auch sein, Machthaber des deutschen Volkes haben die Welt ins Elend und Chaos gestürzt. Wir haben deshalb auch kein moralisches Recht, ‚empört‘ zu sein – den Ausdruck fand ich in einigen Zeitungen –, als die Welt von Opfern sprach, die von uns zu bringen seien.²⁹ Wir konnten erschüttert, enttäuscht, tief enttäuscht sein, aber nicht empört! Es ist so schwer, menschlich schwer, eigene Interessen zu vertreten, wenn man sich selbst so schuldig weiß, wie wir es tun“ (4/1961, 1Cf).

Das ist, nicht ohne taktische Nutzung dieser Lage durch Deutschlands Partner, bis heute ein Subtext bei Verteilungskonflikten innerhalb der EU, gehört freilich – wie einmal mehr die Debatte um Thilo Sarrazins Buch über die Euro-Krise unlängst wieder zeigte – zu jenen Zusammenhängen, die auszusprechen in unserem Land verpönt ist.

Zu Deutschlands Glück konnte freilich das Narrativ vom Scheitern der ersten deutschen Demokratie, von der nationalsozialistischen Diktatur und vom Neubeginn nach der verbrecherischen Katastrophe schon zu Beginn der zweiten Wahlperiode von Marie Elisabeth Lüders, die auf Bundeskanzler Adenauers Wunsch anstelle seiner das Amt des Alterspräsidenten ausübte, als Anfang einer Erfolgsgeschichte weitererzählt werden. Wichtiges von dem, was dem ersten Bundestag als kaum zu bewältigendes Aufgabengebirge vor Augen lag, sei nun geschafft:

29 Gemeint ist der – angesichts der Folgen des Mauerbaus – um des Friedens und der Stabilität willen angeratene Verzicht auf eine Wiedergewinnung der Ostgebiete, auf die Wiedervereinigung, ja sogar auf die Sicherung der Bindungen Westberlins an die Bundesrepublik Deutschland.

„Alle staatlichen und verwaltungsorganisatorischen Grundlagen mußten nach dem allgemeinen Zusammenbruch, der alles mit sich riß, neu aufgerichtet werden. Das in Teile zerfallene Gebiet der drei westlichen Besatzungszonen mußte zu einem einheitlichen Staatsgebiet zusammengefügt werden. [...] Diese [neue äußere] Form mußte für die irregeführten Bewohner unseres Landes mit einem neuen Staatsinhalt erfüllt werden, der ihre skrupellos mißbrauchte Gläubigkeit und ihre so bitter enttäuschte Hoffnung wiederbelebte“ (2/1953, 2A).³⁰

Noch besser klingt diese für das bundesdeutsche Staatsgefühl so prägend werdende Erfolgsgeschichte vier Jahre später. Nicht nur freute sich Marie Elisabeth Lüders, weiterhin Alterspräsidentin, nun darüber, dass der Bundestag endlich wieder „in der Reichshauptstadt Berlin“ zusammengetreten sei, und nahm dies – recht voreilig – als entscheidenden „Schritt aus einem achtjährigen Provisorium zurück in die angestammte Heimat der deutschen Volksvertretung“ (3/1957, 2A). Sondern vor allem durfte sie feststellen:

„Die Wiederaufrichtung und der Ausbau unseres Landes und unserer Beziehungen zu der übrigen Welt sind [...] in beachtlichem Umfange gefördert worden. Der Anschluß [sic] an die westliche Welt ist vollzogen. [...] Das Saargebiet ist [...] zu uns zurückgekehrt. Deutschland hat seine Souveränität wiedergewonnen. Das kühne Projekt der Europa-Verträge ist durchgeführt worden. [...] Unsere Wirtschaft hat sich nach den Prinzipien der freien [sic] Marktwirtschaft auf allen Gebieten so gefestigt, dass die Arbeitslosigkeit so gut wie verschwunden ist“ (3/1957, 3A).

Noch stolzer konnte, wieder vier Jahre später, Robert Pferdmenges formulieren:

„Aber wir haben doch, trotz der schweren Wolken, die über uns hingen [...], vieles erreicht, wenn uns auch unser innigstes Anliegen, der Zusammenschluß mit unseren Brüdern und Schwestern in der Zone,³¹ versagt blieb. [...] [E]rreicht [wurde]: die Erhaltung unserer Freiheit in der Bundesrepublik – die Versöhnung und Freundschaft mit alten Gegnern – ein Schutz- und Trutzbündnis mit der freien Welt – Ruhe im Innern – Bannung der Arbeitslosigkeit – große soziale Fortschritte – Blühen der Wirtschaft“ (4/1961, 2D).

Das war nun wirklich nicht wenig und weit mehr, als sich von Realisten nur zwölf Jahre zuvor erhoffen ließ. Nochmal 22 Jahre später kam Willy Brandt auf einen Teil dieses bundesdeutschen Erfolgsnarrativs so zurück:

30 Hierzu siehe unten den Abschnitt 3.2 über „Sinnerzeugende Transzendenzreurse“.

31 Von Ostpreußen, Pommern und Schlesien ist hier beim Wiedervereinigungswunsch schon keine Rede mehr, und das sollte fortan auch so bleiben.

„Als [...] 1949 der erste Bundestag eröffnet wurde, war von den damals drängenden inneren Problemen die Rede: demokratische Stabilität, wirtschaftliche Gesundung, soziale Sicherheit. In den [...] Jahrzehnten, die folgten, ist, unbeschadet allen Streits der Meinungen und nicht selten durch diesen befördert, mehr erreicht worden, als dies die Gründungsväter unserer Republik für möglich gehalten haben. Es wäre undankbar und schädlich, dies nicht anzuerkennen und festzuhalten“ (10/1983, 1Df).

Brandt diene diese Feststellung allerdings als Sprungbrett, um die Geschichtserzählung ins Aktuelle fortzuführen und ein großes, seit dem Ende der Reformeuphorie der eigenen Regierungszeit vordringlich gewordenes Thema anzusprechen: die Sorge um die Sicherung des Erreichten in der Zukunft. Die aber bettete er – und ganz ausdrücklich vier Jahre später – ein in große sowie unbestrittene Zufriedenheit:

„Der besondere Auftrag des Grundgesetzes gründet in bitterster Erfahrung aus Gewaltherrschaft und Krieg, aus materieller Not und vielfacher Zerstörung sittlicher Werte. Das aus solcher Verwüstung erwachsene freiheitliche und soziale Erbe weitergeben zu können, bleibt die Genugtuung für Menschen meines Alters und Lebensweges“ (11/1987, 3C).

2.2 Die Wiedervereinigung als Neubeginn in Kontinuität

Freilich war noch 1989 ein sehr wichtiges der 1949 gesetzten Ziele unerreicht: die Wiedervereinigung. Hatte sich dieser Wunsch ursprünglich auf das ganze Reichsgebiet von 1937 bezogen, also vor seiner Vergrößerung durch den Anschluss Österreichs und die Annexion der deutsch besiedelten Gebiete Böhmens, so kam es zunächst stillschweigend, seit dem deutsch-polnischen Vertrag von 1970 aber auch ausdrücklich zum Verzicht auf die 1945 abgetrennten Landesteile Ostpreußen, Pommern und Schlesien. Dieser bedurfte 1990 nur noch einer abschließenden Bestätigung des ersten wieder gesamtdeutschen Parlaments.

Gerade angesichts der Verstümmelung und Teilung Deutschlands schuf mancher sinndeutend erzählende Rückgriff auf die Geschichte Erleichterung, zumal nach dem Scheitern des – bis zur „Neuen Ostpolitik“ der sozialliberalen Koalition währenden – Versuchs, vor allem durch eine Nichtanerkennung der geschaffenen Tatsachen auf deren Veränderung hinzuwirken. 1972 verwendete etwa Ludwig Erhard das Narrativ vom zerstückelten Deutschland der napoleonischen Zeit, das nach vielen Jahrzehnten eben doch noch seine Einheit gefunden habe. Er zitierte dabei aus Ernst Moritz Arndts „Friedensrede eines Deutschen“ von 1807, wo es heißt: „Die ihr auch getrennt seid, wie man euch auch geteilt und verschieden genannt hat, – wer darf sich jetzt deutsch nennen? Ihr seid Kinder einer Sprache, seid durch sie ungetrennt und werdet eins werden, wenn ihr euch nicht selbst aufgebt“. Und Erhard fuhr fort:

„Niemand in diesem Hohen Hause wird diesem Bekenntnis widersprechen wollen. Deutschland wird nicht in Geschichtslosigkeit versinken und sich auch nicht in Buchstaben wie etwa BRD oder DDR zergliedern und auflösen lassen“ (7/1972, 2A).

Also – so die unausgesprochene Fortsetzung des Arguments – müsse man der Zeit nur ihre Zeit lassen und die Zukunft offen halten. Das unternahm die damalige Bundesregierung durch die mühsame Kleinarbeit an diplomatischen Formulierungen – etwa: „unverletzliche“ Grenzen statt „unveränderliche“ Grenzen – oder das Bundesverfassungsgericht durch sein Urteil zum Status der innerdeutschen Grenze von 1973: Sie entspräche rechtlich der zwischen zwei Bundesländern. Gerade das ermöglichte es, die Nutzung der sich 1989/90 bietenden Chance auf Wiedervereinigung ins – teilweise kontrafaktische – Narrativ eines nie beendeten Hinarbeitens auf sie zu integrieren.

Es fügte sich, dass 1990 gerade Willy Brandt noch einmal als Alterspräsident amtierend konnte. Nachdem er von jener großen Freude gesprochen hatte, zu welcher „das Ende des Kalten Krieges und der militärischen Konfrontation, das friedlich-mutige Aufbegehren auch unserer Landsleute in der damaligen DDR und die Verwirklichung der staatlichen Einheit, die Chancen auf gesamteuropäische Einigung“ Anlass gäben, stellte er die für bundesdeutsche Selbstverständigungspraxis so typische und auch heilsame Frage: „Was aber wäre große Freude ohne Selbstprüfung? Nehmen wir [...] hinreichend wahr, wozu uns die Geschichte einlädt? – Verantwortung für die Geschichte: ich hoffe, das vereinte Deutschland nimmt sie mit allen ihren Seiten an“ (12/1990, 2B). Was diesen Worten folgte, ist jenes nachgerade offizielle Selbstverständigungsnarrativ, von dem die Bundesrepublik Deutschland den Sinn ihrer Institutionen und die Unverfügbarkeit vieler ihrer Regeln und Gebote bis heute ableitet und in welches nun nahtlos auch die Wiedervereinigung eingefügt werden konnte:

„Unsere parlamentarische Demokratie ist uns – uns im Westen – nach dem Zusammenbruch von 1945 geschenkt worden.³² [...] Und doch: Warum verschweigen, daß gerade in jener von Existenzangst erfüllten Zeit alte und schöne Traditionen wiederaufgelebt sind? Wir stehen jedenfalls [...] in der Tradition der Nationalversammlungen von Frankfurt 1848 und Weimar 1919 und der freiheitlichen Kräfte im Reichstag vor und nach dem Ersten Weltkrieg. Wir sind dem Erbe des deutschen Widerstands verpflichtet. [...] Nicht vergessen sind die Opfer der

32 Zur ergänzen wäre dieses Narrativ durch folgende, spätere Passage aus der gleichen Rede: „Unsere Freiheit hätten wir nicht bewahren können, wäre sie nicht durch die Atlantische Allianz und im wachsende Maße durch die Prosperität und Solidarität der Europäischen Gemeinschaft geschützt worden. Zu den Gründervätern des vereinten Deutschland zählen in diesem Sinne [...] die Urheber des Marshallplans und Männer wie Jean Monnet, die unseren Völkern den Weg nach Europa haben weisen helfen, noch ehe Hitler zur Hölle gefahren war“ (12/1990, 5B).

kommunistischen Diktatur. Wir führen weiter, was 1948/49 von Bonn aus begonnen wurde, und haben nicht überhört, was uns die frei gewählte Volkskammer vor der Einschmelzung in den gesamtdeutschen Prozeß zu sagen hatte“ (12/1990, 2Bf).

Wie einst Paul Löbe erinnerte auch Willy Brandt an die Gegner der nationalsozialistischen Diktatur, gleichsam die Sachwalter jenes besseren Deutschland, das inzwischen zurückgekehrt sei. Doch er bezog dann gleich auch alle anderen Opfer jenes schlimmen Deutschland in die Erinnerung ein, wie es seit wenigen Jahrzehnten zum wohltuenden Topos von Gedenkreden geworden war, während Paul Löbe die seinerzeitige Haltung noch so formuliert hatte: „Wessen Haus an allen Ecken brennt, der sieht zunächst die eigene Not, ehe er die Fassung gewinnt, die Lage des Nachbarn voll zu würdigen“ (1/1949, 2B). Brandt fuhr indessen vor:

„Mich kümmert die Frage: Ist den nachwachsenden Generationen deutlich gemacht worden, daß an die 200 Mitglieder des Reichstags in Konzentrationslager und Gefängnisse verbracht wurden – manche für kürzere Zeit, manche für Zeiten jahrlanger Peinigung? Wer weiß noch, daß über 100 Abgeordnete ihr Leben verloren haben? Darunter sind auch solche, die im westlichen Exil, oder von dort ausgeliefert, zugrunde gingen und ostwärts durch Stalins Schergen zu Tode gebracht wurden.

Die frei gewählte Volkskammer hat [...] am 12. April an die furchtbaren Leiden erinnert, die im deutschen Namen anderen im Osten zugefügt wurden. Ich denke, wir machen uns dies heute noch einmal zu eigen.

Unsere Würde gebietet einen unübersehbaren Ausdruck der Erinnerung an die Ermordung der europäischen Juden. Die Last dieser schrecklichen Vergangenheit wird nur dann leichter, wenn wir sie für unser Volk immer noch einmal annehmen“ (12/1990, 2B-D).

Damit war – nach 40 Jahren – auch erstmals in einer Parlamentseröffnungsrede der Holocaust als Eckpunkt bundesdeutscher Wertdebatten angesprochen. Das rundete das etablierte Geschichtsnarrativ in beeindruckender Weise ab: Im Nationalsozialismus ist Deutschland gerade nicht „zu sich gekommen“, sondern hat sich – gegen durchaus nennenswerten Widerstand – im Gegenteil von seinen eigenen freiheitlichen Traditionen entfernt; und seit Langem besteht nun wieder ein gutes Land, das die Verbrechen jener verirrt Zeit keineswegs vergisst, sondern sich als Gegenkraft all dessen versteht, was einst zu ihnen führte.

Acht Jahre später führte der Alterspräsident Fred Gebhardt ein noch ausgedehnteres Narrativ vor Augen und endete mit einem ganz konkreten Vorschlag zu dessen Verdichtung und Fixierung. In den dabei neu gesetzten Akzenten zeigt sich mancher Wandel am situationsdefinierenden Geschichtsbild, ja nachgerade dessen Radikalisierung. Gebhardt führte nämlich aus:

„Die Chance für eine wirklich demokratische und gerechte Entwicklung in Deutschland ergab sich in diesem Jahrhundert erst mit der Zerschlagung des nationalsozialistischen Terrorregimes im Jahr 1945. Für die ungenügende demokratische Entwicklung in den 100 Jahren zuvor mag es viele Ursachen gegeben haben. Eine Ursache sehe ich darin, daß es vor 150 Jahren – nämlich 1848 – nicht gelungen ist, eine erfolgreiche und demokratische Revolution in Deutschland durchzuführen.

Der Versuch eines demokratisch verfaßten Deutschlands, der in der Paulskirche zu Frankfurt am Main unternommen wurde, scheiterte. Der preußische König war davon überzeugt, daß gegen Demokraten nur Soldaten helfen. Es war sicherlich ein großer Fehler der Frauen und Männer in der Paulskirche, daß sie den dritten Stand, die Arbeiter und Bauern, ausgeschlossen hatten. Wären sie mit einbezogen gewesen, hätte der preußische König seine Schlacht gegen die Demokratie möglicherweise verloren.

Wie die Entwicklung weiter verlief, ist allen hier im Saal bekannt. Es endete mit dem verbrecherischsten Regime in der Weltgeschichte, der Nazidiktatur. Und nicht wir selbst haben es geschafft, uns zu befreien. Wir mußten von außen befreit werden. All jenen, die uns damals befreit haben, muß unser Dank und unser Respekt gelten. Unabhängig davon, wie wir die weitere Entwicklung in diesen Ländern beurteilen, und unabhängig von dem Schicksal vieler vor, an oder nach dem 8. Mai 1945 sollte klar sein: Ohne diesen Tag hätte es keine Chance für eine demokratische Entwicklung in Deutschland gegeben. Deshalb meine ich, daß wir uns noch vor Beendigung dieses Jahrhunderts darauf verständigen sollten, den 8. Mai 1945 zum Tag der Befreiung zu erklären und ihn jährlich entsprechend zu begehen“ (14/1998, 2Bf).

„[Doch] auch die Geschichte nach 1945 war keinesfalls nur erquicklich, keinesfalls nur von Wohlfahrt und Gerechtigkeit bestimmt. Infolge des zweiten Weltkrieges wurde Deutschland besetzt, und kein Deutscher konnte sich aussuchen, in welcher Besatzungszone er lebte. Die Folge der unterschiedlichen Besatzungszonen wiederum war die Gründung von zwei deutschen Staaten, die eine sehr unterschiedliche Entwicklung nahmen. Beide deutsche Staaten standen in Frontstellung zueinander. Der kalte Krieg zwischen Ost und West tobte in Deutschland besonders zugespitzt. Opfer des kalten Krieges gab es auf beiden Seiten; sie alle mußten rehabilitiert werden. Seit dem 3. Oktober 1990 sind wir vereinigt. Das ist und bleibt ein großes Datum in der Geschichte unsre Landes“ (14/1998, 2Df).

Hier wird die Besiegung des Nazireiches zum zentralen Heilsereignis der deutschen Geschichte, der Nationalsozialismus zum Tiefpunkt des ganzen Menschengeschlechts und jeder Kriegsgegner zum Heilsbringer – ganz gleich, was er über den Sieg hinaus im Sinn hatte und unternahm. Und so wenig Deutsche an der Befreiung vom Nationalsozialismus Anteil hatten, so wenig hatten sie das offenbar auch an der Prägung und am Handeln der beiden deutschen Staaten. Um sie herum tobte einfach der kalte Krieg; und als der – gleich weshalb – zu Ende ging, vereinten sich

die beiden deutschen Staaten eben wieder. Von Freude darüber, die Willy Brandt so gerne zeigte, sprach Gebhardt anschließend nicht. Er handelte nur davon, warum „die damit verbundenen Chancen“ nicht ausführlicher ins Bewusstsein getreten seien, und betonte als wichtige Ursache dessen, „die alte Bundesrepublik“ habe nicht respektvoll genug die Leistungen auch der DDR würdigen wollen.

Dieses Narrativ verweigert sich der bundesdeutschen Standarderzählung, wie sie etwa Willy Brandt vortrug, und sieht ganz von jenem Streit um ideologische Positionen ab, der nicht nur der nationalsozialistischen Diktatur vorangegangen ist, der nicht nur die Teilung Europas und Deutschlands verfestigt hat, sondern dessen inhaltliche Klärung die Bundesrepublik Deutschland auch ganz anders geprägt hat als die DDR. In solchen Unterschieden wird deutlich, dass selbst unsere „großen“ Geschichtserzählungen erhebliche Entzweigungskraft besitzen. Anders als die Narrative der anderen Alterspräsidenten fand jenes von Gebhardt denn auch – ausweislich des Protokolls – keinen Beifall aus allen Fraktionen.

2.3 „Gelingen ist möglich – gerade uns!“

Ein weiteres, später umfangreich ausgebautes Narrativ ging von den Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich aus. Seit der – „Reunionspolitik“ genannten – ostwärts gerichteten Annexionspolitik der französischen Könige des späten 17. Jahrhunderts sowie der gegen Frankreich gerichteten deutschen Identitätsfindung im 19. Jahrhundert, reichend von den Befreiungskriegen bis zur jährlichen Feier des Sedanstages, war entstanden, was „Erbfeindschaft“ hieß. In den beiden Weltkriegen und deren Nachgang hatte sie ihre furchtbaren Folgen offenkundig gemacht.

Das vor Augen, sprach Marie Elisabeth Lüders 1957 davon, beide Länder hätten zu Weimarer Zeiten durch Gustav Stresemann und Aristide Briand schon wichtige, hoffnungsstiftende Schritte zur Verständigung getan. Dann aber habe man „mit Schauern erlebt, wie der gotteslästerliche Übermut eines verbrecherischen Systems alles wieder niedergerissen und Millionen in den Abgrund gestürzt hat“. Nun aber sei eine neue Hoffnung entstanden:

„Wir haben zusammen mit Frankreich der Welt abermals ein Beispiel dafür gegeben, daß es möglich ist, jahrzehnte-, nein jahrhundertealte Mißhelligkeiten, Vorurteile, Leidenschaften, nationales Prestigestreben und viele nur allzu bittere Erfahrungen zu überwinden und mit Verständnis auch für den anderen zu einer Verständigung zu kommen“.

Möglich wurde dies „durch den guten Willen auf beiden Seiten, auch die geistigen und gefühlsmäßigen Trümmer zum Nutzen aller endlich abzutragen“. Daran schloss sich die ein Volk von Tätern, Mitläufern, Zusehern und Opfern integrierende Nutz-

anwendung des Narrativs an: „Sollte das nicht [...] auch unter uns Deutschen selber möglich sein?“ (3/1957, 5A).

Doch warum dann Verständigung nicht auch im Verhältnis zwischen Deutschland und seinen Nachbarn im Osten? Gerade hierauf bezog 1969 das deutsch-französische Narrativ der Alterspräsident William Borm:

„In meiner Jugend ging das Wort um von der ‚Erbfeindschaft‘ zwischen dem Deutschen Reich und seinem Nachbarn Frankreich. Nichts mehr ist davon geblieben als für die Älteren eine verblassende, aber immer noch lehrreiche Erinnerung und für die Jungen das Unverständnis dafür, daß es jemals so etwas habe geben können. Da liegt doch sicherlich der Schluß nahe, daß, was im Westen möglich war, im Osten nicht unbedingt ausgeschlossen werden kann“ (6/1969, 2A).

Nach der Aussöhnung mit Frankreich, nach der den Ostblock – ganz wider dessen Hoffnung und zumal über die Rechtstitel im „Korb III“ der Schlussakte der KSZE von 1975 – destabilisierenden Entspannungspolitik, nach dem auch dadurch verursachten Zusammenbruch des realsozialistischen Staatenwelt und angesichts der deshalb möglich gewordenen gesamteuropäischen Einigung konnte das von William Borm auf den Osten ausgedehnte Frankreich-Narrativ eine neue, nämlich gesamteuropäische Weiterung erfahren. Sie formulierte Otto Schily im Jahr 2002 so:

„Deutschland und Europa lagen in Trümmern, als Paul Löbe 1949 zur Eröffnung des ersten Deutschen Bundestages die Hoffnung äußerte [...], ‚dass dieses Deutschland ein aufrichtiges, von gutem Willen erfülltes Glied eines geeinten Europas sein wird‘. Nach 53 Jahren, nach Überwindung der Teilung Deutschlands und der Teilung Europas ist diese Hoffnung Wirklichkeit und Deutschland ein unauflöslicher [sic] Teil des geeinten, friedlichen und demokratischen Europas geworden. Das ist ein Grund zu tiefer Dankbarkeit gegenüber allen, die daran mitgewirkt haben, und zugleich Aufruf und Verpflichtung, die Europäische Union im Zuge des Erweiterungsprozesses entschlossen auszubauen“ (15/2002, 2B).

Ein glückliches Land, dessen kühnste Visionen aus schlimmster Zeit Wirklichkeit geworden sind, und das nun im Reinen mit sich und seiner Umwelt sein darf: Ein solches, wirklich gutes Grundgefühl vermittelt dieses Narrativ. Der Wiederaufstieg aus der deutschen Katastrophe ist gelungen, Deutschland ist gelungen, Europa ist gelungen – letztlich: Deutschlands Geschichte ist am Ende eben doch eine Geschichte des Gelingens, nicht des Scheiterns. Heinz Riesenhuber ergänzte dies Großnarrativ vom deutschen Gelingensglück 2009 gar noch um einige kleinere Narrative zu einzelnen Politikfeldern, wobei obendrein lockerer Tonfall vom in sechzig Jahren gewachsenen Gefühl eines entspannten „Nichts ist unmöglich!“ kündet. Zu Naturschutz- und Umweltproblemen führte der Alterspräsident Riesenhuber etwa aus:

„In diesem Bereich haben wir trotz schwieriger Bedingungen Erfolge gehabt; das macht Mut. Wer redet heute noch vom Waldsterben? [...] Wenn man fröhlich durch die Wälder geht und sieht, dass sie grün sind und die Bäume gedeihen, dann kann man durchaus sagen: Gemessen an den Themen, über die vor 30 Jahren diskutiert wurde, haben wir eine neue und erfreuliche Welt geschaffen. [...] Indem wir klug auf die Ursachen der Probleme reagiert haben, haben wir Lösungen gefunden, und diese Lösungen haben unserer Welt geholfen“ (17/2009, 3D-4B).

Hierin kann man wohl das „wirksame Geheimnis“³³ des Erfolgs bundesdeutscher Politik erkennen. Freilich, und leider, prägt es den üblichen politischen Diskurs – gelagert um Angst und Wut, Versagen und Verdrössenheit – nicht ebenso klar wie die Reden der Alterspräsidenten des Bundestags.

2.4 Die Thematisierung von Geschichtspolitik

Soweit man Narrative zur Handlungsmotivation, Sinnstiftung, gegebenenfalls auch zur Veranschaulichung des Unverfügbaren nutzen will, tut man gut daran, sie in zeitspezifischer Attraktivität zu stilisieren, sie zu popularisieren, also sie auch politisch-bildnerisch nutzbar zu machen. Derlei regte 1969 ausdrücklich William Borm an:

„Wir sind [...] gezwungen, unser Verhältnis auch zur eigenen Geschichte endlich zu bereinigen. [...] Es bleibt die gemeinsame Aufgabe aller Fraktionen in diesem Hohen Hause [...], unser Volk, unsere Gesellschaft zu einem bewußt engagierten und realistischen Verhältnis zur Politik und zur Geschichte zu führen“ (6/1969, 2D).

Die später systematisch einsetzende Geschichtspolitik mitsamt dem Bau vieler Gedenkstätten und Museen in ihrem Dienst verwirklichte solche Forderungen. Auf manchen Eindruck eines Zuviel an solcher Geschichtspolitik bezog sich dann Fred Gebhardt, als er 1998 unterstrich: „Geschichte wird man nicht los, auch wenn manche sich das inzwischen sogar öffentlich wünschen. Es ist aber gar nicht wünschenswert, weil wir in der Verantwortung stehen, aus der Geschichte Lehren zu ziehen“ (14/1998, 2D).

Doch längst hatte der von Anfang an klar verurteilende Umgang der deutschen politischen Elite mit der nationalsozialistischen Diktatur reiche Frucht getragen. Willy Brandt konnte bereits 1983 beim Rückblick auf das 50 Jahre zuvor erlittene Scheitern der ersten deutschen Demokratie bilanzieren, „daß wir aus den geschicht-

33 So – aus einem ganz anderen Kontext stammend – jene Formel, mit der Walter Bagehot einst den Kern der Funktionslogik des parlamentarischen Regierungssystems beschrieb, nämlich das parteiengenerierende Miteinander von Regierung und regierungstragender Mehrheit; vgl. G. W. Cox 1987.

lichen Erfahrungen gelernt haben und daß wir sie niemals in den Wind schlagen werden. Gemeinsam wollen wir darüber wachen, daß sich die Schrecken der Vergangenheit, in welcher Form auch immer, nicht wiederholen“ (10/1983, 2Cf). Vier Jahre später, ganz wesentlich Richard v. Weizsäckers Rede vom 8. Mai 1985 im Sinn, dankte Brandt diesem für seine Verdienste um den Umgang mit jenen Narrativen, die Deutschlands neuen Staat in die ihm angemessenen Kontexte einbetten: „Sie haben viel dafür getan, das uns Gemeinsame zu vertreten und zu vertiefen; [und] zumal mit Ihren Beiträgen zur deutschen Geschichte haben Sie dem Werk der Aussöhnung einen großen Dienst erwiesen“ (11/1987, 1B).

3. TRANSCENDENZREKURSE IN DEN REDEN DER ALTERSPRÄSIDENTEN

3.1 Auf Handlungsmotivation abzielende Transzendenzrekurse

a. Das Panorama lockender neuer Ufer

Etwas transzendieren meint: eine Grenze überschreiten, ein neues Ufer erreichen, in einen anderen, als besser erhofften Zustand gelangen. In diesem Sinn liegt ein Transzendenzrekurs dann vor, wenn auf eine zu überwindende Begrenzung verwiesen, ein lockendes neues Ufer beschrieben, zum Erreichen eines besseren Zustandes aufgerufen wird. Handlungsmotivation ist der Zweck eines solchen Transzendenzrekurses. Und nichts ist selbstverständlicher, als dass ein materiell wie moralisch ruiniertes Land wie das Deutschland der Besatzungszonen sich seiner engen Handlungsgrenzen, seines schlimmen Zustandes bewusst war und eigentlich nur auf Hinweise wartete, zu welchen neuen Ufern es aufbrechen könne. Die Gründung der Bizone, dann der Trizone und später der Bundesrepublik Deutschland hatten es bereits erlaubt, den Status besetzten Feindeslandes zu verlassen. Die Währungsreform samt der Wiederbelebung eines geordneten Wirtschaftslebens stellte neue Lebensmöglichkeiten vor Augen, individuell ebenso wie kollektiv. Zwar war noch ganz unklar, wie weit man gelangen könne. Doch es war eine Zeit der Aufbruchsbereitschaft und – mehr noch – des ohnehin durch das allgemeine Elend aufgezwungenen Aufbrechens, in die hinein 1949 die politische Elite des neuen Staates sprach.

Gleich in den ersten, auf die Begrüßungsformeln folgenden Sätzen des damaligen Alterspräsidenten Paul Löbe wurden jene Grenzen benannt, über die hinauszu-
gelangen dann jahrzehntelang als Ziel bundesdeutscher Politik bekundet wurde. Voll sollten so bald wie möglich die – immerhin im Bundestag vertretenen – Berliner „in dieses neue Deutschland einbezogen“ werden, desgleichen „jene Millionen deutscher Landsleute [...], die in den deutschen Ostgebieten wohnen und deren

Vertretern Besatzungsmacht oder fremde Verwaltung gewaltsam verwehrt, mit in diesem Saale zu sitzen und mit uns zu beraten“ (1/1949, 1B). Und gleich anschließend wird jenes Aufgabendoppel benannt, dem dann vierzig Jahre bundesdeutscher Politik gewidmet waren:

„Indem wir die Wiedergewinnung der deutschen Einheit als erste unserer Aufgaben vor uns sehen, versichern wir gleichzeitig, daß dieses Deutschland ein aufrichtiges, von gutem Willen erfülltes Glied eines geeinten Europa sein will!“ (1/1949, 1C).

Ein wenig später wird Löbe noch konkreter: „Deutschland will [...] ein aufrichtiges, friedliebendes, gleichberechtigtes Glied der Vereinigten Staaten von Europa werden“, weshalb es „im Staatsgrundgesetz von Bonn den Verzicht auf nationale Souveränitätsrechte schon im voraus ausgesprochen [habe], um dieses geschichtlich notwendige höhere Staategebilde zu schaffen“ – ein Ziel, von dem man sich auch durch alle Anfangsschwierigkeiten nicht abschrecken lassen werde (1/1949, 2D). In nicht minder weiter Ferne lagen damals die übrigen Ziele, deren Verwirklichung sich – so Löbe – das deutsche Volk von der Arbeit des Bundestages erhoffte. Im Unwissen über den so unerwartet rasch kommenden Neuaufschwung musste es sogar als höchst unwahrscheinlich wirken, ...

„daß wir eine stabile Regierung, eine gesunde Wirtschaft, eine neue soziale Ordnung in einem gesicherten Privatleben aufrichten, unser Vaterland einer neuen Blüte und neuem Wohlstand entgegenführen. Schier unüberwindlich scheinen die Hindernisse, die auf diesem Wege liegen“ (1/1949, S. 1D).

Doch es waren einleuchtende, inspirierende, zu tatkräftigem Handeln motivierende Ziele, die rasch auch die ihrer Erreichung dienlichen Rahmenbedingungen erhielten. Jedenfalls konnte schon vier Jahre später Marie Elisabeth Lüders vom erfolgreichen Aufbau der äußeren Form des neuen Staatswesens sowie von neuen, sinngebenden Inhalten dieser Form berichten. Gleichwohl erweisen sich die Grenzen des eigenen Handlungsraums immer noch als sehr eng gezogen:

„Neben der notwendigen Konsolidierung der inneren Ordnung stehen auch weiterhin gewaltige Aufgaben aus den noch keineswegs überwundenen Folgen des Krieges und seines katastrophalen Ausgangs vor uns. An erster Stelle steht für uns alle die staatliche Vereinigung des geschichtlich gewordenen Volksraumes, nicht nur in geographischer und wirtschaftlicher, sondern auch in sozialer und mitmenschlicher Hinsicht“ (2/1953, 2B).

Und da wären auch noch die schlechten Zustände im Lande selbst, von denen es nun wegzukommen gelte: Nötig sei es, „neben den zerstörten materiellen Werten die unersetzlichen inneren, die zerbrochenen menschlichen Werte wiederaufzurich-

ten, indem wir Lebensbedingungen schaffen, in denen echte humane Gesinnung und Betätigung wieder gedeihen können“ (2/1953, 2D).

Im Grunde sind damit alle weitreichenden Ziele exponiert, wie sie auch in den folgenden Wahlperioden immer wieder handlungsmotivierend angesprochen werden. Freilich verschoben sich – wie es beim transzendierenden Reden so leicht unterläuft – auch die Ansprüche, die man an die zu erreichenden Zustände stellte. Ludwig Erhard brachte sie 1976 auf die Kurzformel, er wünsche dem neu gewählten Bundestag – neben Wahrnehmung seiner Verantwortung für das ganze Deutschland – dass er „seinen Beitrag zum inneren und äußeren Frieden erbringen kann, zum Wohle unserer Bürger und zur Sicherung der Freiheit, die unser Leben ausmacht“ (8/1976, 3A). Nichts anderes wollte Bundesdeutschlands politische Elite, und nichts anderes erwartete von ihr das Volk. Das aber war wirklich kein geringer Anspruch.

b. Über die Trizone hinaus: das Ziel der Wiedervereinigung

1871 war, freilich unter Ausgrenzung der deutschen Länder des Habsburgerreichs, ein geeinter deutscher Nationalstaat entstanden – endlich, wie die meisten fanden. Er überstand auch den Zusammenbruch des Kaiserreichs und die Teilungswünsche der Siegermächte. Nichts konnte deshalb nach 1945 einem Deutschen als natürlicher gelten, als dass sein Vaterland – obwohl geschlagen und diskreditiert – staatlich geeint fortbestünde. Die Abtrennung Ostpreußens, Pommerns und Schlesiens samt Flucht oder Vertreibung der dort eingesessenen Deutschen erschien als Ungeheuerlichkeit, die keinen Bestand haben könne. Und die Aufteilung von West- und Mitteldeutschland in Besatzungszonen für jede Siegermacht wirkte erst recht willkürlich und provisorisch. So wie auf die Bizone die Trizone gefolgt war, werde deshalb auch die sowjetische Besatzungszone über kurz oder lang mit dem geographisch begrenzten westdeutschen Teilstaat verbunden werden. Rechtlich und moralisch verstand dieser sich ohnehin von Anfang an als der Staat aller Deutschen.³⁴

Es muss also nicht wundern, dass sich unter den in den Parlamentseröffnungsreden betonten Zielen stets die Wiedervereinigung findet, anfangs noch unter aus-

34 1949 – und bis zur Verfassungsänderung nach der Wiedervereinigung – lautete die Präambel des Grundgesetzes so: „Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat das Deutsche Volk in den Ländern Baden, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern, um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen. Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war. Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“

drücklichem Einschluss Ostpreußens, Pommerns und Schlesiens, und natürlich immer mit Hinweis gekoppelt, nur auf friedlichem Weg sei derlei möglich und anzustreben. 1957 formulierte etwa Marie Elisabeth Lüders:

„Wir wissen – und wir wollen es auch nicht anders –, daß die heute noch unter fremder Verwaltung stehenden Gebiete nur auf friedlichem Wege in die deutsche Volksgemeinschaft wieder einbezogen werden können. Es ist deshalb unsere Aufgabe, mit höchstem Eifer gemeinsam auf Mittel und Wege zu sinnen, mit denen dieses unser allerhöchstes Ziel erreicht werden kann“ (3/1957, 2C).

Allerdings veränderten sich die Wege sehr, auf denen die Wiedervereinigung oder ein solcher Zustand Europas als erreichbar galt, in dem eine Wiedervereinigung denkbar würde. 1969 und somit zu Beginn jener Wahlperiode, der die „Neue Ostpolitik“ der sozialliberalen Koalition ihren Stempel aufprägen sollte, formulierte der Alterspräsident William Borm: Man dürfe nicht annehmen, ...

„daß die aufgezwungene und spannungsgeladene Situation ein statischer Endzustand sein könne. Angesichts der Kräfteverteilung und der Waffensysteme in der Welt können auch antagonistische [sic!] Positionen heute nicht mehr durch Gewalt geklärt werden, sondern – als klare Alternative zur gegenseitigen Vernichtung – nur durch geduldige Versuche der Annäherung. Das ist schon ein dornenreicher Weg, und nur allzu leicht bringt er den Vorwurf, daß er in immer neue Sackgassen führen müsse“ (6/1969, 1Df).

Anschließend wurde Borm sehr konkret:

„Große Aufgaben erwarten uns im nächsten Jahrzehnt, die dringend einer Lösung bedürfen: in der Außenpolitik die weitere Ausgestaltung unserer Verflechtung mit dem Westen, Versöhnung, Ausgleich auch mit den Völkern im Osten; in unserer nationalen Politik schrittweise Entkrampfung durch zunächst atmosphärische Verbesserung unseres Verhältnisses zur DDR“ (6/1969, 2C).

Das alles wurde zum großen außenpolitischen Thema der nun anhebenden Regierungszeit Willy Brandts. Dieser kam hierauf als Alterspräsident 1983 wie folgt zurück:

„Das Grundgesetz verpflichtet uns, nach Kräften für den Frieden in Europa und für die Welt zu wirken. Es stellt die Fortdauer der deutschen Nation fest – auch in der Teilung, an der wir nicht leicht tragen. Meines Erachtens sind wir gut beraten, wenn wir – auf der Grundlage der gefundenen vertraglichen Regelungen – weiter daran arbeiten, daß die beiden deutschen Staaten und ihre Bürger sich nicht unnötig auseinanderentwickeln, sondern ihre Beziehungen zu-

einander produktiv gestalten. Dies wäre [...] ein wichtiger, nur von uns Deutschen zu leistender Beitrag zur Sicherung des Friedens in Europa und für die Welt“ (10/1983, 3Bf).

Freilich schien damals schon das Ziel der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten vielen Deutschen ebenso illusorisch zu sein, wie das schon seit Jahrzehnten die – dreißig Jahre zwar durchaus noch gehegte – Hoffnung auf eine Wiedergewinnung Ostpreußens, Pommerns und Schlesiens war. Willy Brandt, bis ins Mark deutscher Patriot, drückte die auch seinesgleichen von den Zeitumständen aufgezwungene praktische Hoffnungslosigkeit 1987 in folgenden, auf die Linderung von derlei inneren Spannungen ausgehenden Wendungen aus – und somit gerade zu Beginn jener Wahlperiode, an deren Ende die Wiedervereinigung stand. Er wandte sich „an die Jungen in der ganzen Republik“ und sagte ihnen:

„Dies ist auch dann unser Staat, wenn er nicht unter den Bedingungen nationaler Einheit konstituiert werden konnte. Die war nicht erst durch ausländische Siegermächte zerstört worden, sondern schon durch diejenigen, die nicht nur anderen Leid zufügten, das für unvorstellbar gehalten worden war, sondern auch das eigene Volk verbrecherisch in tiefes Unglück gestürzt hatten.³⁵ In dieser Phase der geschichtlichen Entwicklung müssen wir Deutsche uns um Zusammenhalt trotz staatlicher Trennung bemühen, über das hinaus, was humanitär, kulturell und wirtschaftlich unbeschadet der unterschiedlichen Ordnungen gesichert und gefördert werden kann. Nicht zu ersetzen ist die Pflicht der Deutschen, d.h. der Deutschen in beiden Staaten, zum Frieden und zum Dienst an Europa“ (11/1987, 3Df).

Drei Jahre später war es dann endlich so weit, wie seit 1949 erhofft. Willy Brandt, zum dritten Mal amtierend als Alterspräsident, konnte bewegt feststellen: „Erstmals nach vielen Jahrzehnten versammeln sich die in gesamtdeutschen freien Wahlen bestimmten Abgeordneten, fürwahr ein Ereignis, das historisch genannt werden kann“ (12/1990, 1B). Sie alle umfangend durch Nennung herausragender Träger der von ihm stets als fortbestehend behaupteten, gemeinsamen deutschen Kultur grüßte er ...

„in besonderer Verbundenheit [...] die Landsleute in den neuen Bundesländern, in Goethes und Schillers Thüringen, in Bachs und Leibniz' Sachsen, in Luthers und Nietzsches Sachsen-Anhalt – wenn es das schon gegeben hätte –, in Fritz Reuters und Ernst Barlachs Mecklenburg, in Caspar David Friedrichs Vorpommern, in Schinkels und Fontanes Brandenburg, in Humboldts und Hegels jetzt nicht mehr zerklüftetem Berlin“ (12/1990, 1C).

35 Dieses Narrativ verwendete auch Stefan Heym: „Vergessen wir [...] nicht, daß die Jahrzehnte des Kalten Krieges, welche uns die Spaltung Deutschlands mitsamt der schrecklichen Mauer und deren Folgen brachten, historisch gesehen, das Resultat des Naziregimes waren und des Zweiten Weltkriegs, der von diesem ausging“ (13/1994, 2D).

Endlich sei „jene Phase der Ängste und der [bloßen] Hoffnungen versunken“, aus der heraus er früher über die fehlende deutsche Einheit habe sprechen müssen (12/1990, 2B). Und tatsächlich haben die Reden der Alterspräsidenten seit der Wiedervereinigung einen anderen, runderen, glücklicheren Klang – zumindest jene Otto Schily und Heinz Riesenhubers, während sich 1994 Stefan Heym und 1998 Fred Gebhardt eher mit den Schwierigkeiten als mit den Freuden der Wiedervereinigung auseinandergesetzt hatten.

c. Plus ultra: das Transzendieren jedes status quo

„Plus ultra“ war der Wahlspruch Kaiser Karls V. und fand – über dessen Rolle als spanischer König – Eingang in das Staatswappen Spaniens. Auf Deutsch hieß dieses Motto damals „noch weytter“. Es könnte auch über vielen Aussagen der Alterspräsidenten des Deutschen Bundestages stehen: Immer wieder wird betont, worin und wohin über das Erreichte nun hinauszugehen sein.

Besonders prägnant geschah dies 1969, also vor jenem Bundestag, der erstmals einen sozialdemokratischen Bundeskanzler wählen sollte. Wiederaufbau, Westbindung, Demokratiegründung waren gelungen. Die seit 1966 gegen die Große Koalition gerichtete „Außerparlamentarische Opposition“ hatte viele glauben gemacht, unter dem dünnen Firnis bundesdeutscher Formaldemokratie sei restaurierter Autoritarismus am Werk. Und die Studentenrevolte hatte den Eindruck erweckt, nicht nur unter den Talaren sei der Muff von tausend Jahren – und insbesondere jener des „Tausendjährigen Reiches“. Also sei es Zeit für einen Neuanfang: Mit wirklicher Demokratie sollte es weitergehen, nämlich einer vom aufgeklärten Volk froh und mitmachend getragenen Demokratie. Für die Erreichung dieses Ziels verlangte der damalige Alterspräsident William Borm tiefgreifende Reformen im Bildungs- und Ausbildungswesen, denn „hier geht es um die Schaffung unumgänglicher Voraussetzungen für das Mündigwerden aller unserer Menschen als Grundlage der Demokratie“ (6/1969, 2C). Willy Brandt sollte das gleiche Anliegen in seiner Regierungserklärung wenige Tage später in bleibend berühmte Formulierungen fassen:

„Unser Volk braucht wie jedes andere seine innere Ordnung. In den 70er Jahren werden wir aber in diesem Lande nur so viel Ordnung haben, wie wir an Mitverantwortung ermutigen. Solche demokratische Ordnung braucht außerordentliche Geduld im Zuhören und außerordentliche Anstrengung, sich gegenseitig zu verstehen. *Wir wollen mehr Demokratie wagen.* Wir werden unsere Arbeitsweise öffnen und dem kritischen Bedürfnis nach Information Genüge tun. [...] In den letzten Jahren haben manche in diesem Land befürchtet, die zweite deutsche Demokratie werde den Weg der ersten gehen. Ich glaube dies heute weniger denn je.

Nein: *Wir stehen nicht am Ende unserer Demokratie, wir fangen erst richtig an*“ (6/1969, 20C, 33Df).³⁶

Hinter der von der „partizipatorischen Revolution“ in allen westlichen Industriestaaten aktivierten Zivilgesellschaft tauchten allerdings bald neue Grenzen auf, deren Überwindung lockte. Insbesondere war da, über die Integration von Zuwanderern hinaus, der Aufbau einer multikulturellen Gesellschaft. Fred Gebhardt betonte 1998 die Aufgabe, „für Nichtdeutsche, die in unserer Gesellschaft leben, bessere Integrationsmöglichkeiten zu finden und Chancengleichheit herzustellen. Nur Menschen, die gleiche Rechte haben, werden auch als gleichwertig angesehen. Zu Recht haben die Mütter und Väter des Grundgesetzes in Art. 1 die Würde aller Menschen – nicht nur der Deutschen – hervorgehoben“ (14/1998, 2D). Präziser wurde 2009 Heinz Riesenhuber: Es gehe um die ...

„Integration der Menschen, die in unserem Land leben und die ihren alten Kulturen verbunden sind. Wir respektieren diese Kulturen. Aber wir wollen, dass sie als Bürger dieses Landes die Chance haben, umfassend mitzugestalten, ihren Beruf und ihr Leben zu entwickeln, Verantwortung zu übernehmen und sich als Teil unserer Gemeinschaft zu fühlen. [...] Es darf aber nicht geschehen, dass sich in einzelnen Bereichen unserer Gesellschaft Kulturen entwickeln, die keinen Kontakt zu unserer Wirklichkeit haben“ (17/2009, 2D).

Und speziell auf die gewandelte Wirklichkeit der alternden Gesellschaft reagierte 2002 der Alterspräsident Otto Schily mit der Forderung, man solle „schon in Betracht ziehen, dass auch die Generation der über 70-Jährigen – nicht zuletzt im Hinblick auf die deutlich veränderte Altersstruktur der Gesellschaft – ein Anrecht – wie ich finde: ein selbstverständliches Anrecht – auf eine aktive Mitgestaltung der Politik geltend machen darf“ (15/2002, 2A).

Natürlich wurden auch mit der Wiedervereinigung neue Grenzen fühlbar, die es fortan zu überwinden galt. Willy Brandt führte 1990 deren drei an: die Herstellung grundsätzlich gleicher Lebensverhältnisse im staatlich geeinten Deutschland; die weitere Einigung Europas; die Mitverantwortung Deutschlands für die Welt und für die „globalen Sorgen Welthunger, Armutswanderungen, Umweltzerstörung“ (12/1990, 2A). Der letzteren Aufgabe widmete vier Jahre später auch Stefan Heym zentrale Gedanken seiner Rede:

„Die Krise, in welche hinein dieser Bundestag gewählt wurde, ist nicht nur eine zyklische, die kommt und geht, sondern eine strukturelle, bleibende, und dieses weltweit [...] eine Krise nunmehr der gesamten Industriegesellschaft. Wie lange wird der Globus noch, der einzige, den wir haben, sich diese Art gefallen lassen, wie diese Menschheit ihre tausenderlei Güter

36 Hervorhebungen vom Verfasser.

produziert und konsumiert? Wie lange wird die Menschheit sich die Art gefallen lassen, wie diese Güter verteilt werden? [...] Deutschland, und gerade das vereinigte, hat eine Bedeutung in der Welt gewonnen, der voll zu entsprechen wir erst noch lernen müssen. Denn es geht nicht darum, unser Gewicht vornehmlich zum unmittelbaren eigenen Vorteil in die Waagschale zu werfen, sondern das Überleben künftiger Generationen zu sichern“ (13/1994, 3A).

Im Grunde war damit die äußerste Grenze erreicht, an die politischer Gestaltungswille streben kann: Es gilt, die ganze Welt zu retten – und gleich für alle künftigen Generationen. Ein wenig kleiner dimensionierte Fred Gebhardt im Jahr 1998 solche Ziele, wies aber ebenfalls auf Gestaltungsaufgaben weit jenseits der deutschen Grenzen hin:

„Die Weltordnung, wie sie nach 1945 im Ergebnis des zweiten Weltkrieges entstanden ist, scheint realen politischen und ökonomischen Kräfteverhältnissen, den Herausforderungen, vor denen wir stehen, nicht mehr zu entsprechen. Eine neue Weltordnung ist aber noch nicht gefunden. Sie zu finden kann unmöglich die Aufgabe Deutschlands oder seines Bundestages allein sein. Einen Beitrag zu ihrer Findung werden wir aber leisten müssen“ (14/1998, 2C).

Deutschland ist also wirklich wieder wer – und agiert an Grenzen, von denen ein halbes Jahrhundert vorher die Politiker der Trizone noch nicht einmal hätten träumen können. Tatsächlich weiteten sich Deutschlands Gestaltungsmöglichkeiten – und dann auch Gestaltungsaufgaben – während seines keine 30 Jahre währenden Aufstiegs aus Ruinen zum reichsten Land Europas. Ludwig Erhard drückte das bereits 1976 so aus: „Nicht zuletzt sollten wir uns auch bewußt sein, daß unsere Verantwortung grundsätzlich nicht an den Grenzen unseres Landes endet“ (8/1976, 2Bf). Und Willy Brandt führte diesen Gedanken 1983 und 1987 so weiter:

„Die europäische Perspektive des Grundgesetzes kann sich gewiß nicht in den fragmentarischen Ansätzen der hinter uns liegenden Jahre erschöpfen. Aus der Verpflichtung heraus, den Frieden sichern zu helfen, hat sich zum einen die Teilhabe an der Atlantischen Allianz und unsere Verankerung in dieser ergeben, zum anderen das Bemühen um den Abbau von Spannungen zwischen den Blöcken, damit mehr Zusammenarbeit und weniger Rüstung möglich werden. Es liegt auf der Hand, daß um das Wie weiterhin wird gerungen werden müssen“ (10/1983, 2B) [...] „Immer enger wird der Rahmen dessen, was sich in nationaler Verantwortung regeln läßt, immer weiter werden die Gebiete, die internationale Zusammenarbeit, also internationale Entscheidungen brauchen. ... Die Frage stellt sich, was wir Deutsche in Zukunft zu tun gedenken, um unsere und die europäischen Interessen in den weltweiten Nord-Süd-Zusammenhängen so wirksam wie möglich wahrzunehmen“ (11/1987, 4D).

Damit war ein wirklich weiter Weg zurückgelegt seit den Zeiten Paul Löbes und seiner Hoffnung, Deutschland möge es eines Tages gelingen, wieder als gleichbe-

rechtigtes Glied in die Völkergemeinschaft zurückzukehren. 2002 ging Otto Schily rhetorisch besonders weit und griff sogar zu einem einst kritisch gegen den kaiserlichen Reichskanzler Bernhard v. Bülow (1849-1929, Kanzler 1900-1909) gerichteten Begriff:

„Es ist unsere Heimat Europa, das Europa der Vielfalt und der Weltoffenheit [...] der engen und vertrauensvollen atlantischen Partnerschaft. Es ist ebenso das Europa als Teilhaber der Weltgemeinschaft mit allen Rechten und Pflichten. Deutsche Politik wird in diesem Sinne künftig sehr eindeutig und in erheblich verstärktem Maße europäische Politik und damit auch Weltpolitik [sic!] sein müssen“ (15/2002, 2C).

Der Europagedanke, in den Schily sein durch und durch anders als bei v. Bülow gemeintes Wort von der „deutschen Weltpolitik“ einbettete, war vor dem Einsetzen der ersten Einigungserfolge der 1950er Jahre im Bundestag ganz besonders betont worden. Dann aber kehrte er erst nach der „Eurosklерose“ der späten 1970er und frühen 1980er Jahre wieder markant in die Reden der Alterspräsidenten zurück und bereitete vor, was ohne solchen Kontext nach einer Rückkehr außenpolitischen Übermuts klingen konnte. Willy Brandt etwa führte 1987 aus:

„Heute wissen die meisten: Es gibt keine deutsche Zukunft ohne oder gar gegen Europa. Bei uns in der Bundesrepublik beklagen viele [...] die ärgerlichen Unzulänglichkeiten der Europäischen Gemeinschaft. Aber ohne die EG wollen wir nicht sein, sondern mit einer, die ihre Halbherzigkeiten und Widersprüchlichkeiten hinter sich lässt und die handlungsfähig wird – von der Währung bis zur Sicherheit. [...] Für die Deutschen in ihrer Gesamtheit gibt es keine Zukunft ohne ein europäisches Haus“ (11/1987, 5A).

Wenige Jahre später sollte entschlossen mit der Errichtung des ganzen, auch einen slawischen Flügel umfassenden „europäischen Hauses“ begonnen werden. Da wollte Willy Brandt freilich auch gleich den Begriff „Bundesrepublik“ im deutschen Staatsnamen als Vorgriff auf Europa gedeutet haben: „Das vereinte Deutschland soll sich vom Beginn an als Teil des werdenden Europa verstehen, nicht weniger als die anderen europäischen Staaten auch“ (12/1990, 4A), und es gelte: „Nicht ein deutsches Europa, sondern ein europäisches Deutschland muß das Ziel unserer Anstrengungen sein“ (12/1990, 5B). Fünfzehn Jahre später führte Otto Schily diese Forderung, ganz in bundesrepublikanischer Tradition, so weiter: „Deutsche Politik muss [...] zuallererst europäische und weitergehend international ausgerichtete Politik sein. Eine auf den nationalen Horizont verengte Politik kann unter den Bedingungen der Globalisierung und im Blick auf die deutsche Geschichte nicht erfolgreich sein“ (18/2005, 2B).

Gerade auf Seiten der Linken konnte selbst Europa für den neuen deutschen Gestaltungswillen zu klein sein. Mit einem nachgerade Vollständigkeit anstrebenden

Katalog der nunmehr zu übersteigenden Grenzen beendete 1998 Fred Gebhardt seine Rede, und zwar unter Befall von allen Fraktionen:

„Wenn wir am Ende der 14. Legislaturperiode [...] sagen könnten, daß die Arbeitslosigkeit zumindest drastisch abgenommen hat, daß unserer Gesellschaft sozial gerechter geworden ist, Geld, Gewinne und Profite nicht der dominierende Maßstab unseres Lebens sind, wir nicht Arme, sondern Armut bekämpft haben, wir beim ökologischen Umbau vorangekommen sind, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit zurückgedrängt wurden, wir nicht Flüchtlinge, sondern Fluchtursachen bekämpft haben, Jugendliche eine Perspektive besitzen, Chancengleichheit in der Gesellschaft zugenommen hat, wir bei der Gleichstellung der Geschlechter real vorangekommen sind und die Welt insgesamt friedlicher geworden ist, Hunger und Elend weltweit zurückgedrängt wurden, dann – und meines Erachtens nur dann – können wir mit unserer Arbeit zufrieden sein und erklären: Wir haben das von den Wählerinnen und Wählern in uns gesetzte Vertrauen gerechtfertigt“ (14/1998, 4Bf).

Paul Löbe und Marie Elisabeth Lüders hätten diesen Aufgabenkatalog wohl als den einer neuen deutschen Großmacht mit tiefgreifend veränderten Prioritäten verstanden, sich aber gefreut, dass ihr zerstörtes Land nunmehr in einem Zustand war, in dem es sich überhaupt die eigenen Grenzen so weit überschreitende Ziele setzen konnte. Doch sie hätten sich gewundert über den hier unverkennbaren Mangel an Demut vor immer noch wahrhaft großen Problemen. Und sie hätten sich vermutlich Sorgen gemacht ob der Seriosität einer Haltung, die so vieles in so kurzer Zeit auf einmal zu bessern fordert. Hingegen hätten sie sich wohl gefreut über einige Aussagen ihres Amtsnachfolgers Otto Schily. Der korrigierte 2005 solches „plus ultra“ indem er darauf hinwies, dass ...

„Politik nur *ein* gesellschaftliches Wirkungsfeld unter anderen ist. Wirtschaft, aber auch Kultur und Wissenschaft, folgen anderen Gesetzmäßigkeiten und organisieren sich in erster Linie nicht nach politischen Vorgaben. Wir sollten uns weder einbilden noch anmaßen, dass sich alle anderen gesellschaftlichen Bereiche staatlicher Bevormundung zu fügen haben oder dass sie staatlicher Beeinflussung überhaupt ausnahmslos zugänglich sind“ (16/2005, 2C).

Eben eine *solche* Grenzziehung bewahrt die Politik vor voluntaristischem Übermut – und ein Volk vom totalitären Gestaltungszugriff, wie er so leicht mit der politischen „Lust auf Transendenzen“ leicht einhergeht. Heinz Riesenhuber formulierte denn auch vier Jahre später einen viel bescheideneren und trotzdem höchst fordernden Aufgabenkatalog für den neuen Bundestag: neue *Rahmenbedingungen* gelte es zu setzen – für die Aufrechterhaltung der sozialen Marktwirtschaft, für die Bewahrung der Freiheit, für nötige Innovationen und für das Zusammenwirken in einer offenen Welt und ihrer Wissensgesellschaft (17/2009, 2B-3B).

d. Die Kehrseite: Bestehendes sichern, Transzendenzalternativen abwehren

Oft merkt man beim Weitergehen, dass der Grund nicht mehr sicher ist, auf dem die Nachschubwege verlaufen, oder beim Emporsteigen, dass die Leiter nicht länger fest steht. Schon 1957 kam es zu Formulierungen dahingehend, dass wichtige Ziele inzwischen erreicht wären und das neu erlangte Ufer nun erst einmal gesichert werden müsse. Sie betrafen zunächst die so überraschend aufgeblühte Wirtschaft, die ihrerseits Voraussetzung für das Erreichen vieler weiterer Ziele war – etwa der Wiedervereinigung nach dem Rezept der „Magnettheorie“: Die Bevölkerung der DDR werde eines Tages unwiderstehlich vom besseren Leben in Westdeutschland angezogen werden.³⁷ Hier wurde zum ersten Mal gerade der *status quo* – als wünschenswert geschätzt, nun aber als bedroht empfunden – zum Gegenstand von Transzendenzrekursen. Marie Elisabeth Lüders formulierte damals etwa: „Bemühen wir uns, daß in Zukunft [...] diese [wirtschaftlichen] Erfolge nicht wieder in Frage gestellt und wir nicht plötzlich unsanft aus unserem Prosperitätsoptimismus gerissen werden“ (3/1957, 3A). Und Ludwig Erhard hatte knapp 20 Jahre später zu diagnostizieren, dass solches Bemühen gerade nicht erfolgreich gewesen war – und zwar nicht nur nicht in Deutschland, sondern weit darüber hinaus:

„Gestehen wir es doch, daß selbst im Bereich der hochentwickelten Industriestaaten ein gut Teil der zur Bezeugung von Solidarität unverzichtbaren Ordnung zunehmend abzubröckeln beginnt! Wir leiden auch in Europa unter dem Verfall einer funktionsfähigen internationalen Währungsordnung, der permanent falsche Wechselkurse im Gefolge hat, die uns eines brauchbaren Maßstabes zum Wertvergleich von Waren und Dienstleistungen berauben und die künftige Entwicklung des Welthandels fast zu einer Farce werden lassen“ (8/1976, 2C).

Das war aber gleichsam nur die Spitze eines ganzen Eisbergs an inzwischen entstandenen Sorgen um die Bewahrung des einst Erreichten – nämlich angesichts dramatischer Ölpreiserhöhungen, einer internationalen Wirtschaftskrise, steigender Arbeitslosigkeit und eines sich andeutenden Endes weiterer Ausbaumöglichkeiten des Sozialstaates. 1983 verwies auch Willy Brandt auf das alles und auf noch mehr: „In den letzten Jahren [...] haben sich Rückschläge und Gefährdungen eingestellt, die bei vielen Menschen und in vielen Familien neue Sorgen haben aufkommen lassen.“ Sie reichten von der Unruhe ob weiterhin sicherer Arbeitsplätze bis hin zu Risiken aufgrund weltpolitischer Bedingungen. Dabei gelte: „Das Ausmaß der Probleme, die sich uns neu und jedenfalls anders als den Gründungsvätern stellen, ist beeindruckend und für manchen bedrückend.“ Fortschritte in Wissenschaft und Technik, weltwirtschaftliche Verwerfungen, Krisen im internationalen Finanz- und

37 Vgl. W. Abelshauser 1979.

Währungssystem habe es zwar früher auch schon gegeben; sie stellten sich aber „heute intensiver als früher“ dar und verknüpften sich mit weiteren: weltweite Plünderung der Naturreichtümer, Vernachlässigung der Umwelt, Wachstum der Weltbevölkerung, Wandel des Charakters der Arbeit, internationaler Rüstungswettlauf, Notwendigkeit des weltweiten Kampfs gegen Hunger und Elend – bis hin zur Tatsache, „daß sich die Menschheit zum erstenmal in ihrer Geschichte selbst auslöschen kann und daß der Mensch drauf und dran ist, seine eigene Art manipulieren zu wollen – beides bezeichnet ja wirklich noch nicht dagewesene Situationen und Gefahren“ (10/1983, 2A-C).

Kein Zweifel: Es ist die im Neuaufbau sich erfüllende Erfolgsgeschichte – so die damalige Lagebeurteilung – ebenso vorbei wie die euphorische Zeit sozialliberaler Reformpolitik. Vielmehr stellen neue Fähnisse das Land vor wiederum große Herausforderungen. Diese sind *jetzt* die neuen Grenzen, welche es durch umsichtige Politik zu überschreiten gilt – oder die ganz im Gegenteil, angesichts großer Verlockungen oder stürmischer Blindheit, nun gegen törichtes Voranstreben gesichert werden müssen. In einer solchen Lage verändert sich freilich auch die Wahrnehmung von Politik und verliert diese als „Verwaltung des Mangels“ die sie in anderen Zeiten so attraktiv machende „Lust auf Transzendenz“. In Verbindung mit der – als „mehr Demokratie wagen!“ wahrgenommenen – allgemeinen Politisierung der Jahre nach Bildung der ersten Großen Koalition zwingt das sogar die Demokratie zur Verteidigung des bislang Erreichten. In der großen Aufbruchsstimmung, wie sie zu Brandts Zeiten die sozialliberale Koalition trug, wurde nämlich politische Mündigkeit eng mit Kritiklust, politische Betroffenheit engführend mit „angemessenem Pessimismus“, politische Partizipation recht selbstverständlich mit Protest zusammengedacht, ja in der Praxis verwoben. Zumal in den frühen 1990er Jahren war das alles in eine Art – auch noch flächendeckend selbstreflexiv werdende – „Politikverdrossenheit“ gemündet. Dagegen galt es anzugehen. Entsprechend stellte Otto Schily 2005 der politischen Elite eine neue Aufgabe – und letztlich doch jene alte, von der schon Paul Löbe gesprochen hatte: Es gelte, „in den Mutlosen eine neue Hoffnung zu wecken“ (1/1949, S. 1C). So nämlich Schily: Er hoffe sehr, ...

„dass es uns gelingt, den Menschen in Deutschland wieder mehr Optimismus, Selbstvertrauen und Zuversicht, aber auch die Gewissheit zu vermitteln, dass ihre Sorgen in angemessener Weise im Parlament zur Sprache gebracht werden und ihre Fragen klare Antworten finden, auch wenn die Antworten sicherlich höchst unterschiedlich ausfallen werden. Wir sollten dagegen endlich aufhören, das eigene Land wider besseres Wissen schlecht zu reden [sic], nur um politische Geländegewinne zu erzielen“ (16/2005, 2C).

Das hätte man vielleicht schon nach 1982 und vor allem nach 1990 beherzigen sollen. Im Übrigen nahm bereits dem nach Einsetzen der Studentenrevolte sowie nach der Neuformierung von Rechtsradikalismus in Gestalt der NPD derartige Sicherung

des Errungenen die Form des Kampfes gegen Extremismus an. Auf die abzulehnenen Inhalte von Extremismus hinzuweisen, also einen *kontrastierenden Transzendenzrekurs* vorzunehmen, wurde so zu einer weiteren Quelle von Handlungsmotivation im Dienst des mühsam genug errungenen *status quo*. Da sich die Bundesrepublik Deutschland in ihren Gründungsjahren nach rechts wie links abwehrbereit gezeigt hatte, zumal in Gestalt der Verbote der Sozialistischen Reichspartei im Jahr 1952 und der Kommunistischen Partei Deutschlands 1956, lag die Frage nahe, „welcher Extremismus wohl der gefährlichere sei, der von rechts oder der von links“. William Borm beantwortete sie 1969 so:

„Sie sind beide gefährlich, denn sie bedeuten beide die Diktatur. Derzeit allerdings ist der rechte Extremismus bedrohlicher, denn er tarnt sich geschickter und ist in seiner Propaganda skrupelloser; außerdem wird er nicht belastet durch das abschreckende Beispiel der totalitären Herrschaft der DDR“ (6/1969, 2B).

Als Gegenmittel empfiehlt Borm Verbote allenfalls „zur Abwehr krimineller und grundgesetzwidriger Handlungen“. Die Gefahr des Extremismus werde nachhaltig erst dann überwunden, ...

„wenn die Propaganda der Extremisten täglich überzeugend durch die politische Arbeit widerlegt wird. Das Mittel dafür: dieser Bundestag hat zu beweisen, daß unser parlamentarisches Regierungssystem auch und gerade heute reformwillig und leistungsfähig ist. Extreme Parteien werden dann nur noch ein Kümmerdasein führen, und das ist die für sie angemessene Position in jeder gesunden Demokratie“ (6/1969, 2B).

Das stimmt zweifellos bis heute. Alternativen Transzendenzrekursen, wie sie allem Extremismus zugrunde liegen, tritt man aber noch wirksamer in den Weg, wenn man auch überzeugend den tieferen, weiteren, begeisternden Sinn der zu verteidigenden politischen Ordnung aufzuweisen versteht.

3.2 Sinnerzeugende Transzendenzreurse

Seinen Sinn empfängt alles aus jenen Kontexten, in denen es steht oder in die es gestellt wird. Diese fallen zwar nicht vom Himmel, sondern werden – Generation für Generation – von Menschen geschaffen, ausgestaltet und in einer besonderen Situation als Grundlage der in ihr vorzunehmenden Handlungen verfügbar gemacht. Welche Kontexte werden nun aber typischerweise herangezogen, wenn ein neues deutsches Parlament sich seiner Aufgaben vergewissert und sein Alterspräsident den Abgeordneten vor Augen führt, wie sie ihre Pflichten und Möglichkeiten im

größeren Ganzen unseres Landes und seiner Politik begreifen sollten? Was also sind wichtige, tragende Sinnschichten unseres Gemeinwesens?

a. Selten angerufen: Gott

Selten sind jene Transzendenzrekurse, an die man – die abendländische Tradition oder die islamische Staatenwelt vor Augen – zunächst einmal denken könnte: Rekurse auf religiöse Horizonte oder auf Gott. Der ist allen Parlamentariern natürlich als „Präambelgott“³⁸ bekannt und wird seit Jahrzehnten auch von den allermeisten Regierungsmitgliedern zur Bekräftigung ihres Amtseides angerufen. Doch in den Parlamentseröffnungsreden war von Gott erstmals 1961 die Rede, als der Alterspräsident Robert Pferdmenges mit den Worten endete: „Und so laßt uns nun an die Arbeit gehen mit frischen Kräften – mit reinem Wollen. Der Allmächtige möge uns dabei seinen Segen geben“ (4/1961, 2B). Erst 2009 taucht das zweite Mal ein ausdrücklicher Gottesbezug auf, wenn auch nur indirekt über ein Zitat. Damals formulierte nämlich Heinz Riesenhuber am Ende seiner Rede: „So gehen wir in diese [Legislatur-] Periode in einer durchaus schwierigen Zeit mit der Bereitschaft, zu entscheiden. Gott hat uns nicht den Geist der Verzagtheit gegeben, schreibt Paulus an Timotheus, sondern den Geist der Kraft, der Liebe und der Besonnenheit. [...] Mit Kraft und Besonnenheit so an die Wirklichkeit heranzugehen, dass Kraft und Zuversicht auch bei anderen wachsen, das ist unsere Aufgabe“ (17/2009, 4D). Nachgerade im Wortsinn ist Gott also der „letzte“ Kontext – und wird wohl so selten deshalb erwähnt, weil man *diesen* letzten Kontext eben nicht (mehr) als einen gemeinsamen voraussetzen kann, ein Rekurs auf ihn also eher trennt als verbindet.³⁹

b. Zivilreligiöse Sinnressourcen

Einen sinnstiftenden Kontext eher machte denn auch Willy Brandt 1983 Halt, als er auf den „letzten Grund“ der Lebendigkeit und Lebenskraft der Demokratie hinwies: „Es ist ihre Verankerung im gemeinsamen Erbe großer Freiheitsbewegungen und der durch sie formulierten Menschenrechte“ (10/1983, 3D). Von der Prägung bundesdeutschen Politikverständnisses durch das „Erbe der Aufklärung“ sprach Willy Brandt erneut 1987 (11/1987, 5C), und Otto Schily bettete 2002 solches Selbstverständnis obendrein in einen patriotisch-europäischen Kontext ein: Es ist ...

38 Siehe hierzu die in Anm. 34 wiedergegebene Präambel des Grundgesetzes.

39 Das unterscheidet übrigens den Rekurs auf Gott in Parlamentsreden von der religiösen Zusatzbeteuerung im Amtseid: Dort geht es zwar *auch* um ein Zeichen für Kollegen und Öffentlichkeit, *vor allem* aber um das Verhältnis zwischen dem Schwörenden und seinem Eidbeglaubiger.

„Europa – nach meiner Überzeugung sogar zuallererst – ein gemeinsamer geistig-kultureller Raum [...], aus dem die Politik in vielfältiger Weise ihre Antriebskräfte gewinnt. Es ist das Europa der Aufklärung, das Europa der unveräußerlichen Menschenrechte, das Europa der geistigen Freiheit, das Europa der christlich-jüdischen Tradition, in dem aber inzwischen alle Weltreligionen zu Hause und ein willkommener Dialogpartner sind“ (15/2002, 2Bf).

Von daher ist es ein kurzer Schritt zur ausdrücklichen Nennung von Toleranz, Freiheit und Frieden als den letzten Sinnhorizonten richtigen politischen Handelns. Willy Brandt betonte etwa:

„Toleranz ermöglicht es, daß sich Menschen unterschiedlicher Religion und Überzeugung für den Frieden und für die grundlegenden Rechte der Menschen zusammenfinden. Toleranz bedeutet ja nicht das Aufgeben der eigenen Überzeugung und schon gar nicht das Dulden von Feindseligkeit. Toleranz bedeutet, die Glaubensentscheidungen der anderen zu achten und ihre religiösen Gefühle zu respektieren, auch im Gebrauch der Meinungsfreiheit“ (11/1987, 2D).

Und wenn Toleranz selbst im Bereich der existenziell so wichtigen Religion möglich ist, dann gilt das erst recht für die Spannweite profaner politischer Meinungen: „Politische Kultur kann [...] nur gedeihen, wo es Respekt gibt vor der Meinung des Andersdenkenden“ (11/1987, 3C).

Einen weiteren, jahrzehntelang die deutsche Außenpolitik prägenden Sinnhorizont führte – 1953 zu Hochzeiten des Kalten Krieges – die Alterspräsidentin Marie Elisabeth Lüders vor Augen. Sie begann ihre Rede mit einem Nachruf auf den wenige Tage zuvor verstorbenen Berliner Regierenden Bürgermeister Ernst Reuter und würdigte dessen Ringen ...

„gegen die politische Bedrohung Berlins aus dem Osten. Der Kampf Berlins, der nach und nach zu einem Kampf Deutschlands, zu einem *Weltkampf der Geister zwischen Licht und Finsternis* wurde, verlangte Hilfe von allen Seiten. [...] Die freie Welt jenseits unserer Grenzen trat an unsere Seite in dem Kampf um die Rückgewinnung der heimatlichen Erde für Millionen Deutscher ,zu einem freien Leben auf freiem Grund‘“⁴⁰.

40 Das ist eine Paraphrase aus dem letzten Monolog Fausts in Faust II. Im Großen Vorhof des Palasts glaubt – während sein eigenes Grab geschaufelt wird – der erblindete Faust sein Dammbau- und Landgewinnungsprojekt am Werk und formuliert: „Solch ein Gewimmel möchte ich sehn, / Auf freiem Grund mit freiem Volke stehn! / Zum Augenblicke dürft ich sagen: / Verweile doch, du bist so schön! / Es kann die Spur von meinen Erdetagen / Nicht in Äonen untergehn. – / Im Vorgefühl von solchem hohen Glück / Genieß ich jetzt den höchsten Augenblick“. Damit hat er seine Wette mit Mephisto verloren – und stirbt.

Höher lässt sich bei Transzendenzrekursen ohne ausdrücklichen Gottesbezug kaum greifen: Mit klar religiösem Beiklang geht es zunächst um den Kampf zwischen Gut und Böse, am Schluss um Faustens – allerdings durchaus doppelbödige – Vision am Ende von „Der Tragödie zweitem Teil“.⁴¹ Zugleich wird der Deutschlands in- zwischen etablierte Politik prägende Dreiklang angeschlagen: Als Teil der guten, freien, westlichen Welt kämpft man gegen das Böse, die Unfreiheit, die kommunistische Welt – und kann beim Sieg in diesem Kampf für die Bürger der „sowjetischen Besatzungszone“ die Freiheit und sodann für Deutschland die Einheit zurückgewinnen. *Wiedervereinigung* und *Friedenspolitik* werden dabei mit der Sicherung (bundes-) deutscher *Freiheit* in ein kohärentes Sinngefüge gebracht, das im Grunde bis heute einen Teil deutscher Außenpolitik prägt und trägt. Die Wiedervereinigung nämlich, so Frau Lüders, „ist nicht nur ein nationalpolitisches Ziel, sondern es ist der wesentliche Beitrag zum Frieden in der Welt überhaupt.“⁴² Voraussetzung für diesen unseren Friedensbeitrag ist allerdings, daß man uns die Möglichkeit dazu gibt, uns dafür in Freiheit zu betätigen“. Prüfstein dessen wiederum sei die Eröffnung des „Wegs zur deutschen Wiedervereinigung“ seitens der Siegermächte – und „der letzte Beweis, daß alle dieses guten Willens sind, wird an dem Tage erbracht sein, an dem auch der letzte deutsche Gefangene in seine Heimat zurückgekehrt ist und die Versöhnung der Völker dem Tode von Millionen nachträglich doch noch einen Sinn gibt“ (2/1953, 2B). Der Krieg und Deutschlands Rolle in ihm als Katharsis des eigenen Landes, Europas, ja der Welt: Das war ein argumentativ nachgerade heroischer Versuch, dem herrschenden Elend und den übergroßen Herausforderungen einen nachhaltig handlungsmotivierenden Sinn zuzuschreiben. Doch tatsächlich gelang dieser Versuch – bis hin zum Pathos der heutigen Rede von Deutschland als Friedensmacht und seiner Interventionsstreitkräfte als einer Friedenstruppe. Es ist durchaus beeindruckend, wie klar die insgesamt durchgehaltenen Grundlinien bundesdeutscher Politik und die – dank solcher Grundlinien – tatsächliche Entwicklung der damals noch ganz offenen weiteren deutschen Geschichte in diesen Transzendenzrekursen der zweiten Alterspräsidentin zum Ausdruck kommen.

Nicht minder klar rekurriert Marie Elisabeth Lüders auf einen weiteren, für Deutschland nachhaltig sinnstiftenden Kontext: auf die *persönliche* Freiheit, ge-

41 Fünf Jahre später meinte mit ganz anderer Sinngebung Walter Ulbricht auf einer Tagung des Nationalrats der Nationalen Front, wer wissen wolle, wie es mit der DDR weitergehe, solle das Kommunistische Manifest in Verbindung mit Goethes Faust lesen, denn – so Ulbricht im Jahr 1962 – es sei die DDR gleichsam „Faust III“. Ihn habe Goethe, weil die Zeit gleichsam „nicht reif“ gewesen sei, eben noch nicht schreiben können. Siehe hierzu K.-S. Rehberg 2004, S. 15.

42 So erneut 1957: Angestrebt wird die Wiedervereinigung „nicht nur um Deutschlands, auch nicht nur um Europas willen, sondern weil davon der Friede der ganzen Welt abhängt“ (3/1957, 2D).

formt durch *Gesittung* und gemeinsinnige *Verantwortung*. Das Argument der Alterspräsidentin ging so:

„Eine menschliche Gesellschaftsordnung kann nicht nur mit Gesetzen hergestellt werden. Dem Menschen muß die Möglichkeit gegeben werden, als Mensch in Freiheit und Gesittung zu leben, bereit, in eigener, echter Lebensverantwortung für sich und die Seinen einzustehen. [...] Der Mensch muß frei sein, um sich seiner Kräfte zweckmäßig bedienen zu können“⁴³ (2/1953, 2C).

Am Ende ihrer Rede kam sie noch einmal sehr emphatisch auf diesen Gedanken zurück. Man solle nämlich zu jeder Stunde des Wortes eingedenk sein: „Der Mensch hat immer noch Kraft genug, um das zu tun, was er als recht erkannt hat“; und daraus leitete sie – wiederum mit klar religiösem Ton, doch ohne ausdrücklichen Gottesbezug – die zuversichtliche Feststellung ab: „Leben und arbeiten wir in dieser Gewissheit, so können wir vielleicht hoffen, am Ende unseres Lebens mit dem Apostel Paulus im zweiten Brief an Timotheus sagen zu können: ‚Ich habe den guten Kampf gekämpft‘“ (2/1953, 3C).

Wichtig ist bei alledem die enge, nachgerade als unauflöslich ausgegebene *Verbindung von Freiheit und Frieden*, beides seinerseits – im Lauf der Jahrzehnte aber deutlich weniger – verkoppelt mit dem Gedanken an die *Wiedervereinigung*:

„Wir jagen keinem nationalistischen Ziel, keinem überheblichen Machtstreben nach, sondern wir fühlen uns der Welt verpflichtet, täglich und stündlich mit Geduld, Ruhe und Zähigkeit unseren Beitrag zu leisten, gleichberechtigt und gleichverpflichtet allen Deutschen Freiheit und Frieden zu bringen. Freiheit und Frieden dürfen keine Zonengrenzen kennen“ (3/1957, 2D).⁴⁴

Ausdrücklich wurde Freiheit auch mit *sozialer Gerechtigkeit* zusammengedacht. Im gleichen Jahr sprach Marie Elisabeth Lüders nämlich vom harten und dornigen Weg, „um zu einem Staat sozialer Gerechtigkeit zu gelangen, ohne die Freiheit und Demokratie nur leere Worte sind“ (3/1957, 2C), und knapp zwanzig Jahre später kam Ludwig Erhard genau hierauf zurück:

„Bedenken Sie, daß sich vor jetzt nahezu 30 Jahren alle Fraktionen des Deutschen Bundestages selbst im Widerstreit der Parteien vor die gemeinsame Aufgabe gestellt sahen, aus der geschichtlichen Tragödie unseres Volkes die Lehre zu ziehen, daß es einer neuen und geläuterten Wirtschafts- und Sozialordnung bedarf, um nicht nur in materieller, sondern auch in gei-

43 Hier zitiert die Alterspräsidentin ausdrücklich ein Wort Immanuel Kants.

44 Für genau diese Sinnschichten der deutschen Teilung und westdeutschen Wiedervereinigungspolitik hatte Fred Gebhardt, wie auf S. 174f. gezeigt, bei seinem Narrativ der deutschen Trennungs- und Demokratiegeschichte wenig Gespür.

stig-sittlicher Beziehung unsere gültige Demokratie in uns selbst lebendig sein zu lassen und dazu auch noch nach außen vor der Welt glaubhaft zu machen“ (8/1976, 1D).

Er hätte gewiss auch nicht widersprochen, als ein politisch recht konträrer Nachfolger im Amt des Alterspräsidenten, nämlich Fred Gebhardt, über zwanzig Jahre später hervorhob: „Wirtschaft ist kein Selbstweck“ (14/1998, 3C). Entsprechend betonte Gebhardt auch: „Dieser Bundestag wird sich auch daran messen lassen müssen, ob es ihm gelingt, mehr soziale Gerechtigkeit herzustellen und Armut zu überwinden“ (14/1998, 3D). Im Übrigen weitete Gebhardt, ganz von der – politisch insbesondere linken – „Lust am Transzendieren“ getragen, zentrale Gedanken Ludwig Erhards über den letztendlichen Sinn politischer Ordnung auch noch ins Globale:

„Hätten wir eine sozial gerechte Weltordnung, dann gäbe es auch keinen oder kaum Hunger und kein Elend, dann gäbe es viel weniger Ursachen für Kriege, für Gewalt, für die Verletzung von Menschenrechten, für ökologische Zerstörung und für Flucht. Ich bin deshalb davon überzeugt, daß in einer jeden Gesellschaft ebenso wie für die Menschheit überhaupt die soziale Frage die entscheidende im nächsten Jahrhundert sein wird“ (14/1998, 2B) –

und somit jener äußerste (zivilreligiöse) Kontext, von dem her konkrete Politik zu begreifen und zu beurteilen ist.

c. Wiedervereinigung, der Sinn Westdeutschlands und die Vaterlandsliebe

1972 bezog sich Ludwig Erhard auf alle seine Vorgänger, die „den Gedanken von der Einheit der deutschen Nation nicht etwa nur als Erinnerungsposten, sondern als Mahnung und Aufruf angesprochen“ hätten. Er wolle es ähnlich halten:

„Durch alle Wandlungen der auswärtigen und innerdeutschen Politik hindurch bleibt der Gedanke der Einheit unseres Volkes und unserer Nation die unverlierbare Grundlage unseres Handelns, die Erfüllung unseres Verfassungsauftrages und letzte Sinngebung unseres Staates“ (7/1972, 1D).

Solches Pathos hatte seinen Adressaten in jener Entspannungs- und Anerkennungs-politik der sozialliberalen Koalition seit 1969, hinter welcher große Teile der Union wenig Anderes denn die Aufgabe des Ziels der Wiedervereinigung befürchteten. Erhard schob denn auch werbend nach, ...

„daß uns trotz der harten Auseinandersetzungen der letzten Monate in unserem Willen mehr eint, mehr Gemeinsames verpflichtet, als Trennendes zwischen uns steht. Dazu gehört auch der Stolz auf unser Vaterland, auf Deutschland. Die Frage, welche Deutsche sich dabei ange-

sprochen fühlen sollten und ob unser ganzes deutsches Vaterland gemeint ist, wird den 7. Deutschen Bundestag allerdings noch oft beschäftigen“ (7/1972, 2A).

Getragen wurde solcher Patriotismus von einer Vaterlandsliebe, die zwar – wie in so vielen Aussagen Willy Brandts – in den Parlamentseröffnungsreden immer wieder klar erkennbar war, doch kaum einmal ausdrücklich als solche formuliert wurde. Darauf musste man im Grunde bis zur Rede Stefan Heyms warten, der die entsprechenden Worte der –allerdings zu durchaus auch anderen Zwecken zitierten⁴⁵ – „Kinderhymne“ Bertolt Brechts aus dem Jahr 1950 entnahm:

„Anmut sparet nicht noch Mühe, / Leidenschaft nicht noch Verstand, / daß ein gutes Deutschland blühe, / wie ein anderes gutes Land. / ... / Und weil wir dies Land verbessern, / lieben und beschirmen wir's. / Und das liebste mag's uns scheinen / so wie andern Völkern ihr's“ (13/1994, 2B).

d. Vom Sinn der Opposition, des Parlaments und der Parteien

Auch politische Institutionen haben ihren Sinn. Nicht immer kann er ihnen unmittelbar abgelesen werden; bisweilen wird gar falscher Sinn unterschoben. Sollen Institutionen, wie gerade in einer Demokratie erforderlich, vom Volk richtig verstanden und behandelt werden, müssen also gerade jene immer wieder die den demokratischen Institutionen angemessenen Kontexte ins Bewusstsein rufen, denen diese Institutionen anvertraut sind: die Abgeordneten. Das unternahmen tatsächlich einige Alterspräsidenten.

Gewiss auch inspiriert vom Kampf um den Geist der Republik, wie er anlässlich der Notstandsgesetzgebung der ersten Großen Koalition entbrannte und über die Studentenbewegung bis hin zu den Selbstverständnisdebatten der Grünen ausgetragen wurde, machte sich 1969 zum ersten Mal ein Alterspräsident daran, auf den Sinn einzelner Staatsinstitutionen hinzuweisen. William Borm stellte klar:

45 In den frühen 1990er Jahren gab es eine intensive Debatte darüber, ob weiterhin die dritte Strophe des „Lieds der Deutschen“ von Hoffmann von Fallersleben die Nationalhymne sein solle, oder ob man diese besser ersetze – idealerweise durch Berthold Brechts „Kinderhymne“. Die Stellungnahme zur Hymne ging in der Regel einher mit der Befürwortung oder Ablehnung einer neuen Verfassungsgebung und markierte in der Regel die innere Haltung zum Anspruch der Bundesrepublik Deutschland, immer schon das staatlich bessere Deutschland gewesen zu sein, weswegen sie nun ohne sonderliche Änderungen an sich die DDR als das ehemals staatlich schlechtere Deutschland aufnehmen könne. Das war auch eine ganz angemessene Funktionalisierung der „Kinderhymne“, hatte Brecht seinen Text doch bewusst als Gegenstück zum – im April 1952 wieder als BRD-Nationalhymne eingeführten – „Lied der Deutschen“ geschrieben, und freilich auch als Gegenstück zum von Johannes R. Becher 1949 verfassten Text der DDR-Hymne („Aufstanden aus Ruinen [...]“).

„Es ist [...] ein Unding, daß von unserem Volke noch immer die jeweilige Regierung höher bewertet wird als die Opposition. Auch totalitäre Staaten haben ihre Regierungen. Die Opposition und ihre gewährleisteten Möglichkeiten sind das Kriterium wahrer Demokratie“ (6/1969, 2D).

Drei Jahre später fügte Ludwig Erhard dem als Alterspräsident hinzu, allerdings mit Blick allein auf die parlamentarische Opposition: „Wie eh und je wird dieses Haus von Spannungen erfüllt sein. Das ist gut so; denn nur im offenen Austrag von Konflikten kann das Parlament die öffentliche Meinung führen, den Gesetzen klare Inhalte geben und der Tätigkeit der Regierung deutliche Richtlinien setzen“ (7/1972, 1C). Borm aber, ganz dem Zeitgeist der „1968er“ verpflichtet, meinte *überhaupt* Opposition gegen das Regierungshandeln, wenn nicht ganz allgemein gegen die Inhaber öffentlicher Ämter. Eingebettet in eine Reihe von Ratschlägen an die junge Generation, spitzte er sein Lob der Opposition nämlich wie folgt zu:

„Die geistigen Abhängigkeiten von überkommenen Anschauungen und Institutionen müssen zugunsten eigener Urteilsfähigkeit abgebaut werden. Sie sind mit der modernen pluralistischen Gesellschaft unvereinbar. Anders sind auch die neuen und ungewohnten Probleme einer Wohlstandsgesellschaft nicht zu lösen. [...] Bleiben Sie weiterhin jeder behaupteten – von ihr selbst behaupteten – Autorität und Obrigkeit gegenüber kritisch und mißtrauisch! Die Dynamik, die Sie dadurch in unsere Nachkriegsgesellschaft eingebracht haben, ist ihr bemerkenswertes Aktivum geworden“ (6/1969, 2D, 3A).

Das ist freilich nur die eine Seite einer systemkritischen Haltung. Gegen die Folgen ihrer anderen Seite, nämlich gegen die Arroganz selbstzweckhaften Dagegenseins, sollte sich 2005 niemand Anderes als eine Ikone der staatskritischen Opposition des „Deutschen Herbstes“ aussprechen: Otto Schily als Alterspräsident des 16. Deutschen Bundestages.⁴⁶ Doch schon kurz nach dem Abebben der „Studentenrevolution“ der späten 1960er Jahre hatte auch Ludwig Erhard als Alterspräsident ausgeführt:

„Die Bundesrepublik Deutschland hat sich [...] eine parlamentarische Verfassung gegeben, in der sich der Wille des Volkes durch die Wahl seiner Repräsentanten und in der Folge durch deren Ausübung eines freien Mandats manifestiert. Unser Volk will sich durch das Parlament selbst bestimmen und will nicht von selbsternannten Kadern beherrscht oder dem Diktat von Räten unterworfen werden“ (7/1972, 1C).

46 Otto Schily war in den 1970er Jahren Wahlverteidiger des damaligen RAF-Mitglieds Horst Mahler sowie der RAF-Terroristin Gudrun Ensslin. – Zum „Deutschen Herbst“, siehe N. Colin 2008.

Vier Jahre später, wiederum Alterspräsident, kam Erhard gleich zu Beginn seiner Rede erneut darauf zu sprechen:

„Was das Ansehen und die Würde des Bundestages anbelangt, sollte dieser mit Selbstverständlichkeit und Selbstbewußtsein keinen Zweifel daran lassen, daß ihm der erste Rang im Staate gebührt. Er ist das Organ, das, vom Volke erkoren, den in freier Wahl ermittelten Volkswillen zu vertreten, ihn aber auch überzeugend zu demonstrieren hat. Alle Mitglieder des Hauses haben die Pflicht, sich in ihrer Haltung und Gesinnung dieses hohen Anspruchs würdig zu erweisen“ (8/1976, 1Cf).

Knapp dreißig Jahre später wusste sich mit Erhard auch hier Otto Schily einig. Er wies darauf hin, ...

„dass Fairness und Respekt vor dem politischen Gegner der Schärfe des Arguments nicht schadet, sondern eher nutzt. Einen nachhaltigen Legitimationsgewinn erreicht das Parlament nur durch einen sachorientierten, möglichst vorurteilsfreien, aufklärerischen und ehrlichen Debattenstil, der eine gehörige Portion Polemik nicht scheuen muss, der sich gewiss nicht in langweiliger Routine und Phrasentausch erschöpfen darf und der die gesellschaftliche Debatte aufnimmt, aber der dieser gesellschaftlichen Debatte seinerseits neue Impulse zu verleihen versucht“ (16/2005, 2Bf).

Das hatte früher auch schon Willy Brandt betont: „Vielfalt, [...] nicht Uniformität ist Stärke. Ein entschlossenes Handeln, dem das Ringen der Meinungen vorausgegangen ist, wird mit den Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft besser fertig werden als jede Art zubetonierter Rechthaberei“ (10/1083, 3D).

Auch zur Rolle von Parteien äußerte sich William Borm, als er 1969 den Ton für eine auf „mehr Demokratie“ ausgerichtete Legislaturperiode vorgab. Auf unbestritten Richtiges setzte er dabei allerdings einen leicht irreführenden Akzent:

„Nichts widerspricht mehr dem Willen des Grundgesetzes als das Bestreben, die eigene Partei mit dem Staat gleichzusetzen! Da sollte doch wohl die Erinnerung an die unheilvolle Zeit der Diktatur von 1933 bis 1945 einen überzeugenden Anschauungsunterricht geliefert haben, ebenso wie die kongruente totalitäre Parteiherrschaft im anderen Teil unserer Nation. [...] [Die Regierungsmitglieder] leisten den feierlichen Eid, daß sie dem Wohle des Volkes dienen werden. Das bedeutet bei unvermeidlichen Interessenkollisionen den Vorrang des Staatswohls vor den Interessen irgendeiner Partei. Sinngemäß gilt das mit gleicher Eindringlichkeit für jeden von uns“ (6/1969, 3B).

Damit waren die Parteien, zumal die bis 1969 regierenden, in die Nähe der die beiden deutschen Diktaturen tragenden Parteien gerückt. Auch war, in der langen Tradition des deutschen Anti-Parteien-Affekts, reale Parlamentspolitik als – von Ab-

geordneten trotz ihres freien Mandats leider mitgetragene – bloße Parteipolitik denunziert. Die Ernte solcher Aussaat, an der sich viele andere viel wirkungsvoller beteiligten als William Borm, ging in Gestalt der seit den 1980er Jahren kultivierten Parteienverdrossenheit⁴⁷ selbst politisch interessierter Deutscher auf.

e. Zum Sinn deutscher Außenpolitik

Abgesehen vom Verlangen nach Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit, vom mehrfachen Lob europäischer Einigungspolitik sowie von der Aufzählung außenpolitischer Gestaltungsaufgaben waren außenpolitische Sinnbezüge der deutschen Außenpolitik kaum einmal Thema der Parlamentseröffnungsreden. Doch alles Wichtige zum Sinn deutscher Außenpolitik hatte Paul Löbe ja bereits 1949 gesagt:

„Uns bewegt nicht, wie es früher geschehen ist, der Gedanke an irgendeine Form von Vorherrschaft; wir wollen mit allen anderen gleichberechtigt in den Kreis der europäischen Nationen treten“ (1/1949, S. 1C).

Noch ahnte man nicht, daß auch redlicher guter Wille diese Art nicht jenes Grundproblem der „europäischen Architektur“ lösen könne, das Ludwig Dehio 1948 zum Thema seines einflussreichen Buchs über „Gleichgewicht oder Hegemonie“⁴⁸ gemacht hatte: die „ungeschickte Größe“ eines Landes, das – vereint – auch in einem freien und partnerschaftlich integrierten Europa mit seiner Bevölkerung, Wirtschaftskraft und der ihm aus beiden Gründen zufallenden politischen Gestaltungsrolle zu groß ist für ein Gleichgewicht der Kräfte und zu klein für eine selbstverständliche Hegemonie. Gerade im Rahmen der EU und unter dem Druck der Schuldenkrise der Euroländer ist dieses Problem inzwischen wiedergekehrt. Offenbar gibt es auch real- wie geopolitisch Unverfügbares.

3.3 Unverfügbarkeit behauptende Transzendenzrekurse

a. Der Rekurs auf Unverfügbares und seine politische Brisanz

„Unverfügbar“ heißen solche Sachverhalte, die in der Perspektive von Akteuren den Gestaltungsmöglichkeiten der unmittelbaren, alltäglichen Lebenswelt entzogen erscheinen, gleichwohl aber auf diese einwirken oder den eigenen Situationsdefinitionen Sinn und Geltung verleihen. Dabei kann es sich ebenso um in Rechnung zu stellende Tatsachen handeln wie um unabhängig von eigenen Wünschen bestehende Wirkungszusammenhänge. Manches Unverfügbare ist Menschen dabei vorgegeben

47 Siehe – mit vielen empirischen Befunden und weiteren Verweisen – J. Maier 2000.

48 L. Dehio 1948.

wie ihre Natur, während Anderes sich allein – und bis auf Weiteres – ihren Konventionen und nur bislang nicht in Frage gestellten Selbstverständlichkeiten verdanken mag, etwa die Behandlung eines politischen Konkurrenten als Gegner und nicht als Feind. Das alles wirkt gleichsam von außerhalb eines in der Lebenswelt ablaufenden Prozesses auf diesen ein, also her von dem, was ihn übersteigt.

Mit Rekursen auf in diesem Sinn Transzendentes lässt sich somit der Spielraum des hier und jetzt zu Erwägenden, weil für möglich Gehaltenen, argumentativ verengen oder formen. Dergestalt wird hier mit einer zentralen Ressource der Wirklichkeitskonstruktion umgegangen. Wer den Prozess einer bestimmten Wirklichkeitskonstruktion unterbinden oder ein bestimmtes Ergebnis solcher Prozesse brüchig machen will, muss deshalb an genau solchen Transzendenzrekursen ansetzen und bezüglich ihrer „politics of reality“ betreiben. In deren Vollzug ist es besonders vorteilhaft, jene Transzendenzbehauptungen, die hinsichtlich ihrer wirklichkeitskonstruktiven Wirksamkeit beeinträchtigt werden sollen, mit genau zu ihnen *kontrastierenden* Transzendenzbehauptungen zu kontern. Kontrastierende Transzendenzverweise eröffnen nämlich Hoffnungen auf *alternative* Möglichkeiten der Wirklichkeitskonstruktion – und diese kann man sich und anderen dabei so schön ausmalen, wie es einem selbst politisch zupass kommen soll und den Anderen rhetorisch vermittelbar ist. Der Sehnsucht nach einem Transzendieren des bereits Bestehenden – und oft: gleich wohin – sind in der Politik jedenfalls nur selten wirksame Grenzen gesetzt. Wer solche Grenzen umgekehrt befestigen will, weil er alternative Transzendenzbehauptungen für wirklichkeitskonstruktiv nicht tragfähig hält, der wird seine Erfolgchancen vor allem dann steigern, wenn er seine Sicht des „wirklich“ Unverfügbaren – und somit sinnvollerweise *gemeinsam zu Vertretenden* – besonders klar zu vermitteln versteht. Darauf auszugehen, mag sogar seine Amtspflicht sein: Es verändern sich doch viele *reale* Möglichkeiten nicht allein schon dadurch (etwa die Möglichkeit einer Havarie in einem Kernkraftwerk), dass man fortan Anderes als bisher für verfügbar bzw. unverfügbar *hält* bzw. *ausgibt* (etwa die Fehlerlosigkeit neuer Technik und die Makellosigkeit des Könnens neuer Mitarbeiter).

Diesen höchst „konstruktionspolitischen“ Kern von zumal „affirmativen“ und gerade nicht mit Blick auf Alternativen „kritischen“ Rekursen auf Unverfügbares hat Willy Brandt in seiner Parlamentseröffnungsrede von 1987 trefflich so auf den Punkt gebracht:

„Zu einer politischen Kultur in der Demokratie gehört es jedoch auch, daß die Partner der parlamentarischen Auseinandersetzung sich dessen vergewissert halten, was ihnen gemeinsam ist. Das Thema ‚demokratischer Grundkonsens‘ braucht nicht für feierliche Gelegenheiten aufgehoben zu werden“ (11/1987, 3C).

Ganz im Gegenteil: Dort kann gemeinsam für unverfügbar Gehaltenes zwar symbolisch zum Ausdruck gebracht und bekräftigt werden; seine Geltung aber erlangt, behält oder verliert es allein im alltäglichen Argumentieren und Handeln – denn dort wird in Tausenden von konkreten lebensweltlichen Situation entschieden, was *für alle praktischen Zwecke* als verfügbar bzw. unverfügbar *gilt* und als solches *zu behandeln* ist.

b. Unverfügbare Werte

Als unverfügbar wird man oft – gleich welche – *Werte* behaupten, und zwar unabhängig davon, ob diese nun als göttlich vorgegeben, als uns angeboren⁴⁹ oder – aus welchen Gründen auch immer – als ein unabschüttelbarer Teil einer Kultur hingestellt werden. Ohne sich auf entsprechende Begründungslasten einzulassen, verwies Marie Elisabeth Lüders 1957 auf derlei Unverfügbares, als sie von den „ewig gültigen sittlichen Werten für die ganze Menschheit“ sprach (3/1957, 3D). Sie verließ sich obendrein auf einen für alle praktischen Zwecke ausreichenden Konsens darüber, welche Werte das wären, weshalb es keiner besonderen Ausführungen dazu bedürfe, was *genau* uns diesbezüglich unverfügbar wäre. Hingegen einen *ganz besonderen* Wert, seinerseits viele andere Werte einschließend, betonte Willy Brandt dreißig Jahre später als unverfügbar, nämlich ...

„die Verpflichtung darauf, daß die Würde des Menschen nicht angetastet werden darf. Die Verpflichtung hierauf war die erste und grundlegende Gemeinsamkeit derer, die sich vor 40 Jahren zum staatlichen Neubeginn zusammenfanden“ (11/1987, 3C).

Stefan Heym fügte dem ausdrücklich einen weiteren „unverfügbaren“ Wert hinzu: die Solidarität, denn „die Menschheit kann nur in Solidarität überleben“ (13/1994, 2C) – zumindest dann, wenn ihre Würde gewahrt bleiben soll.

Werte kann man offenbar nicht nur durch positive, und sei es auch nur implizite Benennung, sondern auch über ihre Kontrastierung angeben oder in ein Argument einführen. So machte es Stefan Heym, als er 1994 forderte:

„Chauvinismus, Rassismus, Antisemitismus und stalinsche Verfahrensweisen sollten für immer aus unserem Lande gebannt sein“ (13/1994, 3B) –

49 Tatsächlich kann man, mehr oder minder skeptisch, von einer uns vorgegebenen sowie deshalb uns hier und jetzt unverfügbaren „natürlichen Ausstattung“ des Menschen ausgehen; siehe hierzu in diesem Band den Beitrag von Christoph Meißelbach sowie W. J. Patzelt 2008. Vielleicht hatte Willy Brandt dergleichen ja auch im Sinn, als er die Frage stellte, „ob die ethisch-moralische Kraft der heute lebenden Menschen mit dem rapiden Anwachsen der auf Zerstörung und Vernichtung angelegten Potentiale Schritt zu halten vermag“ (11/1987, 5D).

denn sie richten sich klar gegen die Würde des Menschen und gegen umfassende Solidarität. Außerdem kann man Werte über die Nennung von „Symbolpersonen“ oder von „Symbolorten“ ansprechen. Das tat vier Jahre später Fred Gebhardt, als er – erstmals (!) in den bundesdeutschen Parlamentseröffnungsreden – jenen entsetzlichen Ort nannte, der in der bundesdeutschen Ziviltheologie⁵⁰ zur Kompaktformel für den „altbösen Feind“⁵¹ geworden ist, welchem es stets zu widerstehen gilt:

„Von Auschwitz waren und sind nicht nur jene betroffen, die dort erniedrigt, gequält und ermordet wurden, sondern wir alle“ (14/1998, 2C) –

und zwar in Form unabweisbarer Forderungen nach unserem Wissen-Sollen, In-Erinnerung-Halten, Konsequenzen-Ziehen und einer Verhinderung von Ähnlichem, Letzteres gar wo auch immer und wann auch immer. Otto Schily, Gebhardts Nachfolger als Alterspräsident, kam 2002 genau darauf zurück:

„Die Erinnerung an die Schrecken und abgrundtiefen Verbrechen des vergangenen Jahrhunderts wird und darf uns jedoch nicht entgleiten. Schuld vererbt sich nicht. Aber Verantwortung bleibt bestehen und entsteht aufs Neue“ (15/2002, 2B).

Doch Schily ging über diesen – inhaltlich ganz zutreffenden – Gemeinplatz bundesdeutscher Staatsreden weiter hinaus als jeder andere Alterspräsident zuvor. Er zeigte nämlich, auf welche Weise der Respekt vor der menschlichen Würde gerade des *Gegners* unverfügbar und zum Angelpunkt einer friedlichen politischen Kultur gemacht werden könne. In seiner Rede auf die damals besonders aktuelle Bekämpfung des internationalen Terrorismus gekommen, führte er nämlich weiter aus: Es muss dieser Kampf ...

„auch als offensive geistig-kulturelle Auseinandersetzung verstanden werden. Gegenüber einem aggressiven, gotteslästerlichen [sic!], pseudoreligiösen Fanatismus werden wir uns in Europa und in der gesamten Welt nur dann behaupten, wenn wir uns in unserer jeweiligen geistig-seelischen Konstitution als Menschen erkennen und auf diese Weise unsere Verantwortung in Freiheit annehmen. So wird jede und jeder von uns in sein Gewissen gerufen, und zwar unabhängig von der Zugehörigkeit zu irgendeiner politischen oder weltanschaulichen Gruppierung. Das stiftet in erster und in letzter Instanz den inneren Frieden und die innere Sicherheit, die selbst den teuflischsten [sic!] Terrorismus bezwingen werden. Die Erkenntnis der Entelechie⁵² des Menschen wird zum Anerkenntnis der Würde des Mitmenschen. Daraus

50 Vgl. G. E. Kafka 1973.

51 So Martin Luthers Wendung für den Teufel.

52 Entelechie meint, dass ein Lebewesen sein Ziel in sich trägt, sich also aus sich selbst heraus bestimmen und zur Vollendung bringen kann. Dann aber wird man ihm genau dann gerecht, wenn man es bei der Entfaltung dieses bereits angelegten Ziels zumindest nicht

folgt eine politische Kultur, die dem Konflikt nicht ausweicht, aber dem Andersdenkenden den Respekt nicht verweigert. Eine Kultur des Respekts und des demokratischen Dialogs kennt keine Feinde, sondern nur politische Gegner“ (15/2002, 2Df).

Ausgedrückt mit schlichteren Worten, sagt Schily: Menschen haben die Möglichkeit, sich zu verrennen und falsch zu handeln; sie sind von ihrer Natur her aber durchaus darauf angelegt, gerade das zu unterlassen; dazu verhilft eine Schärfung des Gewissens dahingehend, dass man durch Nutzung der eigenen Freiheit nicht dem Anderen die seine nimmt; und wer diese innere Haltung gewonnen hat, der besitzt auch jene innere Sicherheit, die Konflikte voller Respekt und deshalb gewaltfrei auszutragen erlaubt. Auf diese Weise zeigt sich, dass die Unverfügbarkeit eines Werts wie der Gewaltfreiheit zwar sehr wohl eine Hervorbringung ist, also das Ergebnis immer wieder erst *aufrechtzuerhaltender* Kultivierung, dass diese Kultivierungsleistungen aber auf ein *reales Fundament* in unserer Natur bauen können, das uns ohnehin unverfügbar ist.⁵³

c. Unverfügbare Ziele, unverfügbare Zusammenhänge

In der Regel wird eine politische Klasse danach streben, ihre Ziele an Werten zu verankern, die ihrerseits diese Ziele übersteigen und deshalb von außen rechtfertigen. Doch politische Ziele ergeben sich nicht nur aus Werten, denen eine politische Elite folgt, sondern auch – und oft genug – aus jenen konkreten Problemen, die man zu bewältigen hat. Dabei gibt es keinerlei Gewähr dafür, dass einem Gefüge konkret zu lösender Probleme ein ähnlich aufgebautes Gefüge abstrakt handlungsleitender Werte gegenübersteht. Also wird es ratsam sein, nicht jedes als unverfügbar ausgegebene Ziel analytisch auch schon für einen Wert zu nehmen.

Sehr schön zeigt sich das am jahrzehntelang – und sei es nur als Lippenbekenntnis – für unverfügbar erklärten Ziel der Wiedervereinigung. Es wurde gerade nicht aus abstrakten Werten abgeleitet, sondern als „einfach selbstverständlich“ angesprochen – solange jedenfalls, wie nicht andere Selbstverständlichkeiten („Es gibt nun einmal zwei deutsche Staaten, und zwar aus guten Gründen!“) diese zuvor schon bestehende Selbstverständlichkeit überlagerten oder verdrängten. Für Marie Elisabeth Lüders etwa war noch 1957 die Wiedervereinigung ein schlechterdings selbstverständliches und aufgrund dieser Selbstverständlichkeit auch unverfügbares politisches Ziel. Keinerlei Widerspruch gab es, als sie betonte:

hindert, ja ihm sogar dabei hilft. So wie sich bei manchen Alterspräsidenten ihre christliche Prägung zeigte, wird hier Schilys anthroposophischer Hintergrund sichtbar.

53 Im ersten Kapitel dieses Bandes wurde diese Unterscheidung auf das Begriffspaar von der Unverfügbarkeit „in operibus“ und „in fundamentis“ gebracht.

„Es lebt in uns allen das unzerstörbare Gefühl für den Auftrag aus den Worten über dem Hauptportal des alten Reichstags ‚Dem Deutschen Volke!‘ Es lebt in uns die Sehnsucht und der Wille [...], dem Wohl des ganzen deutschen Volkes dienen zu dürfen, vornehmlich derer, die heute noch keine frei gewählten und von uns so sehnlich erwarteten Abgeordneten in unsere Versammlung entsenden können, so wie sie früher in großer Zahl aus allen mittel-, nord- und ostdeutschen Gebieten als Kollegen und Freunde unter uns saßen“ (3/1957, 2B).

Zwar nicht mehr die Präsenz von Abgeordneten der ehemaligen Ostgebiete sowie der DDR, sehr wohl aber die von Abgeordneten aus Berlin nannte auch der Alterspräsident William Borm unverfügbar: Ich will „in aller Deutlichkeit und sehr scharf zum Ausdruck bringen, dass nach dem Willen aller Berliner im freien Teil dieser Stadt wir unverbrüchlich dem Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland angehören. Für uns gibt es dazu keine Alternative“ (6/1969, 1C). Ludwig Erhard nannte eine Wahlperiode später den Gedanken an die Einheit des Volks und der Nation ohnehin die „unverlierbare Grundlage unseres Handelns“ (7/1972, 1D) und kam vier weitere Jahre später wie folgt auf das gleiche Thema zu sprechen:

„Das Grundgesetz und unser Gewissen legen uns eine Verantwortung für das ganze Deutschland und für das Zusammenleben aller Deutschen auf. Man mag stehen, wo man will, niemand kann uns vor der Geschichte aus dieser Verantwortung entlassen, es sei denn das deutsche Volk selbst“ (8/1976, 3A).

Andere politische Ziele ließen sich hingegen viel leichter an einen – auch abstrakten – Wertediskurs ankoppeln. Dennoch wurde auch deren Unverfügbarkeit kaum einmal durch verallgemeinerbare Argumente, sondern durch Rekurse darauf plausibel gemacht, „was jeder vernünftige Mensch weiß und versteht“. Das betraf insbesondere politische Ziele wie die Sicherung der *Freiheit*, des *Friedens* und einer *stabilen Wirtschaft* als Grundlagen eines wünschenswerten *Sozialstaates*.

Auf die Sicherung der *Freiheit* eines Volks als eines unverfügbaren Ziels, das „gesittete Staaten“ nicht aufgeben könnten, kam 1961 Robert Pferdmenges zu sprechen. Unter dem Eindruck der Berlin-Krise und mancher Forderung, Westdeutschland möge nun um des Friedens willen seine Wiedervereinigungshoffnungen, seine Streitkräfte, ja vielleicht auch seine Westbindung aufgeben, griff er zu sehr scharfen Worten:

„Eines wird die Welt nicht tun und kann sie nicht tun: von uns verlangen, daß wir – mit unserem Willen – mit der Freiheit eines Teiles unseres Volkes [für den Frieden] bezahlen. Es gibt Untaten [wie die Unterdrückung von Freiheit], die eine gesittete Welt einfach nicht hinnehmen kann, wenn sie sich nicht selbst aufgeben will. [...] Wir sind bereit, über alles zu verhandeln und jede nur erdenkliche Garantie zu geben, aber unsere Freiheit und unsere Sicherheit, sie müssen unangetastet bleiben“ (4/1961, 1Df).

Den *Frieden* zählte auch William Borm 1969 unter die unverfügbaren Umstände und Ziele deutschen politischen Handelns.⁵⁴

„Was ist nun unter den heutigen Voraussetzungen unabdingbar, und was ist primär notwendig für das Wohlergehen unseres Volkes, ja für dessen Bestand? [...] Es ist die Sicherung des Friedens als unser aller Aufgabe, als umfassende gesellschaftspolitische Aufgabe“ (6/1969, 2C).

Den Frieden aber sichere man auf Dauer nicht durch den Notbehelf eines „Gleichgewichts des Schreckens“, sondern dazu brauche es auch die ...

„wissenschaftlich fundierten Einsichten in die Bedingungen des Friedens, seien sie ökonomischer, soziologischer, psychologischer oder politischer Natur, und dann natürlich auch [durch] die Anwendung des daraus resultierenden Instrumentariums“ (6/1969, 2C).

Damit kommt gleichsam neues Blut in die Plausibilisierung von Unverfügbarem. Denn dieses letztere Argument bezieht sich nicht auf ein unverfügbares *Ziel*, sondern auf als real behauptete *funktionelle Zusammenhänge*, die *ihrerseits* – *weil* und *solange* sie *real bestehen* – uns unverfügbar sind. Also muss man solche Zusammenhänge in Rechnung stellen und praktisch nutzen, wenn man – angesichts ihres Wirkens – sein als unverfügbar angesehenes Ziel erreichen will. Vorab muss man sie aber erst einmal *kennenlernen* – und zwar mit der Bereitschaft, dann auch *als unverfügbar hinzunehmen*, was man erkennt. Falsch wäre es hingegen, solche unverfügbaren funktionellen Zusammenhänge einfach deshalb „voluntaristisch wegzuerklären“, weil sie politisch missliebig sind. Borm kam bei diesem Thema auf die Friedensforschung zu sprechen, die es mit staatlichem Geld aufzubauen gelte. Das entsprach zwar vor allem dem Zeitgeist und ignorierte engführend, dass derlei unverfügbare funktionelle Zusammenhänge längst auch auf vielen anderen Politikfeldern von der Politikwissenschaft entdeckt waren. Doch die Erweiterung des Unverfügbarkeitsdenkens von *Zielen* hin auf *funktionelle Zusammenhänge*, welche die Politik prägen, bleibt an Borms Argument natürlich richtig.

Wirklich neu war derlei komplexes Argumentieren zum politisch Unverfügbaren im Bundestag allerdings nicht. Nur hatte es sich bislang vor allem auf die unverfügbaren wirtschaftlichen Voraussetzungen gleich welcher Politik bezogen. 1957, bei der Eröffnung des zweiten Bundestages, hatte etwa Marie Elisabeth Lüders wie folgt auf die unabdingbare *ökonomische Basis* jeglicher Gestaltungswünsche verwiesen:

54 Willy Brandt fügte dem 1987 hinzu, der Frieden sei „wenn auch an unterschiedliche Bedingungen geknüpft, das Ziel aller Religionen, Glaubensrichtungen, philosophischen Grundhaltungen“ (11/1987, 2D). Das ist eine Art „Evidenzargument“ für die Behauptung, Friede sei unverfügbar.

„Die Voraussetzung für weitere Erfolge ist und bleibt aber die Steigerung der Produktivität durch erhöhten Leistungswillen und erhöhter Ertrag, an dem alle teilhaben können“ (2/1953, 2D).

Das erklärte implizit das Doppelziel einer *guten Wirtschaftspolitik* und der Pflege einer entsprechenden *Leistungskultur* für unverfügbar und verwies, beim Nachdenken über die Voraussetzungen für die Erreichung dieses Doppelziels, auf weitere politische Ziele. Diese waren somit ihrerseits nicht mehr *willkürlich* zu setzen, sondern aufgrund ihres unverzichtbaren funktionellen Beitrags *als „unverfügbar“ zu behandeln*. Gerade die Sozialpolitik wurde auf diese *funktionslogische* Weise und nicht – wie später – aus *Werten* wie der Würde des Menschen oder der Solidarität begründet. Für die Alterspräsidentin Lüders war nämlich völlig klar: Solle der Aufbau einer friedens- und freiheitssichernden Demokratie gelingen, so wäre es ganz unverfügbar, das Land dann auch zu einem Sozialstaat ohne Ausgrenzung von wirtschaftlich weniger erfolgreichen Bevölkerungsschichten zu machen. Unverfügbar wäre dann aber auch die Regel, dass Sozialstaatlichkeit nicht ihrerseits die Grundlagen einer starken, wettbewerbsfähigen, erfolgreichen Wirtschaft untergraben dürfe. Entsprechend warnte Marie Elisabeth Lüders schon 1957:

„Es wird nicht leicht sein, begreifliche Wünsche und oft sehr stürmische Forderungen mit den finanziellen Möglichkeiten und der notwendigen Selbstverantwortung der Fordernden in Einklang zu bringen“ (3/1957, 3A).

Knapp zwanzig Jahre später hatte man gerade mit dem Scheitern solcher Versuche die ersten bundesdeutschen Erfahrungen gemacht. Im funktionslogischen Sinn Unverfügbares hatte sich als politisch eben doch verfügbar erwiesen, und die Verwirklichung der einen Ziele, selbst wenn ihrerseits durchaus nicht für unverfügbar erklärt, behinderte oder verunmöglichte die Verwirklichung anderer Ziele – darunter auch solcher, die man jahrelang für unverfügbar erklärt hatte. Es war kein Geringerer als Ludwig Erhard, der es in seiner Rede als Alterspräsident unternahm, die hier selbst für ignoranten politischen Voluntarismus unverfügbaren funktionellen Zusammenhänge vor Augen zu führen. Weil nichts an seinen Argumenten veraltet, sondern von nachgerade evidenter Aktualität ist, sollen Erhards Rekurse auf funktionslogisch Unverfügbares ausführlicher betrachtet werden.

Erhard begann mit der Feststellung: Gleich ob es sich um die Einnahmen oder Ausgaben des Staates handelt, müssen ...

„alle Überlegungen über Herkunft und Verwendung der Mittel außer von der unmittelbaren Zwecksetzung nicht zuletzt auch von wirtschaftlicher Vernunft getragen sein [...] Jeder Versuch, im Zeichen vermeintlicher Wohlfahrt aus wohlthätiger Gesinnung mehr Geld auszugeben, als dem Fiskus aus ordnungsgemäßen und vertretbaren Einnahmen zufließt, verstößt ge-

gen gute und bewährte Grundsätze. Der sozialen Fürsorge ist in letzter Konsequenz auch nicht damit gedient, durch immer höhere Steuerbelastungen die Produktivität und die menschliche Arbeitsergiebigkeit zu schmälern oder auch durch fragwürdiges Finanzgebaren die Volkswirtschaft immer stärker zu verschulden, damit aber auch eine verstärkte Inflation anzufachen. Auch diese Schulden müssen einmal zurückgezahlt werden. Aber wiederum werden dann die Bürger für begangene Fehler zu büßen haben und die Leidtragenden sein müssen“ (8/1976, 2B).

Beim Blick auf Griechenland und sein Budgetproblem versteht derlei Unverfügbarkeiten heute fast ein jeder. Erhard jedoch – schon als Kanzler oft lächerlich gemacht ob seiner Appelle, nun endlich Maß zu halten – redete gegen den Zeitgeist an. Der aber wollte bislang für unverfügbar gehaltene Wirtschaftsgrundsätze sehr wohl politischer Verfügbarkeit unterstellen, damit nämlich gestalterischer Voluntarismus sein Spielfeld bekäme. So kam es ja auch. Doch heute, die Euro-Transfergemeinschaft vor Augen, klingt wieder ganz zeitgemäß, was Erhard anschließend ausführte:

„Es muß doch Sinn und Zweck einer Gemeinschaft sein, tendenziell wertgleiche Leistungen [in ihren Mitgliedstaaten] zu erbringen. Welches Land diesen Grundsatz nicht anzuerkennen bereit ist oder aus anderen Gründen in bedenklichen Rückstand gerät, sollte nicht automatisch auf fremde Hilfe vertrauen dürfen, sondern müßte vor allem die im eigenen Lande vorhandenen Mängel zu beseitigen suchen. Ich wage sogar die Behauptung, daß, je mehr Unterstützungs- oder Ausgleichsfonds institutionalisiert werden, desto sicherer das schon angeschlagene Ordnungsbewußtsein gar völlig im Chaos wird enden müssen“ (8/1976, 2C).

Es kommt sogar, von heutiger Warte aus, noch tagesaktueller. Man solle sich, so Erhard, auch dann, wenn man – wie Deutschland – vergleichsweise besser dastünde, ...

„nicht als Tugendbold zuviel Selbstlob spenden [...] . Einsicht und Erfahrung lehren uns nämlich, daß diese Art von Tugend wesentlich und im Besonderen oft nur auf der Differenz der Sünden beruht. Das heißt wiederum, daß eine uns und noch anderen zugemutete einseitige Opferbereitschaft mit echter, recht verstandener Solidarität nur noch wenig gemein hat und auf längere Sicht auch moralisch nicht vertretbar ist“ (8/1976, 2Cf).

Erhard spricht hier von nichts Anderem als von jenen unverfügbaren funktionellen Zusammenhängen, die aktive Politiker – unter dem Druck ihrer eigenen Agenda – gern ignorieren.⁵⁵ Statt dessen halten sie sich lieber, schlimmstenfalls auch noch

55 Willy Brandt, altersweise geworden, erklärte 1987 bei seiner Parlamentseröffnungsrede, warum es auch aus ganz verständlichen Gründen zu solcher Ignoranz komme: „Jüngere

vom Klang der eigenen Argumente bezaubert, an jene „Unverfügbarkeiten“, die sie einfach selbst proklamieren – wie die, Griechenland dürfe keine Staatspleite erleben und der Euro von keinem Land je wieder aufgegeben werden. Einmal zum Glaubenssatz erhoben, lässt sich eine solche Proklamation diskursiv auf mannigfaltige Weise untersetzen und ganz auf die tagespolitischen Argumentationsaufgaben ausrichten. Den Alterspräsidenten Erhard trieb derlei Verblendung, wie er sie empfand, stellenweise nachgerade auf die Palme – etwa dort, wo er beim Blick auf unverfügbare Funktionszusammenhänge bei der Entwicklungspolitik fast schon giftete, es „müßte selbst ein urwüchsiger Naturverstand begreifen, daß eine Überbeanspruchung der modernen Volkswirtschaften diese an Produktivität einbüßen und sie trotz besten Willens immer unfähiger werden ließe, den in Armut verharrenden Völkern beizustehen“ (8/1976, 2Df).

Doch Erhard sprach nun einmal in eine Zeit hinein, in der „die Belastbarkeit der Wirtschaft auszutesten“ als fortschrittlich galt.⁵⁶ Mancher Fortschritt nahm dann auch genau diesen Weg – was wesentlich dazu beitrug, dass im Deutschen Bundestag bis zur Agenda 2010-Politik der Umgang mit *selbsterzeugten* Wirtschafts- und Finanzproblemen besonders oft auf die politische Agenda kam.

d. Unverfügbare Tatsachen

Nicht nur *Zusammenhänge*, die sich aus der Natur einer Sache, einer Institution oder eines noch komplexeren politisch Strukturgefüges ergeben, können unverfügbar sein. Vielmehr kann das ebenso für *Tatsachen* gelten, reichend von der Natur des Menschen, die uns bis auf Weiteres wirklich vorgegeben ist, bis zu jenen tief abgestützten Machtdispositiven, deren Urheber wir zwar letztlich selbst sind, doch mit einem kaum mehr ins Gewicht fallenden Verursachungsanteil jedes Einzelnen.⁵⁷ Beides ist in ganz besonderer Hartnäckigkeit dem verändernden Zugriff absichtsvollen Handelns entzogen, zumindest für alle wirklich praktischen Zwecke, und prägt von daher, was *hier und jetzt* als sinnvolle Situationsdefinition gelten kann. Auch derlei Unverfügbarkeit wurde in den Reden der Alterspräsidenten immer wieder thematisiert.

geraten in die Gefahr der Resignation, wenn sie sich den komplizierten Zusammenhängen von Technik und Politik ausgesetzt sehen. Solide Erfahrungen im eigenen und im überschaubaren Nahbereich scheinen dann nicht mehr viel wert zu sein. [...] Offensichtlich verstärkt sich die Tendenz, daß viele von uns kaum noch das Ganze zu sehen vermögen, sondern nur noch die Teile, daß sie tüchtiger darin sind, Einzelinteressen zu vertreten, als sich eine praktische Vorstellung davon zu machen, was Verantwortung für die Gesamtheit bedeutet“ (11/1987, 4B).

56 Derlei forderten in den 1970er Jahren besonders laut die SPD-Politiker Jochen Steffen und Erhard Eppler, ihrerseits Landesvorsitzende ihrer Parteien in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg.

57 Zur hier nur angedeuteten Institutionentheorie hinter diesen Aussagen siehe W. J. Patzelt 2012a.

Auf den *außenpolitischen Ordnungsrahmen* deutscher Politik blickte schon Paul Löbe als erster Alterspräsident des Deutschen Bundestages und verwies auf das „geschichtlich notwendige höhere Staatengebilde“ der „Vereinigten Staaten von Europa“ (1/1949, 2D). Gut vierzig Jahre später konnte Willy Brandt als nunmehr kulturell erreichte Unverfügbarkeit bilanzieren:

„Nationalismus [...] ist der großen Mehrheit unseres Volkes fremd geworden und zuwider. Deutsch und europäisch gehören jetzt und hoffentlich für alle Zukunft zusammen. Europa wird nicht an den Staaten vorbei, sondern nur mit diesen geschaffen werden. Gute und lebendige Traditionen werden dabei nicht untergehen, regionale Zusammenschlüsse neue Chancen erhalten“ (12/1990, Af).

Die „Vereinigten Staaten von Europa“, einst nicht nur von Paul Löbe ersehnt, waren zwar auch damals noch nicht entstanden. Doch diesem Ziel lagen ohnehin mehr die Wünsche der Deutschen zugrunde, die ihre unglückliche Nation loswerden wollten, als die Hoffnungen von Franzosen, Niederländern oder Italienern, die einfach nach einer stabilen Ordnung Europas suchten. Doch bald schon, von 1990 aus betrachtet, würde aus der EG die EU entstehen, rund ein Jahrzehnt später die Eurozone, und beides sollte von den Deutschen dann erst recht als ganz unverfügbarer Rahmen ihrer Außenpolitik betrachtet werden.

Als unverfügbar kam man auch immer wieder auf die *Führungsrolle und schützende Macht der USA* zurück. Robert Pferdmenges tat dies 1961. Unter dem Eindruck der Krise um den Berliner Mauerbau sowie im Vorfeld der kommenden Kuba-Krise wählte er hierfür besonders dramatische Worte:

„Die ganze Menschheit bangt um die Zukunft, um ihre nahe Zukunft. [...] Wir, die Bundesrepublik, sind zu schwach, um uns aus eigenen Kräften zu verteidigen – wir stehen und fallen mit unseren Verbündeten im Westen, letzten Endes mit der Macht der Vereinigten Staaten. [...] [Ihnen] verdanken wir [...] in erster Linie, daß wir heute noch in Frieden und Freiheit leben“ (4/1961, 1C).

Ein Rekurs auf zunächst einmal *funktionslogisch* Unverfügbares lag vor, als William Borm 1969 feststellte, „daß die deutsche Frage unlösbar mit der politischen Gesamtentwicklung der Welt verbunden ist“ (6/1969, 2C). Doch damit war zugleich gesagt, dass Zustände und Sachverhalte sich auch ändern, mitunter gar aktiv verändert werden können. Dann ändert sich natürlich ebenfalls, was zwar *zu einem gegebenen Zeitpunkt*, doch nicht „an sich“, eine „unverfügbare Tatsache“ ist. Der für solche Entwicklungen stets hellseherische Willy Brandt sprach – faktisch an Borms Feststellung anknüpfend – 1987 denn auch vom tatsächlichen Veränderungspotential dessen, was bislang als unverfügbar stabil galt:

„Wenn die Kraft reicht, in der Sowjetunion neues Denken durchzusetzen und in der Außen- und Sicherheitspolitik zu praktizieren, dann könnten sich geschichtlich neue Perspektiven ergeben. [...] daß der gegenwärtige Zustand in unserem Teil der Welt umgewandelt werden könnte in eine dauerhafte europäische Friedensordnung: Dieses Ziel von historischer Dimension könnte in unserer Zeit eine Chance bekommen“ (11/1987, 5B).

Diese Chance nutzte dann tatkräftig, auf der Grundlage der von der Entspannungspolitik seines Vor-Vorgängers geschaffenen Voraussetzungen, der damals seine dritte Amtsperiode antretende Bundeskanzler Helmut Kohl.

e. Unverfügbarkeit als gefährdete Hervorbringung

Seither ist im Europa des wiedervereinigten Deutschlands, der um viele ehemalige Ostblockstaaten erweiterten NATO und EU, des Euro und der durch ihn geschaffenen herausgehobenen Rolle Deutschlands im europäischen Staatenverbund ganz Anderes unverfügbar als im Europa noch des Frühjahrs 1989. Deutlicher kann gar nicht werden, dass Vieles hier und jetzt als unverfügbar Anmutende tatsächlich nichts Anderes ist als eine komplexe, vom – auch zufälligen – Zusammenwirken vieler Umstände begünstigte *Hervorbringung*, um deren Weiterbestand man sich deshalb durchaus sorgen kann.⁵⁸ Tatsächlich war auch in etlichen Parlamentseröffnungsreden dem Stolz auf das Erreichte klare Sorge um dessen Weiterbestand beigemischt. Ludwig Erhard etwa rief 1976 zunächst zufrieden in Erinnerung:

„Wir rangen in diesem Hause um eine reifere politische und freiheitliche Wirtschafts- und Sozialordnung, und unsere Arbeit daran wird gewiß nicht aufhören. Aber wir wissen zugleich, daß die Ordnung, die wir uns, auf dem Grundgesetz aufbauend, gegeben haben, ein fest gefügtes Fundament unseres Staatswesens ist“ (8/1976, 1Df).

Gleich aber kam er auch darauf zu sprechen, was dieses Fundament – über falsche Wirtschaftspolitik hinaus – erodieren lassen könne, ja das Erreichte für solche politische Gestaltungszugriffe verfügbar mache, die es zum Schlechteren verändern würden. Das wären nicht so sehr „fragwürdige Prognosen“, sondern ...

„zuviel Staat, zuviel Skepsis kann zur Sepsis werden und lähmt uns, auch wenn sie in der Kutte eines grauen Realismus oder eines überzeugungsängstlichen Pragmatismus auftritt“ (8/1976, 2A).

58 Zu den hier wirksamen Zusammenhängen siehe das zweite Kapitel dieses Bandes über „Ordnungskonstruktion und ihre ethnomethodologische Analyse“.

Und sei es erst einmal soweit, dass man sich – wie derzeit – um die Stabilität zu sorgen beginne, dann dürfe man die Sorge um sie nicht engführend ...

„nur im Hinblick auf den Zustand unserer Wirtschaft und Währung gelten lassen, die moralische Stabilität aber als Mittel einer übergeordneten allgemeinen Verständigung gering achten“ (8/1976, 2A).

Aufs Klarste wird hier angesprochen, dass Unverfügbarkeit oft nur das *Ergebnis* eines *selbstverständlichen Umgangs* mit einem Wert, einem Ziel oder einer Institution *als unverfügbar* ist, dass sich solche Selbstverständlichkeit aber nicht durch Alltagsvollzüge einstellt, die einfach *sich selbst überlassen bleiben*, und schon gar nicht dadurch, dass man Materielles für wichtiger nimmt als die *Pflege der moralischen Grundlagen* alltagspraktischer Unverfügbarkeit.

Ähnliches führte 1987 auch Willy Brandt aus: „Pflegebedürftig [sic!] bleibt gewiß, was den meisten mittlerweile selbstverständlich erscheint [...], [nämlich] die Verpflichtung darauf, daß die Würde des Menschen nicht angetastet werden darf“ (11/1987, 3C). Bereits vier Jahre zuvor hatte Erhard am Fall des Bundestages vor Augen geführt, welcher Anstrengungen es allein schon bedarf, um bereits Bestehendes *weiterhin* unverfügbar zu halten. Nachdem seit 1966 immer mehr antiparlamentarische Positionen aufs Neue populär geworden waren,⁵⁹ betonte er 1972: Wir sind ...

„aufgerufen, kraft unserer eigenen Haltung und Disziplin es niemals mehr zu dulden und dahin kommen zu lassen, daß das Parlament als höchste Instanz der demokratischen Volksvertretung noch einmal geschmäht und beschimpft werden darf. Eine solche Willenserklärung war in den ersten Jahren der Bundesrepublik in Rückbesinnung auf die *Vergangenheit* angemessen. Inzwischen aber ist es die *Gegenwart*, die es nicht nur wünschenswert, sondern noch einmal notwendig erscheinen läßt, diese alte Überlieferung neu zu bekräftigen“ (7/1972, 1C; Hervorhebungen vom Verfasser).

Deutlicher kann man nicht betonen, dass auch die Unverfügbarkeit fraglos stabiler politischer Institutionen gerade keine „Naturtatsache“ ist, sondern nichts Anderes als eine immer wieder neuer Anstrengungen bedürftige soziokulturelle *Hervorbringung*. Insgesamt spiegelt sich in den Reden beider – aus Ihresgleichen durch besondere Gedankenfülle herausragenden – Alterspräsidenten der innere Zustand eines Landes, das sowohl seiner bisherigen Grundlagen als auch seines – nach 1966 wie ein Allheilmittel begrüßten – kritischen Umgangs mit ihnen unsicher geworden war. Gleichsam zeugen die erwähnten Passagen von der deutschen Katerstimmung nach jener Party, die den Wiederaufbau des Landes abschloss.

59 Siehe hierzu H. Wasser 1974.

f. Unverfügbarkeit und Wandel

Erfolgsnarrative, gleich ob sie von den Errungenschaften Deutschlands oder Europas handeln, machen die erreichten *Ziele* typischerweise nicht nur dahingehend zu „unverfügbaren Selbstverständlichkeiten“, dass es sich bei ihnen um „immer schon Sinnvolles“ gehandelt habe.⁶⁰ Sondern als unverfügbar lassen sie oft auch jene *Mittel* erscheinen, mit denen das jeweilige Ziel erreicht wurde, sowie jene *Strukturen*, die mitsamt bzw. aufgrund der Zielverwirklichung entstanden sind. Diese drei Elemente zusammen (erfolgreiche Ziele und Mittel, entstandene stabile Strukturen) verfestigen dann ihrerseits noch mehr den Glauben daran, dass derlei eine unverfügbare Selbstverständlichkeit sei – oder immerhin „selbstverständlich unverfügbar!“

Solcher Unverfügbarkeitsglaube rankte sich insbesondere seit der Wiedervereinigung um das bundesdeutsche Regierungssystem. Nicht nur wurde die Schaffung einer neuen Verfassung, und gar einer solchen mit größeren Systemveränderungen, nach 1990 von einer Mehrheit der Deutschen abgelehnt. Sondern obendrein schuf die Auseinandersetzung mit dem seither gerade in den neuen Bundesländern aufwachsenden Rechtsradikalismus auch auf der Linken eine Schutz- und Abwehrsolidarität mit der freiheitlichen demokratischen Ordnung des Grundgesetzes, wie man sie sich auf dem Höhepunkt der 1968er-Bewegung sowie während ihrer Nachwirkungen im „Deutschen Herbst“ nicht hätte vorstellen können. Ihr Kern ist, dass man heute wirklich mit Stolz auf das Erreichte blicken darf.

Freilich konnte man das auch schon vor Jahrzehnten. Hinsichtlich der Stabilität bundesdeutscher Demokratie tat das etwa 1983 Willy Brandt so:

„Dieser Staat [...] hat jetzt schon weit mehr als die zweifache Lebensdauer der Republik von Weimar durchschritten. Und ehe [...] die nächste Bundestagswahl ins Haus steht, wird die Bundesrepublik schon um mehr als ein Dreifaches länger bestehen als jenes „Dritte Reich“, das tausend Jahre hatte währen sollen. So kurz waren die Fristen gesetzt, in denen deutsche Geschichte sich in diesem Jahrhundert vollzog. Man wird mithin der Bundesrepublik Deutschland eine bemerkenswerte Kontinuität und Stabilität zuschreiben können. Wir haben jetzt mehr als einmal die demokratische Ablösung erlebt – gewaltlos, ohne gefährliche Krise, in der Bewährung unseres Grundgesetzes [...] [und gegründet] auf der Zuverlässigkeit unserer demokratischen Institutionen. [...] Die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland hat sich als gefestigt erwiesen“ (10/1983, 3Af).⁶¹

60 Siehe hierzu oben den Abschnitt 2.

61 Eine Wahlperiode später wollte Stefan Heym als Alterspräsident nicht so lobend von der bundesdeutschen Demokratie sprechen und drückte nur seine – freilich „bestärkte“ – Hoffnung aus, „daß unsere heutige Demokratie doch solider gegründet sein möchte als es die Weimarer war und diesem Bundestag wie auch jedem künftigen ein Schicksal wie das

Der deutschen Demokratie gelang dies – wie Brandt vier Jahre später ausführte – nicht zuletzt deshalb, weil im Rahmen ihrer Verfassung ...

„alle demokratischen Kräfte ihren Platz [haben] [...], in ihm ihre Interessen und Überzeugungen vertreten [können] [...], so auch dort, wo sie Dinge und Verhältnisse anders gestaltet haben wollen. Diese Republik, was immer am parlamentarischen Prozess und an der bundesstaatlichen Ordnung schwerfällig erscheinen mag, bietet die Voraussetzungen, nicht nur zu bewahren, sondern auch zu verändern, zu reformieren, zu erneuern“ (11/1987, 3D).

Damit war freilich auch gesagt, dass es mit dem Bewahren nie sein Bewenden haben dürfe, sondern man sich schon immer wieder ans Verändern, Reformieren und Erneuern machen müsse – und gewiss ebenfalls in Zeiten wie den unseren, da die Reformlust erloschen ist und gerade auf ehemals Progressive das Konservieren des Erreichten oft wie der Weisheit letzter Schluss wirkt. Brandt sah da klarer, als er 1983 formulierte:

„Das Grundgesetz trägt uns auf, auch und gerade unter immer wieder sich wandelnden Bedingungen die Fundamente des demokratischen und sozialen Bundesstaates zu festigen und diesen Staat bestmöglich auszugestalten“ (10/1983, 2A).

Folgerichtig rief er vier Jahre später dazu auf, manche bisherigen Selbstverständlichkeiten in Frage zu stellen und manches bislang als unverfügbar Behandelte vorsichtig dem Zugriff erkundenden Verfügens auszusetzen. Einbezogen wurde dabei ausdrücklich die Vorstellung vom „Fortschritt“ selbst, dem durch solches Erkunden gedient werden solle:

„Das von uns Älteren übernommene Fortschrittsverständnis ist durch die ökologische Krise nachhaltig erschüttert worden. [...] Es ist also an der Zeit, den Fortschrittsbegriff sozial und ökologisch neu zu definieren“ (11/1987, 4C).

Doch gewiss war Brandt nicht für Veränderungen ihrer selbst willen zu haben. Vielmehr gelte:

„Erprobte Verfahrensregeln brauchen nicht bei jeder Gelegenheit in Frage gestellt zu werden. Rücksichtnahmen empfehlen sich aus Klugheit, falls eine andere Motivierung nicht schon ausreichen sollte“ (11/1987, 3B).⁶²

des letzten Reichstages der Weimarer Republik erspart bleiben mag“ (13/1994, 1D). Solch nonchalante Geisterseherei hatten sich alle seine Amtsvorgänger versagt.

62 In eben diesem Sinn meinte Willy Brandt nach der Wiedervereinigung, gewiss habe sich das Grundgesetz „für die alte Bundesrepublik voll bewährt“. Gleichwohl solle man bei

Damit war trefflich formuliert, dass es eine Sache gerade auch der praktischen Vernunft ist, *Bewährtes als unverfügbar zu behandeln*. Doch keineswegs erübrigt dies die Suche nach Besserem oder zieht die Ablehnung von Reformen nach sich. Im Grunde wird hier, ohne es beim Namen zu nennen, nur jenes Muster aller Sozial-evolution⁶³ angesprochen, das einst der Apostel Paulus im ersten Brief an die Thessalonicher (5,21) so formuliert hat: „Prüfet alles, das Gute behaltet“ – und macht es vorsichtshalber, bis auf Weiteres, für alle praktischen Zwecke unverfügbar!

4. GEMEINSINNSREKURSE IN DEN PARLAMENTSERÖFFNUNGSREDEN

Eine zentrale Frage der Politikwissenschaft geht dahin, wie politische Ordnung entsteht. Eine von der aristotelischen Vier-Ursachen-Lehre⁶⁴ inspirierte Antwort geht dahin, dass sich die *Zweckursachen* einer zu erklärenden politischen Ordnung beim Blick auf jene Transzendenzrekurse ihrer Akteure erschließen, die auf Handlungsmotivation abzielen, desgleichen auch anhand solcher sinnerzeugender Transzendenzrekurse, die jene Handlungsmotivationen plausibel machten. Wichtige *Form-* und *Materialursachen* lassen sich erkennen, wenn man solche Transzendenzrekurse durchgeht, die von – wirklich oder angeblich – Unverfügbarem handeln. Und wo begegnet man den *Antriebsursachen* der Akteure? Deren Findeort sind – neben den sinnerzeugenden Transzendenzrekursen – vor allem die Rekurse auf Gemeinsinn, hier verstanden im engeren Sinn als „Sinn für das Gemeinsame“ sowie als „Bereitschaft, sich in dessen Dienst zu stellen“⁶⁵.

4.1 Bürgerschaftlicher Gemeinsinn

Tatsächlich spielten Gemeinsinnsrekurse in den Reden der Alterspräsidenten anfangs eine markante Rolle. Angesichts der Not der Gründungsjahre ist das auch verständlich. Paul Löbe nannte zunächst die folgenden, mit durchaus unterschiedlichen Nöten beladenen Gruppen des Volks, die nun zur Erreichung fernster Ziele zusammenwirken mussten: „die Millionen der Heimatvertriebenen von jenseits der Oder-Neiße-Grenze, die Verstümmelten und Verwaisten des Krieges, die ja auch ein Opfer des Nazismus sind, jene, die in den Bombenangriffen Hab und Gut verloren, die andern Opfer des Naziregimes und der mehrfachen Währungsmaßnahmen“

Diskussionen um sinnvolle Ergänzungen nicht auf Erfahrungen der Ostdeutschen verzichten; siehe 12/1990, 3D.

63 Siehe hierzu mit weiteren Verweisen W. J. Patzelt 2012 und 2012a.

64 Siehe oben Anm. 18.

65 Siehe Anm. 3.

(1/1949, 1D).⁶⁶ Von einem „Wirtschaftswunder“, das deren Not lindern könne, war 1949 noch nichts in Sicht. Entsprechend vorsichtig formulierte Paul Löbe keinen von der Lage gleichsam ungedeckten Appell zum Zusammenstehen beim Wiederaufbau von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat, sondern beließ es bei einem Hinweis, den allein die Zuversicht trug, Gemeinsinn werde nicht ausbleiben:

„Welch mühevolle, beharrliche, wohlüberlegte und welch gutwillige Zusammenarbeit wird notwendig sein, um auch nur der geringsten dieser Aufgaben Herr zu werden!“ (1/1949, 1C).

Obendrein brauche man noch lange die „Beihilfe des Auslandes“, allerdings „nicht in der Form und im Sinne von Almosen“, sondern „damit wir aus eigener Arbeit die Grundlagen unserer Existenz finden“. Diesbezüglich könne man allerdings zuversichtlich sein:

„Unser arbeitsames, tüchtiges, ordnungsliebendes, leider politisch so oft irregeführtes Volk wird es schaffen!“ (1/1949, 2A).

Die Ressourcen entsprechenden Gemeinsinns – und seien sie durch blanke Not abgepresst – waren ja zweifellos da, unter Beweis gestellt durch den Zusammenhalt der Männer im Krieg und der Frauen beim Dienst in der zerbombten Heimat. Doch fraglich war, ob diese Ressourcen auch reichen würden. Man musste ja aufs Engste zusammenrücken für die Ausgebombten, Flüchtlinge und Vertriebenen, und vielerorts wusste man sehr wohl, wer alles Parteigänger jenes Systems gewesen war, mit dessen drückenden Folgen es nun auszukommen galt. Die zu bewältigenden Aufgaben waren also wirklich groß, und sie waren auch nach vier Jahren noch weit davon entfernt, im Griff zu sein. Marie Elisabeth Lüders führte 1953 vor Augen:

„Die große soziale Aufgabe unserer Zeit liegt darin, die Entwurzelten wieder zu verwurzeln, die aus Heim und Heimat Vertriebenen, aus Arbeit und Brot Gerissenen mit menschlicher Wärme und seelischer Hilfe in die neue Heimat, in neue Arbeitsplätze einzugliedern“ (2/1953, 2C).

Den dafür nötigen Gemeinsinn gab es auch durchaus nicht im Überfluss. Entsprechend kritisierte die Alterspräsidentin:

66 An späterer Stelle dieser Rede werden in den Kreis derer, auf die sich Zusammenstehen und Gemeinsinn richten müssten, ausdrücklich auch die Kriegsgefangenen und Verschleppten sowie deren Familien einbezogen (1/1949, 1C). Noch ein wenig später gehen in einer Schweigeminute die Gedanken zu „all den Toten [...], die als Opfer des Krieges von allen Völkern gefordert wurden, all denen, die durch die Fortwirkung des Krieges ihr Leben verloren“ (1/1949, 1D).

„Noch stehen Hunderttausende, denen es besser geht als jenen, abseits, die mit dem Einsatz der ‚Politik des Herzens‘ den Alten, Kranken, den familienlosen Jungen viele dunkle Stunden des trüben Alltags erhellen und sie davor bewahren könnten, zu Feinden der Gesellschaft zu werden, mit Gott und der Welt zu hadern“ (2/1953, 2D).

Doch zweifellos gab es das nötige Mindestmaß an Gemeinsinn, und wohl auch etwas mehr. Tatsächlich war man schon damals deutlich vorangekommen bei der Behebung nicht nur der materiellen Schäden, sondern auch bei der zumindest oberflächlichen Heilung seelischer Wunden, beim Wiedergewinnen humaner Gesinnung und Betätigung. Und dass dies möglich war, das – so die Alterspräsidentin – „beweist die ungebrochene deutsche Lebenskraft, die aus geistigen Quellen genährt wird und sich auch in der Leistung des letzten Werktätigen umsetzt“ (2/1953, 2Df).

Insgesamt aber war es eher eine pragmatische Zweckgemeinschaft als eine auch innerlich verbundene Volksgemeinschaft, die sich da im – durchaus von Misstrauen und Sozialneid geprägten – Miteinander⁶⁷ aus den Ruinen emporarbeitete. Vier Jahre später, und angesichts einer alle früheren Hoffnungen weit übertreffenden materiellen Lage, kam Marie Elisabeth Lüders deshalb auf dieses Thema zurück. Wichtig sei doch nicht, so ihre Mahnung, materielle Hilfe allein, ...

„sondern die rein menschliche seelische Verfassung der Betroffenen und ihre geistigen Bedürfnisse müssen immer von neuem unsere Sorge sein. Dies gilt vor allem für die übergroße Zahl der immer noch in Lagern und Baracken notdürftig untergebrachten Flüchtlinge, Vertriebenen und Heimatlosen. Die Sorge um das Mitmenschliche muß auch in den ausführenden Organen den sonst allzu spitzen Rechenstift führen; denn der Mensch lebt nicht vom Brot allein. Guter Wille vermag viele Gräben zuzuschütten und viele verklemmte Türen zu öffnen, auch ohne ständige Erhöhung der materiellen Leistungen“ (3/1957, 3B).

Solcher gute Wille aber schien nach Aufkommen der Möglichkeit, die Sorge um die sozial Zurückbleibenden nun wieder dem recht reich gewordenen Staat zuzuweisen, mehr und mehr zu fehlen. Selbst der durchaus praktizierte Gemeinsinn klang, 1961 beschworen vom Alterspräsidenten Pferdenges, eher nach Pflicht denn nach Kür:

„Inzwischen lasst uns unsere Pflicht tun und [...] der Welt ein Beispiel geben. Lassen wir Einfachheit, Bescheidenheit, Opferbereitschaft, innere Lauterkeit unsere Devisen [sic] sein; aber nicht: mehr verdienen, weniger arbeiten, besser leben, wie man das so laut und hart von so vielen Seiten und Schichten heute hört. Das ist keine Haltung für ein Volk in unserer Lage“ (4/1961, 2Af).

67 Vgl. B. Schwellung 2001.

Normativ mochte Pferdenges damit Recht haben. In der Wirklichkeit traf aber für die Mehrheit gerade das zu, was da kritisiert wurde. Eben dies rückte wiederum der Bundeskanzler Erhard als überaus schwerwiegendes Problem in den Mittelpunkt seiner Regierungserklärungen von 1963 und 1965. Die nächsten Alterspräsidenten des Bundestages hingegen, und auch hier eigentlich nur Ludwig Erhard und Willy Brandt, benannten Defizite an Gemeinsinn bloß im Rahmen von Krisen- und Herausforderungsnarrativen. Das blieb so, bis 1998 Fred Gebhardt – endlich – scharf auf die Folgen fehlenden Gemeinsinns zu sprechen kam:

„In jeder Gesellschaft gibt es soziale Unterschiede. Unterschiedliche Qualifikationen, unterschiedlicher Fleiß, unterschiedliche Begabung und unterschiedliche Leistung, all das soll sich im Einkommen widerspiegeln. Aber ich habe den Eindruck, daß es bei uns zum Teil maßlos geworden ist. Wachsender Reichtum weniger steht wachsender Armut vieler gegenüber. Ich bin den Kirchen in unserem Lande dafür dankbar, daß sie uns mahnen, diese Entwicklung zu korrigieren. Umverteilung gibt es in jeder Gesellschaft und zu jeder Zeit. Die Frage ist, von wem zu wem umverteilt wird“ – und deshalb müsse sich der Bundestag daran messen lassen, wie gut es ihm gelinge, „mehr soziale Gerechtigkeit herzustellen und Armut zu überwinden“ (14/1998, 3D).

Es ist hilfreich, diese Lücke im Diskurs der Alterspräsidenten zu schließen, nämlich durch einen Auszug aus Erhards Regierungserklärung zum Amtsantritt 1963. Gerade dem Bundeskanzler Adenauer nachgefolgt, betonte Erhard:

„Mehr denn je wird künftig die Zusammengehörigkeit unseres Volkes auf eine hohe Probe gestellt und zur Bewährung aufgerufen sein. Die schöpferischen Energien des deutschen Volkes sind nach dem Kriege in erster Linie dem wirtschaftlichen Wiederaufbau zugute gekommen. Dank unserer freiheitlichen Politik verfügen alle Schichten unseres Volkes über einen weiten Spielraum zur eigenen Entfaltung. Der wirtschaftliche Wettbewerb hat die Kräfte gewogen und gestärkt. So ist die Bundesrepublik heute zu einer der größten Wirtschaftsmächte auf der Welt geworden. [...] Das Werk lobt alle seine Meister.

Aber welches Bild des öffentlichen Lebens stellt sich uns heute dar? Wir laufen Gefahr, daß der produktive Elan unserer Gesellschaft zunehmend dem Genuß des Erreichten weichen will. Eine oft ausschließlich materiell bestimmte Grundhaltung weiter Kreise der Bevölkerung charakterisiert die Lage – 18 Jahre nach Beendigung der größten Katastrophe deutscher Geschichte. Aus diesem Grunde bedeutet es eine wesentliche Aufgabe aller verantwortungsbewußten Kräfte im Lande, jenen Leistungswillen, der uns gerettet hat, für alle Zukunft wachzuhalten.

Wie noch deutlich zu machen sein wird, müssen wir damit aufhören, unsere Kräfte und Mittel jeweils nur an speziellen und individuellen Forderungen auszurichten, sondern wir müssen

das Ganze bedenken und alles Handeln an gemeinsamen Zielen messen. [...] Vor allem junge Menschen wollen nach übergeordneten Werten und Maßstäben handeln. Sie erwarten, daß sich auch der Staat an diese Maxime hält. Unsere Jugend will vor Aufgaben gestellt werden! Je bewußter und wahrhafter wir sie darauf ansprechen, um so besser wird es uns gelingen, sie vor dem falschen Weg des nur Geld-verdienen- und Versorgt-sein-Wollens abzubringen.

Bemühen wir uns darum auch, jedwede Forderung an den Staat nicht vorschnell mit dem Wort ‚sozial‘ oder ‚gerecht‘ zu versehen, wenn es in Wahrheit nur zu oft um partikuläre Wünsche geht! Verschließen wir die Augen nicht vor der Tatsache, daß dem entwickelten Engagement für das Private und für das Gruppeninteresse zunehmend ein Defizit an Bürgersinn gegenübersteht!

Das ist um so gravierender, als die Bundesrepublik ihren Bürgern ein ungewöhnliches Maß an Freizügigkeit in ihren privaten Tätigkeiten zugesteht und ihnen den großen Respekt vor dem Wert individueller Entfaltung bezeugt. Es muß unser unablässiges Bemühen sein, die Werte, die unsere Verfassung setzt, ins Bewußtsein aller Bürger zu rücken und es immer wieder deutlich zu machen, daß Freiheit mit Verantwortung gepaart sein muss, wenn sie nicht chaotisch entarten soll“ (4/1963, 4192D-4193C).

Leicht ist im Nachhinein zu erkennen, wie hellsehtig Ludwig Erhard die entstandenen Fehlhaltungen und die besser zu vermeidenden Entwicklungen erkannte. Richtig war auch sein Eindruck, junge Menschen wollten „nach übergeordneten Werten und Maßstäben“ handeln. Im Zug des Wertwandels der westlichen Industriegesellschaften wurden das aber zunehmend Werte der Selbstverwirklichung anstelle der gefühlt „veralteten“ Pflicht- und Akzeptanzwerte.⁶⁸ Während der Renaissance des die Universitäten umprägenden intellektuellen Marxismus wurden es dann Werte des Klassenkampfes bei nur internationaler Solidarität, und unter dem Eindruck, nun erst rechne eine neue Generation mit der von den Eltern getragenen Nazi-Diktatur ab, verblassten „Deutschland“ und das „deutsche Volk“ als möglicher Bezugsrahmen von Gemeinsinn völlig.

Helmut Kohls Versuch seit dem Bundestagswahlkampf von 1980, solchem Zeitgeist durch Sensibilisierung für die Notwendigkeit einer „geistig-moralischen Wende“ entgegenzutreten, scheiterte ebenso wie einst Erhards so oft wiederholter Appell zum Maßhalten und zum Sich-Einbringen in jene – wie er fand – „moderne Ordnung“, die er die „formierte Gesellschaft“ nannte. Diese, so Erhard, ...

„beruht [...] auf der Überzeugung, daß Menschen nicht nur durch Gesetze, sondern aus Einsicht das ihrem eigenen Wohle Dienende zu tun bereit sind. [...] Diese neue Ordnung ist die gesellschaftspolitische Konsequenz der sozialen Marktwirtschaft. [...] [Sie ist] eine friedliche

68 Siehe – mit weiteren Verweisen – K.-H. Hillmann 2003.

Gesellschaft, die auf der dynamischen Kraft des innen- und außenpolitischen Interessenausgleichs beruht. [...] Ihre rationale Klarheit und Überschaubarkeit sollen den einzelnen in die Lage versetzen, an den öffentlichen Dingen teilzuhaben“ (5/1965, 19A-D).

Doch Ludwig Erhards Vorstellungen von einer gemeinsinnigen Gesellschaft wurden kunstvoll als eine Art „neuer Autoritarismus“ diffamiert und versanken gemeinsam mit seiner Kanzlerschaft in der Aufbruchsstimmung hin zur sozialliberalen Koalition sowie während deren erster Phase. Helmut Kohls Vorstellung von einer „geistig-moralischen Wende“ wiederum wurde – zutreffend – als Kritik am Geist jener Koalition verstanden und deshalb, gemeinsam mit Kohls Kanzlerschaft, als inakzeptabel wahrgenommen. Ebenso wie Kohl selbst wurde sie, soweit nur möglich, der Lächerlichkeit preisgegeben. Tatsächlich kam es auch gar nicht zu jener „geistig-moralischen Wende“. Die Wiedervereinigung stellte dann neue und anders akzentuierte Anforderungen an den Gemeinsinn, und erst recht bewirkte derlei das Zusammenwachsen der EU unter dem Druck der Globalisierung auf den europäischen Sozialstaat. Während aber deutscher Gemeinsinn zum Tragen der Lasten der Wiedervereinigung sehr wohl ausreichte, erweist sich in der Euro-Krise und angesichts wirtschaftlicher Globalisierung, dass der Kolben des Gemeinsinns wohl den Zylinder des (National-)Staats braucht, wenn der soziomoralische Motor einer *res publica* funktionieren soll.

Auf das alles kamen die Alterspräsidenten des Bundestages durchaus zu sprechen.⁶⁹ Besonders markant fielen verständlicherweise die Ausführungen zur Pflege innerdeutschen Gemeinsinns aus. Willy Brandt äußerte sich im wichtigen Jahr 1990 wie folgt: Angesichts „von wundgescheuerten Seelen“ in den neuen Bundesländern gelte es dort „das Selbstbewußstein, das Selbstwertgefühl der Menschen zu festigen“. Zurechtzukommen sei mit nachwirkenden „Demütigungen aus den Jahrzehnten der Diktatur“ sowie dem ostdeutschen „Empfinden, in das gemeinsame Haus weniger eingebracht zu haben“. Bedenken müsse man: „Mauern in den Köpfen stehen manchmal länger als die, die aus Betonklötzen errichtet sind“. Also beschwöre er „unsere Landsleute: Möge das Gefühl, auf der falschen Seite der Geschichte gestanden zu haben, sich nicht in Mutlosigkeit oder gar Aggressivität entladen. Möge es in dem Gefühl aufgehoben sein, daß niemand zu spät kommt, wenn sich das Leben weitet“ (12/1990, 3B). Zu diesem Zweck aber „wollen Gerechtigkeit und Mitmenschlichkeit geweckt sein“ (12/1990, 4A). Im Übrigen gelte:

„Ein in sich ruhendes gemeinschaftliches Selbstwertgefühl erwächst nicht daraus, daß wir von den neuen Bundesbürgern erwarten, sie möchten möglichst widerspruchlos aufgehen im Land des großen Bruders. Ich bleibe bei meinem Rat, zusammenwachsen zu lassen, was

69 Zu den besonderen Herausforderungen von Europäisierung und Globalisierung für deutschen Gemeinsinn siehe oben den Abschnitt 3.3.

zusammengehört. Abgeschlossen ist dieser Prozeß erst, wenn wir nicht mehr wissen, wer die neuen und wer die alten Bundesbürger sind“ (12/1990, 4B).⁷⁰

Fast eine Generation später lässt sich auch hier von einer glücklich verlaufenen Geschichte berichten.

4.2 Parlamentarischer Gemeinsinn

Regelrecht ein Topos in den Ausführungen der Alterspräsidenten vor einem neuen Bundestag wurde es, zum parlamentarischen Gemeinsinn und zum lagerübergreifenden Miteinander aufzurufen. Das passt nicht nur bestens zur konkreten Sprechsituation eines Alterspräsidenten und zu den kommunikationshygienischen Notwendigkeiten nach einem erbittert geführten Wahlkampf, sondern wird auch den besonderen Herausforderungen eines freiheitlichen und somit pluralistisch-antagonistischen Parlaments gerecht. Schon 1949 mahnte denn auch Paul Löbe, man solle sich – nach einem heftigen Wahlkampf, „dessen Formen oft das erträgliche Maß weit überschritten haben“ und dessen Ausbrüche dem deutschen Volk nicht dienten – nun endlich, „ob in Koalition oder Opposition, soweit zusammen[zu]finden, daß Ersprießliches für unser Volk daraus erwächst“ (1/1949, 3A). Gerade diese Ausführungen Löbes zitierend, betonte dann Herbert Wehner, höchst streitbarer Parlamentarier seit Weimarer Zeiten, ...

„daß parteipolitische Gegensätzlichkeiten sowie die Zugehörigkeit sei es zur Regierungs-, sei es zur Oppositionsseite des jeweiligen Parlaments nicht allein die Maßstäbe für gegen- und wechselseitige Wertschätzung sind“. Diese bestünden vielmehr im Beispiel herausragender Parlamentarier, zumal seiner Vorgänger im Amt des Alterspräsidenten, also von „Persönlichkeiten, die – jede auf ihre Weise – unserem Volke gedient, in ihrem Leben streckenweise Schweres ertragen und das Schwerste zum Wohle unseres gemeinsamen Volkes zu überwinden beigetragen haben“ (9/1980, 1D).

Gleichsam deren Vermächtnis für parlamentarisches und politisches Miteinander in Deutschlands Demokratie führte er anschließend in einer Reihe von Zitaten aus deren Parlamentseröffnungsreden vor Augen, und zwar um aufzuzeigen, „daß es bei allen politischen Gegensätzen vieles gibt, das uns allen gemeinsam ist und das wir hüten und pflegen sollten“ (9/1980, 5A).

Willy Brandt griff eine Wahlperiode später diesen Gedanken auf, indem er aufforderte ...

70 Mit nur etwas anderem Zungenschlag sprach von den gleichen Herausforderungen vier Jahre später Stefan Heym; siehe 13/1994, 2Df. Warum man ihnen nicht hinreichend gerecht geworden sei, erörterte dann dessen Nachfolger Fred Gebhardt; siehe 14/1998, 3.

„zur Pflege der demokratischen politischen Kultur, die nicht institutionell zu sichern ist, sondern die täglich erfahrbar gemacht werden muß. Für uns hier im Bundestag heißt dies, um einen Wettbewerb zwischen Parteien und Fraktionen bemüht zu sein, der statt ruinös produktiv ist, insoweit er in offenem Austrag unterschiedlicher, auch gegensätzlicher Meinungen das öffentliche Wohl befördert“ (10/1983, 1D).

Und Otto Schily spitzte dies 2002 stilsicher so zu:

„Ich hoffe und wünsche, dass wir alle die Gemeinsamkeit unserer Verpflichtungen nicht aus den Augen verlieren, der Versuchung zu einer destruktiven Politik widerstehen, die Fairness auch im politischen Alltag wahren, den politischen Vorteil im Argument und nicht in der persönlichen Herabsetzung suchen und nicht zuletzt der Maxime Goethes folgen werden, dass die Weisheit in der Wahrheit und nirgendwo sonst zu finden ist“ (15/2002, 2Af).

2005 kam er mit anderen Worten erneut darauf zu sprechen: Wir haben ...

„die gemeinsame Verantwortung, zum Besten unseres Landes zu wirken. Wir werden dieser Verantwortung umso eher gerecht werden, wenn wir die Politik einer sowohl geographisch als auch zeitlich weiträumigen Perspektive öffnen, die imstande ist, unsere eigenen Interessen in konstruktiver und solidarischer Weise mit den Interessen anderer zu verbinden“ (16/2005, 2B).

Eine Wahlperiode später behauptete Heinz Riesenhuber sogar: „Eines war uns immer gemeinsam: die Achtung vor jedem Kollegen und seiner Meinung, die Bereitschaft zum sachlichen Argument, die Fähigkeit, Kompromisse zu prüfen, die Entschlossenheit, zu entscheiden und dann voranzuschreiten“ (17/2009, 2A). Tatsächlich gehört die Befolgung solcher Spielregeln zu den unabdingbaren Voraussetzungen für verlässlich praktizierten Gemeinsinn, da sich andernfalls das Parlament gerade einer pluralistischen Demokratie heillos zerstreiten kann und dann nicht mehr gemeinsinnig für das ganze Volk zu wirken vermag. Eben daran erinnerte Willy Brandt in seiner ersten Rede als Alterspräsident, ausdrücklich gestützt auf Autorität, die sich langer parlamentarischer Erfahrung verdankte:

„Wer also wie ich die friedensstiftende Wirkung unserer grundgesetzlichen Ordnung schon in mancherlei unterschiedlichen Interessenlagen hat erfahren können, der darf und sollte wohl auch eine Rede wie diese mit einem Hinweis auf das Selbstverständliche beginnen.“

Im Sinn hatte er dabei die „Regeln der parlamentarischen Auseinandersetzung“, denen sich zu unterwerfen „nach einem harten – manche meinen: überharten – Wahlkampf“ wohl nicht jedem leichtfalle. Zwar lebe die Demokratie gewiss nicht davon, „daß alle einander mögen und Bekundungen gegenseitigen Wohlwollens verbrei-

ten“. Sie lebe aber sehr wohl von der akzeptierten „staatspolitischen Gleichwertigkeit“ von Regierungsmehrheit und Opposition. Diesbezüglich liege ihm an der Feststellung:

„Alle Mitglieder dieses Hauses nehmen gleichermaßen wichtige Aufgaben wahr, ob sie nun die Regierung stellen oder diese kritisch begleiten, ob sie Macht verwalten oder diese kontrollieren, ob sich ihre Partei und Fraktion in der Regierungsverantwortung zu bewähren hat oder ob sich ihre Partei und Fraktion hierauf neu vorbereitet. Parlamentarische Verantwortung für unseren Staat obliegt der einen Seite wie der anderen; sie ist keiner Seite Vorrecht. Dies sind die im Grundgesetz verankerten, durch die Verfassung geschützten Vorgegebenheiten und Selbstverständlichkeiten“ (10/1983, 1B-D).⁷¹

Freilich wurden auch diese Persönlichkeiten zu ihrer aktiven Politikerzeit solchen Maßstäben nicht immer gerecht. 1957 etwa beklagte Marie Elisabeth Lüders unter dem Eindruck der so heftigen Grundsatzdebatten um Westbindung und Marktwirtschaft:

„Wir haben uns alle in der Hitze des Gefechts in Wort und Schrift, in Überbild und Überschall im Lautsprecher auseinandermanövriert. Machen wir doch alle einen Strich unter die sehr gefährliche Verwechslung der Begriffe ‚Gegner‘ und ‚Feind‘. Halten wir auf allen Gebieten Maß [...], damit nicht verletzender Übermut im Bewußtsein des Monopols der Macht auf der einen und verbitternder Groll auf der anderen Seite Deutschlands Leben noch schwerer macht, als es [...] sowieso schon ist. Nur auf der Grundlage des inneren Friedens im politischen und menschlichen Bereich, nur mit dem Willen zur Toleranz kann es uns gelingen, auch den äußeren Frieden zu erhalten, Brücken zu schlagen, über die wir unser aller höchstes Ziel, die Wiedervereinigung, erreichen können“ (3/1957, 4Df).

Emphatisch endete sie ihre Rede wenig später mit folgenden Versen Johann Gottlieb Fichtes aus den „Reden an die deutsche Nation“: „*Und handeln sollst du so, als hinge / von dir und deinem Tun allein / das Schicksal ab der deutschen Dinge / und die Verantwortung wär‘ dein!*“ (3/1957, 4B). Vier Jahre später stieß sie gar noch zu einer viel umfassenderen Schicht von Gemeinsinn vor. Der Blick einesteils auf die

71 Ähnlich äußerte er sich vier Jahre später: „Die demokratische Ordnung lebt von der Gleichwertigkeit derer, denen aufgetragen ist, sich um das Gemeinwohl zu bemühen. Verantwortung für unseren demokratischen Staat obliegt den Angehörigen der Mehrheit wie der Minderheit. Sie ist keiner Gruppe Vorrecht. Wo sich keine Übereinstimmung erzielen lässt, wird in der Demokratie mehrheitlich entschieden. Dem haben sich diejenigen zu beugen, die in der Minderheit geblieben oder die vor Gericht unterlegen sind“ (11/1987, 3B). Den gleichen Gedanken, Willy Brandt sehr am Herzen liegend und für gemeinsinnigen Parlamentarismus grundlegend, formulierte er auch in seiner dritten und letzten Rede als Alterspräsident (12/1990, 1Df).

Chancen und Gefahren der Atomenergie, andernteils die einsetzende Raumfahrt („der neueste atemberaubende Vorstoß in die überirdische Welt“) könne ...

„vielleicht alle veranlassen, durch die geistige Gemeinschaft auf wissenschaftlichem Gebiet und ihre nie geahnten Resultate, die zum Heil wie zum Übel eines jeden ausschlagen können, die politischen Gegensätze auf unserem ach so kleinen Sternlein zu überwinden. Die Voraussetzung hierfür liegt [...] in dem Willen, unsere ganze Kraft der Erhaltung der ewig gültigen sittlichen Werte für die ganze Menschheit zuzuwenden, bevor uns allen das Schicksal des Ikarus bereitet wird“ (3/1957, 3D).

Das war nicht falsch – und wies voraus auf die heutige Zeit, da sich das widerwillig auf gar nicht wenigen Politikfeldern zur Führungsmacht Europas aufgestiegene Deutschland seiner neuen Verantwortung in der Welt vergewissert.

5. WAS DEUTSCHLANDS „WELT IM INNERSTEN ZUSAMMENHÄLT“

Was lehren alle diese Befunde darüber, auf welche Gemeinsinnsressourcen unser Land gegründet ist und welche Transzendenzressourcen ihm bei der Hervorbringung, Aufrechterhaltung, Rechtfertigung und generationenübergreifenden Weitergabe⁷² seiner politischen Ordnung nützlich sind? Also darüber, was unser Land „im Innersten zusammenhält“?⁷³ Und darüber, welche Antriebskräfte ihm zugrunde liegen, welche Ziele es sich setzt, welche Form es anstrebt und welche Beschaffenheit der Wirklichkeit, sich selbst von daher prägend, es seinen handlungsleitenden Situationsdefinitionen zugrunde legt?

5.1 Gemeinsinn und sinnerzeugende Transzendenzrekurse

Zunächst einmal zeichnet sich Deutschlands politische Elite durch große Bereitschaft aus, *parlamentarischen Gemeinsinn* zu praktizieren. Das meint: Trotz aller politischen Gegnerschaft und scharfer Konkurrenz in Wahlkämpfen wird immer wieder aufrichtig jene Rollenverteilung akzeptiert sowie konstruktiv gehandhabt, die am Wahltag grundgelegt wird und aus den Koalitionsverhandlungen entsteht.

72 Zu diesem Kernkonzept des Evolutorischen Institutionalismus und seinem erkenntniserschließenden Wert siehe W. J. Patzelt 2012, S. 74-78.

73 Diese Formel entstammt dem Eingangsmonolog Fausts in Goethes Faust I (Vers 380-384), wo Faust von seinem Wunsche spricht „daß ich nicht mehr mit saurem Schweiß / zu sagen brauche, was ich nicht weiß, / daß ich erkenne, was die Welt / im Innersten zusammenhält, / schau' alle Wirkenskraft und Samen, / und tu nicht mehr in Worten kramen“.

Die Sollensvorstellungen sind diesbezüglich intakt und werden allgemein geteilt, wenngleich die Praxis – aufgrund der mit Politik stets verbundenen Leidenschaften – immer wieder hinter dem gemeinsam Angestrebten zurückbleibt. Das half dem neuen Staatswesen von Anfang an beim Versuch, seinen Bürgern ein politisches System zu geben, das – anders als die Weimarer Republik – eher mit den zu lösenden Problemen als mit seiner eigenen Funktionsfähigkeit beschäftigt ist. Auch wurde immer wieder thematisiert, dass und worin sich der Bundestag besonders anstrengen müsse, um den Deutschen – sie mitnehmend – jenen Gemeinsinn vorzuleben, der für die Integration und Legitimation gerade einer pluralistischen Demokratie unverzichtbar ist.

Nicht ebenso gut steht es nämlich, auch ausweislich der untersuchten Parlamentsreden, um den *bürgerschaftlichen Gemeinsinn*. Teils als seit dem Kaiserreich geformter Habitus, teils unter dem Druck des Elends der Nachkriegszeit wurde zwar von den Deutschen viel Gemeinsinn praktiziert, auf den sich die politische Elite dann auch zuversichtlich verließ und der dem so rasch gelingenden Neuaufbau tatsächlich zugrunde lag. Doch damals schon zeichnete sich ab, dass sich vieles davon der *Außenleitung*⁷⁴ durch die Umstände verdankte und deshalb entfiel, als die Umstände das Ausleben von solchem Individualismus erlaubten, der sich vor allem an äußerlicher Wohlfahrt orientierte. Fehlende gemeinsinnige *Innenleitung*, offensichtlich werdend seit den späten 1950er Jahren, wurde allerdings viel eher vom Bundeskanzler Erhard als von den Alterspräsidenten des Bundestages angesprochen. Robert Pferdmenges widmete sich 1961 eher den außenpolitischen Umständen; Konrad Adenauer – konzentriert auf parlamentarischen Gemeinsinn – fasste sich 1965 äußerst kurz; und William Borm rief 1969 statt zum bürgerschaftlichen Gemeinsinn eher dazu auf, sich mit Kritik gegen die etablierten Autoritäten zu wenden. Im Grunde wurde einfach auf weiterbestehenden, ja durch das „Wagen von mehr Demokratie“ erhofftermaßen neu aufblühenden Gemeinsinn gesetzt. Dass diese Hoffnung gerade aber nicht aufging, thematisierte in den 1970er Jahren Ludwig Erhard als Alterspräsident, nachdem er zuvor als Kanzler vergeblich vor mangelnder Gemeinsinnspflege gewarnt hatte.

Insgesamt mündeten vielerlei seit den 1950er Jahren erkennbare Entwicklungen nicht in eine aktive Bürgergesellschaft, sondern in die große Politik- und Politikerverdrossenheit der 1990er Jahre. Gewiss gehörten zu den Gründen dafür auch der Wertewandel der 1970er Jahre, die weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten der 1970er und 1980er Jahre, die Überforderung der Leistungsfähigkeit einer sich zeitweise höchst „verantwortungsimperialistisch“ gebenden Politik samt dadurch enttäuschten Hoffnungen, obendrein das fühlbare Sicherschöpfen weiterer Ausbaumöglichkeiten des Sozialstaates, an den man nun nicht mehr so leicht mit den Mitteln der Politik

74 Zur Gegenüberstellung von menschlicher Innen- und Außenleitung siehe D. Riesman 1962.

den eigentlich *selbst* zu praktizierenden Gemeinsinn *delegieren* konnte. Also wurde dessen Knappheit nun besonders fühlbar. Willy Brandt sprach das alles in den 1980er Jahren großflächig an. Seine beiden Nachfolger im Amt des Alterspräsidenten aber thematisierten derlei lieber als – westdeutsch verschuldetes – Fremdeln der Ostdeutschen mit dem nunmehr gemeinsamen Gesellschafts-, Wirtschafts- und Regierungssystem. Otto Schily rief dann 2002 endlich zum Gegenhalten, zur Stiftung von neuem Selbstvertrauen und von neuer Zuversicht auf.

Viel weniger Mangel an Gemeinsinn lässt sich dort erkennen, wo es um den die Bürgerschaft sowie ihre politische Klasse verbindenden *Sinn für das Gemeinsame* gibt. Die entsprechenden *sinnerzeugenden Transzendenzreurse* zeigen recht klare Konturen bundesdeutscher Zivilreligion auf, die auch noch einige – wenngleich wenige – christliche Kontexte als nächsten Deutungshorizont dieser Zivilreligion erkennen lassen. Unbestritten und gemeinsam wünscht man – in der Tradition der europäischen Aufklärung – Freiheit und Toleranz, Menschenrechte und Frieden. Zumal in den frühen Jahren der Bundesrepublik finden sich dabei Freiheit, Frieden und Wiedervereinigung als gemeinsam zu erreichende Ziele eng verkoppelt, während später die Wiedervereinigung um des Friedens willen in den Hintergrund rückt. Hingegen wird die Freiheit schon sehr früh ausdrücklich mit sozialer Gerechtigkeit verbunden und wirtschaftlicher Erfolg gerade nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel zum Zweck dargestellt. Patriotismus hingegen, die politische Ausdrucksform des Gemeinsinns, fand sich in den Parlamentseröffnungsreden nie beim Namen genannt, wie auch überhaupt mit Bekundungen der Zuneigung zum eigenen Land recht sparsam, eher andeutend verfahren wurde. Doch im so häufigen Rekurs auf die Wiedervereinigung und das auf Weiterbestehen einer gemeinsamen deutschen Kultur erklang dieses Register sehr wohl.

5.2 Handlungsmotivierende Transzendenzreurse und der Zweck des deutschen Staates

Die Bundesrepublik Deutschland entstand als Notbehelf und Notgemeinschaft. Warum und wohin sie den *status quo* ihres Gründungsjahres überschreiten solle, stand jedem klar vor Augen: Wiederaufbau der Wirtschaft, Gewährleistung normaler Lebensbedingungen, Errichtung eines funktionierenden Gemeinwesens mit allmählich zuwachsender Souveränität, Wiedererlangung der Einheit des Landes in Freiheit und Sicherheit, außerdem Schaffung eines europäischen Umfelds, in dem ein aufs Neue angesehenes Deutschland seinen fortan unbestrittenen Platz erlangen sollte. Das waren die – obendrein als unverfügbar behandelten – Ziele der Bundesrepublik Deutschland. Des Landes „europäischer Beruf“ trat im Lauf der Jahrzehnte immer markanter hervor, während sein Selbstverständnis als „Provisorium“ immer mehr schwand – und zwar so weit, dass man sich die Wiedervereinigung, als sie

möglich wurde, vor allem als Eintreten der DDR ins bereits stabil errichtete und einen Umbau nicht brauchende „deutsche Haus“ wünschte. Allenfalls einen neuen Anstrich sollte die damals vehement geforderte „neue Verfassung“ bringen.

Doch die Grundhaltung, neue Ufer erreichen zu wollen, hielt sich auch dann noch durch, als das Ziel der Wiedervereinigung aus der praktischen Politik geschwunden war, die anderen, anfangs so unerreichbar erscheinenden Ziele aber realisiert waren. Jene Grundhaltung zeigt sich klar in der Entwicklung jener „Geschichtserzählungen“, welche etliche Alterspräsidenten ihren Parlamentseröffnungsreden einfügten. Zu den wichtigsten Elementen dieses „plus ultra“ gehören die Folgenden:

Nicht nur „normal“, sondern ein *Modell* sollte Deutschland werden. Auf den SPD-Wahlkampfplakaten der Bundestagswahl von 1976 wurde das auch genau so genannt. Zu diesem Modell gehörte nicht nur möglichst vorbildliche Sozialstaatlichkeit, sondern bald auch die Vision einer den „überholten Nationalstaat“ ablösenden multikulturellen (Zuwanderer-) Gesellschaft. Und zu diesem Modell gehörte nicht nur das selbstbewusste Wagen von mehr Demokratie, sondern ebenfalls eine vorbildliche Außenpolitik, die – obendrein nicht national, sondern multilateral angelegt – auf Entspannung, Gewaltverzicht, Entwicklungshilfe und Förderung der Menschenrechte setzte, also „eigentlich“ auch für die Hauptverbündeten vorbildlich war. Und weil nun einmal die Ansprüche der Deutschen an sich selbst über die ganze Nachkriegsgeschichte hinweg die Erfahrung des „Gelingen ist möglich – gerade uns!“ prägte, leiden sie und ihre Eliten bis heute stets an jeder Kluft, die den *status quo* von einem schön ausgemalten Zielzustand trennt.

Solche Klüfte aber wurden zumal seit der – wundersamerweise *auch noch* gelungenen – Wiedervereinigung immer fühlbarer. Während der Wirtschaftskrisen der 1970er und 1980er Jahre, unter dem Eindruck der nach Ende des Ost-West-Konflikts einsetzenden Globalisierung sowie im Dauerstress des Doppelversuchs, die EU sowohl zu erweitern als auch enger zu integrieren, wurde wider alles Hoffen deutlich: Auch das wie Phoenix aus der Asche aufgestiegene demokratische Deutschland kommt – so schon Bismarcks Formulierung – an einer „Politik pragmatischer Aushilfen“ nicht vorbei, und auch das erhoffte „Modell Deutschland“ muss ganz einfach „muddling through“ betreiben – und das nicht nur verborgen oder im Kleinen, sondern ganz offensichtlich angesichts gewaltiger internationaler Probleme. Verschlimmert wird diese Lage dadurch, dass die meisten dieser Probleme außerhalb der deutschen Grenzen entstehen, an ihrer Bewältigung Deutschland aber mitzuwirken hat – einesteils aufgrund seiner internationalen Bedeutung, andernteils wegen seiner faktischen Rolle als partieller EU-Führungsmacht. Diese Fülle von komplexen Rollenanforderungen lässt unser Land, dessen Elite in den letzten 60 Jahren ein klares Ziel nach dem anderen verwirklichte, heute immer noch nicht mit sich im Reinen sein. Gerade aufgrund fraglos guten Willens ist dieses Land mitsamt seiner Elite recht ratlos angesichts von Herausforderungen, die keine

so klaren Zielprioritäten mehr erlauben, wie sie einst möglich waren: in den Jahrzehnten vor der Wiedervereinigung, vor der Ausdehnung der EU bis fast an ihre äußersten Grenzen, vor der Durchsetzung der Eurozone. Nun betreibt Deutschland – so 2002 Otto Schily – wieder „Weltpolitik“, scheint damit aber, obwohl gutwilliger denn je, auch nicht mehr Glück zu haben als einst Bernhard v. Bülow. Allerdings gibt es auch Anzeichen für eine neue Bescheidenheit deutscher Ansprüche an politisches Gestalten. Vielleicht kommt das Land ja eines Tages aus der für seine Selbstverständigungsdebatten so bezeichnenden Falle des „plus ultra“ heraus.

5.3 „Unverfügbares“ an und für Deutschland

Die Freiheitsgrade unserer innen- wie außenpolitischen Zielsetzungen beschränkt, dass sich Deutschland selbst vielerlei als „unverfügbar“ vorgegeben hat. Auch müssen seine Eliten und Bürger immer wieder einsehen, dass sich viele Tatsachen und noch mehr Wirkungs- oder Funktionszusammenhänge einem voluntaristischen Politikzugriff einfach entziehen, also nicht nur aufgrund einer Entscheidung, sondern auch ganz praktisch unverfügbar sind. Zum *als unverfügbar Gesetzten* gehört neben der Westbindung zumal die Wertbindung des Landes, positiv ausgedrückt durch die Transzendenzformel von der Würde des Menschen, *e contrario* formuliert durch die Ablehnung von Rassismus, Chauvinismus sowie der Herrschaftspraktiken von Nationalsozialismus und Stalinismus. Mit wenigen Ausnahmen liegt solchen Transzendenzrekursen aber nicht viel ihre Stichhaltigkeit begründender intellektueller Aufwand zugrunde. Meist ersetzen plausible Verweise auf eine schlimme Vergangenheit oder auf eine unerfreuliche Gegenwart das Argumentieren.

Viel schwerer tat und tut sich Deutschlands politische Klasse und Bevölkerung bis heute mit der Einsicht, dass manches auch *aufgrund der Natur der Sache unverfügbar* ist. Sofern es sich dabei um Machtstrukturen oder um Interessenlagen handelt, auf die man hinweist wie auf die (schwindende) Führungsrolle der USA oder auf die (wachsenden) Ansprüche Chinas bzw. Russlands, ist freilich klar, dass sich das alles im Prinzip auch ändern ließe, wenngleich nicht hier und jetzt. Derartige Unverfügbarkeitsrekurse weisen die politisch-voluntaristische „Lust am Transzendieren“ also nicht schon von vornherein und nachgerade provokativ ab. Deshalb besitzen sie auch noch eine gewisse Chance auf Akzeptanz. Anders verhält es sich mit Rekursen auf gänzlich *politischer Dispositionsfreiheit entzogene Zusammenhänge*, wie sie etwa zwischen wirtschaftlicher Produktivität eines Landes und seiner nachhaltig möglichen Sozialstaatlichkeit bestehen oder zwischen der realen Wirtschaftsordnung und der sich einstellenden wirtschaftlichen Produktivität. Diesbezüglich mochte Ludwig Erhard seine ganze Beredsamkeit aufwenden; sie fruchtete dennoch nichts. Bei Unverfügbarkeit *solcher* Art scheint diskursive Wahrheitsermittlung also an enge gesteckte Grenzen zu kommen. Dann aber können nur schmerzliche Irr-

tümer bei gut gemeinten Versuchen zeigen, was „wirklich unverfügbar“ ist – und bleibt nichts als die Hoffnung, dass in situationsdefinierenden Diskursen später hieraus die richtigen Folgerungen gezogen werden.

In solchen Diskursen wird zum Hemmschuh einerseits das Wissen darum, dass manches wirklich erst unverfügbar *gemacht* wird, etwa eine freiheitliche Ordnung durch nachhaltige Ausgrenzung von Extremisten sowie durch eine die freiheitlichen Prinzipien plausibilisierende Geschichtspolitik. Zum Hemmschuh wird andererseits die immer wieder bittere Einsicht, dass es keine schon auf den ersten Blick erkennbaren Kriterien dafür gibt, wie man verlässlich das *gemachte* Unverfügbare vom als unverfügbar zu *Akzeptierenden* unterscheiden könne. Tatsächlich reflektierten etliche Unverfügbarkeitsrekurse die – wie Willy Brandt es ausdrückte – „Pflegebedürftigkeit“ normativer Grundlagen sowie die Notwendigkeit, es nie mit dem bloßen Bewahren bewenden zu lassen, sondern gerade die gewünschte *Stabilität des Unverfügbaren* immer wieder neu über *Reformen* anzustreben. Also kommt man an der ebenso intellektuellen wie emotionalen Herausforderung nicht vorbei, auch das Unverfügbare (!) an einer politischen Ordnung zu verstehen als eine „geprägte Form, die lebend sich entwickelt“ (Goethe).

5.4 Forschungspraktische Folgerungen

Was lehrt nun diese Studie über ihre inhaltlichen Erträge hinaus? *Erstens* zeigt sie, ein wie großes *heuristisches Potential* für die Doppelanalyse politischer Ideen und der von ihnen geprägten politischen Strukturen der *Begriff der Transzendenz* haben kann, ja auch wirklich entfaltet, wenn man ihn so mehrdimensional benutzt wie hier. Tatsächlich erlaubt er es dann, ansonsten leicht voneinander getrennt bleibende Beobachtungen zu Zivilreligion und Ideologie, zur wirklichkeitskonstruktiven Rolle politischer Kultur, ja überhaupt zu allen „weichen“ Grundlagen „harter“ politischer Ordnung in einer einheitlichen, integrierenden Perspektive in den Blick zu fassen. Verbunden mit der es einbettenden allgemeinen Theorie der Konstruktion sozialer bzw. politischer Ordnung eröffnet das hier entfaltete Konzept der Transzendenz einen *im Besonderen das Allgemeine erkennenden* Blick in Tiefenschichten bundesdeutscher Geschichte, den andere Analyseinstrumente schwerlich erlauben.

Zweitens erweist sich, wie *methodisch unaufwendig* dieser Ansatz ist, also ein wie günstiges Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag besteht. Es braucht ja nicht mehr geleistet zu werden, als – im einen Fall freilich schwieriger denn in einem anderen – einen für die interessierenden Phänomene erkenntnisträchtigen Textkorpus zusammenzustellen und diesen dann zunächst einmal mit dem etablierten Werkzeug qualitativer Inhaltsanalyse durcharbeiten. So einfache Forschungsanforderungen sollten geeignet sein, zu Nachfolgestudien zu motivieren. Unmittelbar wünschens-

wert wären parallele Untersuchungen der Regierungserklärungen der Bundeskanzler, der Weihnachts- und Neujahrsansprachen der Bundeskanzler bzw. Bundespräsidenten sowie der Amtsantrittsreden der Bundespräsidenten – und dergleichen der Parteitagreden deutscher Parteiführer.

Drittens aber sollten sich weitere Folgestudien der Analyse des tatsächlichen *Ringens um Situationsdefinitionen* bzw. der Untersuchung von deren machtmäßigen Voraussetzungen widmen. Dafür wird es fruchtbar sein, sich den Beifalls- und Unmutsbekundungen, den Zwischenrufen und Erwiderungen in weiteren Reden zuzuwenden, wie sie regelmäßig zumal auf Regierungserklärungen folgen.⁷⁵ Das alles ist in den Plenarprotokollen ebenso gut fassbar wie die hier untersuchten Transzendenzrekurse. Den einschlägigen Textkorpus bildeten also die Debatten um die Regierungserklärungen sowie ausgewählte Parlamentsdiskussionen um als „unverfügbar“ Behauptetes – reichend von der Würde des Menschen, etwa in den Auseinandersetzungen um den § 218 StGB, bis hin zum Umgang mit Extremisten oder solchen, die in deren Nähe gerückt werden. Über die inhaltsanalytische Feststellung der relevanten Textpassagen hinaus wäre hier diskursanalytisch das gesamte ethnomethodologische Instrumentarium zur Analyse der „politics of reality“ anzuwenden.⁷⁶

Viertens ließe sich der ganze Forschungsansatz inhaltlich ausweiten: auf andere – auch nationale – Parlamente als den Deutschen Bundestag, auf die Programmdebatten politischer Parteien und die Zieldiskussionen politischer Zirkel, auf die politischen Kommentare in wichtigen Zeitungen und Zeitschriften, im Hörfunk und im Fernsehen. Es ließe sich sogar ein einschlägiger Textkorpus aus Gruppendiskussionen generieren, womit nicht nur das „Elitenende“ solcher Diskurse, sondern auch deren „Bürgerende“ mit einem einheitlichen Ansatz analysierbar wird.

Fünftens ist viel zu erwarten von *Vergleichen* der an so unterschiedlichen Textkorpora gewonnenen Befunde über Transzendenzrekurse. Dabei kann sich der Vergleich auf Diskurse im gleichen Land beziehen und auf diese Weise zutage fördern, wie vielfältig, ja umstritten jene Ressourcen sein können, anhand welcher die anschließend fraglos gemeinsame politische Ordnung hervorgebracht wird. Es können aber auch Diskurse aus unterschiedlichen Ländern bzw. aus unterschiedlichen Fällen von Ordnungskonstruktion miteinander verglichen werden. Das alles liefert verallgemeinerbare Aufschlüsse über das Wie-es-gemacht-wird von diskursivem Ordnungsaufbau bzw. Ordnungsabbau und über davon geprägte Prozesse der (De-)Institutionalisierung. Einen solchen Vergleich erlauben in diesem Band die Untersuchungen von Transzendenzrekursen im Bundestag, in und im Umfeld der Friedensbewegung der DDR sowie in der Gründungsphase der Europäischen Gemeinschaften. Blickt man auf alle diese Forschungsmöglichkeiten und ihr Potential, so

75 Ein Beispiel für derartige Studien gibt W. J. Patzelt 1990.

76 Siehe hierzu im zweiten Kapitel dieses Bandes den Abschnitt 4.

wird klar: „Transzendenz“ und Rekurse auf sie zu analysieren, ist kein exotisches Unterfangen, sondern höchst fruchtbar für zentrale Erkenntnisanliegen der Politikwissenschaft.

LITERATUR

- Abelshauser, Werner (1979): Zur Entstehung der „Magnet-Theorie“ in der Deutschlandpolitik. Ein Bericht von Hans Schlange-Schöningh über einen Staatsbesuch in Thüringen im Mai 1946, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 27, S. 661-679.
- Becker, Manuel (2011): Die Ideokratie als Herrschaftsform. Potentiale eines vergessenen Begriffs in der aktuellen Autokratieforschung, in: Zeitschrift für Politik 58, S. 148-169.
- Beyme, Klaus v. (1995): Die politische Klasse im Parteienstaat. 2. Aufl., Frankfurt am Main.
- Brunner, Benedikt (2012): Der Alterspräsident. Ein Konstituierungsreglement und seine Alternativen. Wiesbaden (Online-Ressource).
- Colin, Nicole (2008): Der „Deutsche Herbst“ und die RAF in Politik, Medien und Kunst: nationale und internationale Perspektiven. Bielefeld.
- Cox, Gary W. (1987): The Efficient Secret. The Cabinet and the Development of Political Parties in Victorian England. Cambridge.
- Dehio, Ludwig (1948): Gleichgewicht oder Hegemonie. Betrachtungen über ein Grundproblem der neueren Staatengeschichte. Krefeld/Zürich.
- Hase, Thomas (2001): Zivilreligion. Religionswissenschaftliche Überlegungen zu einem theoretischen Konzept am Beispiel der USA. Würzburg.
- Heep, Maria Rita (1991): Grundkonsens in pluralistischen Demokratien. Zur Kontroverse um den "nicht-kontroversen Sektor" in der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika. Diss., Bonn.
- Hillmann, Karl-Heinz (2003): Wertwandel. Ursachen, Tendenzen, Folgen. Würzburg.
- Kafka, Gustav E. (1973): Ziviltheologie – heute?, in: Zur Kritik der politischen Theologie, S. 25-46.
- Kleger, Heinz (2011): Religion des Bürgers. Zivilreligion in Amerika und Europa. Berlin.
- Klopp, Heinrich Wilhelm (2000): Das Amt des Alterspräsidenten im Deutschen Bundestag. Historische Entwicklung, Bestellung, Befugnisse und Rechtsstellung einer Institution des deutschen Parlamentarismus. Berlin.
- Köhler, Gerd Michael (1991): Die Rechtsstellung des Alterspräsidenten des Deutschen Bundestages, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 22, S. 177-188.
- Lübbe, Hermann (1982): Staat und Zivilreligion. Wolfenbüttel.

- Maier, Jürgen (2000): Politikverdrossenheit in der Bundesrepublik Deutschland. Dimensionen, Determinanten, Konsequenzen. Opladen.
- Mayring, Philipp (2008): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim.
- Meinecke, Friedrich (1965 [1946]): Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen. Wiesbaden.
- Merton, Robert (1993): Die Eigendynamik gesellschaftlicher Voraussagen, in: Topitsch, Ernst (Hrsg.): Logik der Sozialwissenschaften. 12. Aufl., Frankfurt am Main, S. 144-160.
- Patzelt, Werner J. (1990): Sprengsatz Sprache: die „Nachrüstungsdebatte“ des Deutschen Bundestages als Beispiel, in: Politische Studien 41/309, 1990, S. 53-73.
- Patzelt, Werner J. (2007): Institutionalität und Geschichtlichkeit in evolutionstheoretischer Perspektive, in: ders. (Hrsg.): Evolutorischer Institutionalismus. Theorie und empirische Studien zu Evolution, Institutionalität und Geschichtlichkeit. Würzburg, S. 287-374
- Patzelt, Werner J. (2008): Evolution und Politik, Evolutionsforschung und Politikwissenschaft, in: Klose, Joachim/Oehler, Jochen (Hrsg.): Gott oder Darwin? Vernünftiges Reden über Schöpfung und Evolution. Berlin/Heidelberg, S. 291-307.
- Patzelt, Werner J. (2012): Evolutorischer Institutionalismus in der Parlamentarismusforschung. Eine systematische Einführung, in: ders. (Hrsg.): Parlamente und ihre Evolution. Forschungskontext und Fallstudien. Baden-Baden, S. 47-110.
- Patzelt, Werner J. (2012a): Quellen und Entstehung des „Evolutorischen Institutionalismus“, in: ders. (Hrsg.): Parlamente und ihre Evolution. Forschungskontext und Fallstudien. Baden-Baden, S. 9-45.
- Rehberg, Karl-Siegbert (2004): Zur Konstruktion kollektiver „Lebensläufe“. Eigen-geschichte als institutioneller Mechanismus, in: Melville, Gert/ders. (Hrsg.): Gründungsmythen – Genealogien – Memorialzeichen. Beiträge zur institutionellen Konstruktion von Kontinuität. Köln, S. 3-18.
- Riesman, David (1962): Die einsame Masse. Eine Untersuchung des amerikanischen Charakters. Hamburg.
- Schmidt-Jortzig, Edzard (2003): Der umstrittene Alterspräsident im Parlament. Zur Notwendigkeit rechtsgeschichtlicher Analyse im Parlamentsrecht, in: Eckert, Jörn (Hrsg.): Der praktische Nutzen der Rechtsgeschichte. Hans Hattenhauer zum 8. September 2001. Heidelberg, S. 457-464.
- Schwelling, Birgit (2001): Wege in die Demokratie. Eine Studie zum Wandel und zur Kontinuität von Mentalitäten nach dem Übergang vom Nationalsozialismus zur Bundesrepublik. Opladen.
- Smith, Mitchell P. (Hrsg.) (2005): From Modell Deutschland to Model Europa. Europe in Germany and Germany in Europe. Abingdon.

Vögele, Wolfgang (1993): Zivilreligion in der Bundesrepublik Deutschland. Heidelberg

Wasser, Hartmut (1974): Parlamentarismuskritik vom Kaiserreich zur Bundesrepublik. Analyse und Dokumentation. Stuttgart u.a.

ANHANG: DIE REDEN DER ALTERSPRÄSIDENTEN DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

Wahlperiode	Datum	Name	Stenogr. Berichte
1	07.09.1949	Paul Löbe, SPD	S. 1-3
2	06.10.1953	Marie Elisabeth Lüders, FDP	S. 1-3
3	15.10.1957	Marie Elisabeth Lüders, FDP	S. 1-5
4	17.10.1961	Robert Pferdmenges, CDU	S. 1-2
5	19.10.1965	Konrad Adenauer, CDU	S. 1
6	20.10.1969	William Borm, FDP	S. 1-3
7	13.12.1972	Ludwig Erhard, CDU	S. 1-2
8	14.12.1974	Ludwig Erhard, CDU	S. 1-3
9	04.11.1980	Herbert Wehner, SPD	S. 1-5
10	29.03.1983	Willy Brandt, SPD	S. 1-3
11	18.02.1987	Willy Brandt, SPD	S. 2-5
12	20.12.1990	Willy Brandt, SPD	S. 1-5
13	10.11.1994	Stefan Heym, PDS	S. 1-3
14	26.10.1998	Fred Gebhardt, PDS	S. 1-4
15	17.10.2002	Otto Schily, SPD	S. 1-3
16	18.10.2005	Otto Schily, SPD	S. 2-3
17	27.10.2009	Heinz Riesenhuber, CDU	S. 1-5

